

Elke Renner, Grete Anzengruber

Unsichtbare Hand – sichtbare Faust

Informationen über Krisen und Kriege

Schulheft 140/2010

StudienVerlag

IMPRESSUM

schulheft, 35. Jahrgang 2010

© 2010 by StudienVerlag Innsbruck-Wien-Bozen

ISBN 978-3-7065-4918-9

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OEG, Wien

Umschlaggestaltung: Josef Seiter

Bildnachweis Coverfoto: Josef Seiter

Printed in Austria

Herausgeber: Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6,
A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Eveline Christof, Ingolf Erler, Barbara Falkinger, Norbert Kutalek, Peter Malina, Editha Reiterer, Elke Renner, Erich Ribolits, Michael Rittberger, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter, Reinhard Zeilinger

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien; Tel.:
0043/1/4858756, Fax: 0043/1/4086707-77; E-Mail: seiter.anzengruber@uta-
net.at; Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Elke Renner, Grete Anzengruber

Verlag: Studienverlag, Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.:

0043/512/395045, Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at;
Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 29,50/48,90 sfr

Einzelheft: € 12,-/21,50 sfr

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Aboservice:

Tel.: +43 (0)1 74040 7814, Fax: +43 (0)1 74040 7813

E-Mail: aboservice@studienverlag.at

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseaussendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung: laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Elke Renner, Barbara Falkinger, Michael Rittberger, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Michael Sertl.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

INHALT

Vorwort	5
Winfried Wolf	
Weltweite Krise, Umwelt- und Klimakrise	8
<i>Skizze einer Antwort von Gewerkschaften und Linken</i>	
Gerald Oberansmayr	
Symbiotische Beziehung mit den Transnationalen Konzernen	26
<i>Die „unsichtbare Hand“ und die „sichtbare Faust“ – Konzern- und Militärmacht in der EU</i>	
Christoph Butterwegge	
Neoliberalismus, Sozialstaatsentwicklung und Armut	44
Hannes Hofbauer	
Die 1990er Jahre: Europas Kriegsjahrzehnt oder: Die Neuordnung auf dem Kontinent am Beispiel Jugoslawien	56
Peter Strutynski	
Sackgasse Afghanistan: Ein Krieg unter falschen Vorzeichen	66
Adalbert Krims	
Die US-Außenpolitik unter Barack Obama	83
Manfred Sauer	
Wie viele Generationen dauert es, bis eine Welt ohne Atomwaffen Wirklichkeit ist?	93
Horst Bethge	
Militär in der Mitte der Gesellschaft verankern?	101
<i>Aktuelle Anmerkungen, nicht nur zur Diskussion Bundeswehr und Schule</i>	
Rezension	122
<i>„Groß denken und groß handeln“ – herrschaftswissenschaftliche Beiträge zur Propagierung der EU-Militarisierung Eine Kritik zur Publikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport</i>	
Buchempfehlungen	125
Autoren	128

Vorwort

Vor fünf Jahren formulierten die Redakteurinnen des schulheftes Nr. 117 „Zwei Seiten einer Medaille. Informationen zu Aufrüstung und Sozialabbau“ im Vorwort, dass sich Lehrende und Lernende gegen die herrschenden Verhältnisse, gegen die Forderungen der Wirtschaftsmächtigen und ihrer Handlanger in der Politik wehren müssten. Viele Probleme, die damals aktuell waren, haben sich verschärft, neue Bedrohungen haben sich entwickelt. Die in Österreich existierenden sozialstaatlichen Sicherungssysteme, daran ändert auch die neue Grundsicherung nichts, sind nicht „armutsfest“, und schon überrollt uns ein neues Sparbudget, das gesellschaftliche Bereiche wie Bildung, Pflege, Pensionen, Familie und andere betrifft.

In diesem schulheft kann natürlich nicht auf all diese Themen eingegangen werden. Wichtig ist uns, die Zusammenhänge zwischen Krisen und Kriegen, Umweltkatastrophen und autoritären Entwicklungen aufzuzeigen. Nicht Panikmache, sondern fundierte Argumentation der Autoren dieser Nummer werden verkürzten Darstellungen, Lügenberichten einflussreicher Medien und Politiker entgegengestellt.

Winfried Wolf durchleuchtet in seinem Beitrag sieben Ebenen der weltweiten Krise, einer Krise der Realwirtschaft und des Finanzsektors, der Verteilungs-, Umwelt- und Klimakrise, der Öl- und Hegemoniekrise bis zum Krieg. Er analysiert die Zusammenhänge, benennt die Verursacher und zeigt, dass deren Rettungsschirme und Krisenprogramme wieder nur den Verursachern nützen. Krisen verstärken die fatalen Folgen kapitalistischer Ökonomie. Schlussendlich verweist der Autor auf alternative Programme wie die Kampagne zur Reduktion der Wochenarbeitszeit und ein alternatives Investitionsprogramm.

Mit einer Fülle von Zitaten und graphischen Darstellungen veranschaulicht *Gerald Oberansmayr* in seinem Beitrag die wachsenden Aufrüstungsambitionen der EU. Sie gehen Hand in Hand mit einer nachhaltigen Veränderung der wirtschaftlichen Machtver-

hältnisse zugunsten der EU-Konzerne, die mittlerweile auf vielen Ebenen den US-amerikanischen den Rang abgelaufen haben. Auch wenn man uns die EU als Solidarprojekt verkaufen will – sie ist ein Zusammenschluss der großen europäischen Nationalstaaten zu einem Machtblock, der Absatz- und Kapitalmärkte, Handelswege und Rohstoffquellen nötigenfalls mit Gewalt sichern soll. Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen, ist oberstes Gebot im EU-Konkurrenzregime. Der Autor zeigt die Betroffenheit Österreichs und politische Alternativen auf.

Christoph Butterwegge, dessen zahl- und umfangreiche Arbeiten sich hauptsächlich mit bundesdeutschen Verhältnissen befassen, zieht in seinem Beitrag über Neoliberalismus, Sozialstaatsentwicklung und Armut allgemeine Schlussfolgerungen, deren Bedeutung auch für Österreich auf der Hand liegen.

Hannes Hofbauer behandelt die kriegerische Neuordnung Europas in den 1990er Jahren am Beispiel Jugoslawiens, dessen interne Konflikte von westlichen Interessen instrumentalisiert wurden.

Peter Strutynski räumt mit den Lügen über den Krieg in Afghanistan auf, mit dessen Bezeichnung als „Stabilisierungseinsatz und Verteidigung der Sicherheit“ oder der Reduzierung auf den „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“. Er gibt Antworten über die wahren Hintergründe des Krieges.

Adalbert Krims untersucht das Wirken des US-Präsidenten Obama auf internationale Brennpunkte: Irak, Naher Osten, Afghanistan, Europa, Russland, Afrika und Lateinamerika. Obamas Friedensnobelpreis ist ein umstrittener Erfolg in Anbetracht der Truppenaufstockung in Afghanistan und des höchsten Militärbudgets in den USA.

Manfred Sauer geht der von Obama 2009 in Prag skizzierten Vision einer atomwaffenfreien Welt nach. Der Beitrag beschäftigt sich mit den ernüchternden Fakten und verweist auf die Notwendigkeit des Engagements von unten.

Horst Bethge ist dem schulheft ein vertrauter Mitarbeiter aus der deutschen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung. Seine Berichte und Analyse ermöglichen auch in dieser Nummer Schlüsse auf österreichische Verhältnisse, wenn es um die Positionierung der Bundeswehr in der Gesellschaft und vor allem an den Schulen geht. Ähnliche kritische Berichte sind in Österreich kaum zu finden, man hat sich hier offensichtlich mit den Präsentationen und der Präsenz des Militärs in Bildungseinrichtungen bis hin zur Friedensforschung arrangiert. Einflussreiche Medien und die Vertreter der Parlamentsparteien überbieten sich an Befürwortung von Auslandseinsätzen und beklatschen das militärische Tamtam.

Unsere grundsätzliche Frage: Sollten wir uns nicht ein wenig an Widerstands- und Aufklärungsaktionen der 80er Jahre erinnern? Besser noch: Müssen wir nicht ein kritisches, friedensorientiertes Bewusstsein aktivieren und Alternativen entwickeln?

Weltweite Krise, Umwelt- und Klimakrise.

Skizze einer Antwort von Gewerkschaften und Linken

Breite der gegenwärtigen Krise

2010 war das Jahr, in dem man in Österreich und in Deutschland davon sprach, die Krise sei überwunden – man erlebe längst wieder einen Aufschwung. Das ist bestenfalls eine Teilansicht. Eine genauere Analyse ergibt: Wesentliche Krisentendenzen existieren weiter. In vielen Ländern verschärft sich die Krise.

Um eine realistische Einschätzung zu gewinnen, muss man zunächst die Breite und Tiefe der Krise, die im Sommer 2007 begann, analysieren. Es lassen sich sieben Krisen in einer oder sieben Ebenen der weltweiten Krise herausarbeiten.

Entscheidend ist *als erstes* die Krise der Realwirtschaft. Es hätte diese im Zeitraum 2008/2009 auch ohne eine Finanzkrise gegeben. Diese Krise der materiellen Produktion konkretisiert sich – *zweitens* – in der Krise der zwei Schlüsselindustrien: der Autoindustrie und der IT-Branche. Es gab 2009 erstmals seit den 1930er Jahren einen absoluten Rückgang des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (trotz des fortgesetzten Wachstums in Schwellenländern wie China und Brasilien). Der Output der weltweiten Autoindustrie brach zwischen 2007 und 2009 um 15 Prozent ein – trotz eines massiven Anstiegs der chinesischen Autoproduktion während dieser weltweiten Branchenkrise. Trotz des viel bejubelten Aufschwungs liegt das weltweite Bruttoinlandsprodukt im abgelaufenen Jahr 2010 noch unter dem Niveau von 2008. Die Weltautofertigung wird 2010 noch um gut sieben Prozent unter dem Niveau von 2007 liegen.

Ohne Zweifel gibt es also einen Aufschwung der Realwirtschaft. Er ist jedoch sektoriell begrenzt. Er wurde primär dadurch „erkauft“, dass die Staaten gewaltige Geldsummen in die

Finanzwirtschaft und teilweise in die Realwirtschaft pumpften und entsprechend die Staatsschulden sprunghaft anstiegen.

Dieser Aufschwung ist auch dadurch fragil und kann in eine neue, nochmals schwerere Krise münden, weil auf den übrigen fünf Ebenen die Krise andauert und sich teilweise verschärft.

Denn es gibt – *drittens* – eine klassische Verteilungskrise: Der sich steigernde Reichtum einer kleinen radikalen Minderheit korrespondiert mit einer wachsenden Massenarmut und mit einer Stagnation der Einkommen der Noch-Beschäftigten. Diese Verteilungskrise wiederum hatte als logische Konsequenz die Überproduktion und die Unterkonsumtion; beides sind nicht zwei unterschiedliche „Krisenerklärungen“, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ebenfalls eng verbunden mit der Verteilungskrise ist die Herausbildung von extremen Disproportionalitäten, mit einer Stagnation und einem Rückgang der klassischen Konsumgüterindustrien (aufgrund der Stagnation von Masseneinkommen und einer wachsenden Armut) und des andauernden Wachstums der Sektoren der Luxusgüterfertigung (Luxus-Pkw, Yachtbau, teure Mode- und Schmuck-Labels usw.). Für ein Jahr, 2008, wurde der Prozess des reicher Werdens der Reichen gestoppt; seit 2009 wurde hier der alte „Wachstumspfad“ wieder aufgenommen. Inzwischen gibt es weltweit 11 Millionen Menschen, von denen jeder mehr als eine Million US-Dollar auf der hohen Kante zum „Investieren“ hat. 2002 gab es erst 7,5 Millionen solche „HNWIs“ (= Highly Net Worth individuals).

Das wahnwitzige Auseinanderdriften von Reich und Arm setzte sich also bereits in der Krise (2009) fort und es wird im ersten Aufschwungsjahr beschleunigt.

Zumal es – *viertens* – eine Nord-Süd-Krise gibt, eine schnell wachsende Armut in den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern, überwiegend im Süden des Globus: Während der vergangenen zwei Wirtschaftszyklen (1992-2000; 2001-2009) stieg die Zahl der Hungernden von 500 Millionen auf 1 Milliarde. Dies ist das Ergebnis der Globalisierung – mit der Zerstörung von hunderten Millionen Subsistenzwirtschaften und des Öl basierten Kapitalismus – mit dem massenhaften Anbau von Agropflanzen für Kraftstoffe, was 2008 zu dem steilen Anstieg der Grundnahrungsmittel-Preise und zu Hungerrevolten beitrug. Die Krise

brachte hier zwar eine leichte Entspannung (vor allem mit dem Rückgang der hohen Lebensmittelpreise). Doch wichtige Faktoren dieses Krisenelements existieren weiter. So verstärkt sich inzwischen die Tendenz, dass westliche Staaten und Schwellenländer und große Konzerne in großem Maßstab fruchtbares Land im Süden aufkaufen, um dort Pflanzen für Agrokraftstoffe anzubauen. Es handelt sich hier um die Wiederkehr quasi-kolonialer Verhältnisse.

Eine *fünfte* Ebene der Krise ist die *Finanzkrise*. Sie bildete 2007/2008 den Ausgangspunkt der neuen weltweiten Krise. Zu der Finanzkrise trugen im Wesentlichen drei Faktoren bei: Die beschriebene „Verteilungskrise“, die wiederum aus der seit den 1980er Jahren verfolgten neoliberalen Politik mit Sparmaßnahmen, die die normale Bevölkerung treffen, und Entlastungen für Unternehmen und Reiche beitrugen. Es gab sodann spezifische Maßnahmen der Finanz- und Wirtschaftspolitik wie das Niedrigzinsniveau in den USA und die extreme Förderung von Verschuldung im Immobiliensektor (subprime-Kredite in den USA, was es mit anderen Bezeichnungen allerdings auch anderswo, so in Irland und Spanien, gab). Schließlich hatte sich in den letzten zwei Jahrzehnten ein ständig größer werdender Finanzsektor entwickelt, der – begünstigt durch Deregulierung und Liberalisierung – mit immer undurchschaubareren Finanzprodukten (Derivaten) die Spekulation steigerte (wobei meist übersehen wird, dass es auch das produktive – und „gute“ – Kapital war, das die Spekulation vorantrieb).

Während sich 2008/2009 die Finanzkrise als eine Krise des Banken (und Versicherungs-) Sektors äußerte, stehen 2010 einzelne Staaten (Griechenland, Irland) im Zentrum der Finanzkrise bzw. diese weitet sich zur Krise einer ganzen Gruppe von EU-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) und der gesamten Eurozone bzw. der Währung Euro aus.

Eine *sechste* Ebene der Krise ist die Hegemonie- oder die Dollarkrise. Der Kapitalismus erlebte bisher drei Hegemonie-Perioden: eine mit den Niederlanden als Hegemon, eine mit dem britischen Empire als vorherrschende Macht und eine dritte mit den USA als stärkste Wirtschafts-, Währungs- und Militärmacht. Die US-Hegemonie wird seit dem Ende des Vietnamkriegs un-

terhöhlt – zunächst und bis 1990 durch die aufsteigende japanische Wirtschaft, dann durch die EU. Inzwischen gibt es die chinesische Herausforderung und die Möglichkeit, dass sich das Zentrum des Weltkapitalismus nach Asien verschiebt. Die Erfahrungen mit den vorausgegangenen Hegemoniewechseln legen nahe, dass der Aufstieg eines neuen Hegemon nicht in Form eines zivilisierten Stabwechsels vor sich gehen wird. Vielmehr besteht die Gefahr, dass dies mit neuen schweren Krisen und Kriegen verbunden sein wird. Aktuell besteht die Hauptgefahr darin, dass der fortgesetzte Niedergang der USA in einer Dollarkrise – und einem Verfall des Dollarkurses mit dem Ziel der Entwertung der US-Schulden – verbunden ist. Damit aber besteht die Gefahr, dass das gesamte Gebäude des Weltfinanzsektors, das seit 1944 mit der Fixierung aller Währungen auf den US-Dollar besteht, einstürzt.

Schießlich und endlich gibt es – *siebtens* – eine Umwelt- und Klimakrise, auf die im folgenden näher einzugehen ist.

Umwelt- und Klimakrise, Wachstumszwang und Profitlogik

Der Kapitalismus hat von Anfang an Umwelt zerstört und zur Klimaerwärmung beigetragen. Das war lange kaum ein Thema, weil die Ressourcen zwar endlich waren, doch der Zeitraum, in dem sie noch vorhalten, relativ groß erschien. „Aus den Augen, aus dem Sinn“, lautete in der Regel die Devise. Doch die dem Kapitalismus inhärente Logik, ausschließlich die Profitmaximierung als inneren Motor zu haben, hat ein zerstörerisches Wachstum als Resultat. Dass dabei die Zerstörung absolut und grenzenlos ist, wurde bereits früh demonstriert – und durchaus von einigen, frühen Kritikern des Kapitalismus erkannt. Friedrich Engels schrieb bereits vor 125 Jahren Sätze, die sich heute wie eine kluge grüne Kritik am Kapitalismus lesen:

„Die spanischen Pflanzler in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden, was lag ihnen daran, dass nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmt und nur nackten Fels

hinterließen? (...) So werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht, sondern dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug zu allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“

Die Logik des Wachstumszwangs im Allgemeinen und des Diktats der Profitmaximierung im besonderen existiert in jeder Form, in der der Kapitalismus stofflich organisiert ist. So gab es auch im Zeitalter der privaten Eisenbahnen eine desaströse Bilanz des Eisenbahnbaus und Eisenbahnbetriebs: die Eisenbahnen spielten eine große Rolle beim Völkermord an den Indianern in Nordamerika, es gab extrem viele Todesfällen und Verletzte beim Betrieb und beim Bau der Eisenbahnen (in den USA galt für die erste Pazifik-Atlantik-Eisenbahn, die von Chinesen erbaut wurde, der Satz: „Jede Schwelle ein toter Chinese“). Joseph Schumpeter beschreibt (in: „Konjunkturzyklen“) am Beispiel der US-amerikanischen Eisenbahnen, wie gewaltig das Spekulationsgelüst in den 1920er Jahren diesen Sektor bestimmte. Ihre Blütezeit erlebten die Eisenbahnen erst, als sie aufgrund der katastrophalen Bilanz der privaten Eisenbahnen in Ländereigentum gebracht bzw. „verreichlicht“ (verstaatlicht) wurden: in Deutschland ab 1873. Wobei just diese Verstaatlichung, auch wenn sie in Deutschland vom Großbürgertum als Akt des „ideellen Gesamtkapitalisten“ durchgeführt wurde, dazu beitrug, den Aufstieg der Autoindustrie als Anlage für privates Kapital zu beschleunigen bzw. die Eisenbahnen – wo privates Kapital kaum mehr Anlage fand – wieder abzubauen.

Die seit den 1980er Jahren in Gang gesetzte Globalisierung hat die zerstörerischen Tendenzen, die der Profitmaximierung innewohnen, verallgemeinert – in dem nach innen und nach außen alle Dämme, die vor der Logik der Profitmaximierung schützten, niedergerissen wurden.

Verschärfung der Umwelt- und Klimakrise mit der Durchsetzung des auf Öl basierten Kapitalismus

Die beschriebene grundlegende Dynamik der Umwelt- und Klimakrise wird nochmals verstärkt mit dem Eintritt in das Zeitalter des Öl basierten Kapitalismus. Mit dieser spezifischen – sich seit 1907 mit der ersten industriellen Massenfertigung von Pkw – durchsetzenden neuen stofflichen Konkretisierung des Kapitalismus bildet sich ein neues Produktions-, Konsum- und KriegsmodeLL heraus. Als Stichworte mögen dienen: „American way of life“ – „modern way of life“; „This is a rich man´s war!“. Dieses Modell ist in besonderer Weise energieintensiv. Es ist mit einem enormen Umfang an Landschaftsverbrauch verbunden (wobei die Massenmotorisierung mit Pkws erst den massenhaften Bau von Eigenheim im Grünen mit dem entsprechenden Landfraß ermöglicht hat). Sie fordert auch einen hohen Blutzoll: Seit Erfindung des Autos gab es 50 Millionen Tote im Straßenverkehr; aktuell gibt es jährlich eine Million Tote im Kfz-Verkehr. In einem Jahrzehnt werden auf dem Gebiet der EU-27 100.000 kerngesunde Menschen für ihr restliches Leben verkrüppelt, viele von ihnen in den Rollstuhl gezwungen – als Folge von Straßenverkehrsunfällen.

Man würde keinem anderen Wirtschaftssektor – auch keiner anderen Verkehrsart – einen solchen Blutzoll „durchgehen“ lassen. Im Fall des Straßenverkehrs jedoch wird das als „Preis der Mobilität“ verkauft.

Ölzyklus, Ölkrisen & peak oil

Mitte des 19. Jahrhunderts konnte man davon ausgehen, dass die weltweiten Kohlevorräte noch rund drei Jahrhunderte reichen würden. Diese Knappheit war kaum ein Thema für Kapitalismus-Kritiker. Die Knappheit der Energiebasis im Öl basierten Kapitalismus war von Anfang an deutlich akzentuierter. Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre (Club of Rome) weiß man, dass die Ölvorräte weniger als 75 Jahre vorhalten.

Seit rund einem Jahrzehnt ist bekannt, dass die rein theoretische Zeitspanne von inzwischen noch 40 bis 50 Jahren, in der die

Ölvorräte noch vorhalten, nicht der entscheidende Maßstab ist. *Peak Oil* setzt völlig andere Akzente: Ab Erreichen des Maximum dessen, was aus dem Erdboden an Öl und Gas in einem bestimmten Zeitraum (am Tag, im Jahr etc.) gefördert werden kann, kann der Ölpreis fast unbegrenzt steigen. Dann haben wir ein weitgehend gleichbleibendes Angebot, das auf eine weiter wachsende Nachfrage stößt.

Seit Mitte der 1970er Jahre erleben wir einen kapitalistischen Krisenzyklus, der mit dem Ölpreiszyklus korreliert ist – und bei dem gerade die jüngste Krise mit einem Ölpreis von rund 150 Dollar je Barrel im Juli 2008 andeutete, wie extrem heftig und schnell der Preisanstieg ausschlagen kann.

Wenn der aktuelle Aufschwung andauert und insbesondere, wenn sich die Motorisierung in China und in anderen Schwellenländern fortsetzt, wird die weltweite Nachfrage nach Öl erneut ansteigen. Dann dürfte der Ölpreis, der Ende 2010 mit rund 70 bis 80 US-Dollar je Fass ohnehin bereits deutlich über dem Niveau von 2005/2007 liegt, erneut steil ansteigen. Und so, wie ein Ölpreis von 150 Dollar im Jahr 2005 noch absolut undenkbar erschien, wird die Zeit kommen, in der das Undenkbare passiert: Der Ölpreis wird auf über 500 oder gar auf 1000 Dollar steigen (und dann möglicherweise nicht mehr in US-Dollar, sondern in Euro oder in Renminbi gemessen werden).

Das Szenario einer verschärften Krise im Allgemeinen und einer Verknappung des entscheidenden Rohstoffs erhöht die Gefahr von Kriegen um Öl und von Kriegen um die Energie-Transportwege. Seit den 1970er Jahren hatten die meisten größeren militärischen Auseinandersetzungen das Thema Öl und Öl-Gas-Transportwege als Hintergrund (Nahost-Krieg 1973; sowjetische Besetzung in Afghanistan ab 1979 und Krieg in Afghanistan bis 1989; Irak-Iran-Krieg 1980-1988; Irak-Krieg 1992; Krieg der USA und ihrer westlichen Verbündeten in Afghanistan seit 2001; Irak-Krieg 2003).

Krisenbewältigungspolitik als Klimakrisen-Verstärkungspolitik

Krisen sollen „Stunden der Wahrheit“ sein und „große Chancen für Einkehr“ etc. mit sich bringen. Das mag für den homo sapiens zutreffen. Es trifft nicht zu auf die kapitalistische Ökonomie.

Bereits in der vorausgegangenen schweren Krise 1980-1982 bestanden die wesentlichen Elemente der Krisenbewältigung darin, diejenigen Strukturen zu stärken, die Teil der ökologischen und längerfristigen Krise sind. Die Autoindustrie wurde massiv gefördert (Rettung von Chrysler durch die US-Regierung vor dem Konkurs). Der Westen unterstützte im acht Jahre andauernden Iran-Irak-Krieg (1980-1988) beide Seiten. Das führte zu einer massiven Verbilligung des Rohölpreises, weil Teheran und Bagdad massiv Öl auf den Markt warfen, um den Krieg zu finanzieren. Die Mitte der 1970er Jahre mit der ersten Ölkrise ausgelöste Debatte über Auto und Umwelt und der kurzatmige Trend, weniger spritfressende Pkw zu bauen und den öffentlichen Verkehr zu fördern, wurde gestoppt. Es begann die Periode der spritfressenden SUVs (Pickups, Geländewagen, Sportwagen) und der Zerstörungen von Eisenbahnen durch Privatisierungen. In der Folge gab es selbst in den OECD-Staaten, in denen man bis dahin von einer weitgehenden „Marktsättigung“ beim Pkw-Abatz gesprochen hatte, eine neue enorme Steigerung der Pkw-Dichte: in den USA von 400 Pkw auf 1000 Einwohner Anfang der 1980er Jahre auf 750 Pkw auf 1000 Einwohner im Jahr 2010; in Westeuropa („EU-15“) von 350 Pkw auf 1000 Einwohner Anfang der 1980er Jahre auf 550 Pkw auf 1000 Einwohner Ende 2010. Selbst in der EU der 27 Mitgliedstaaten (mit einer Pkw-Dichte von 200 bis 300 je 1000 Einwohner in Rumänien und Bulgarien) wurde ein Durchschnitt von 500 Pkw auf 1000 Einwohner erreicht. Bei dem Bezugspunkt „je 1000 Einwohner“ sind immer Greise und Kids inbegriffen. Um es zu verdeutlichen: Alle EU-Einwohner – Jung und Alt – können heute auf den beiden Vordersitzen ihrer Pkw Platz nehmen; die Hintersitze könnte man für Einwanderer freigeben.

Es ist natürlich berechtigt, die USA hinsichtlich des Energieverbrauchs und der Pkw-Dichte als „Umweltsünder“ und „Kli-

makiller“ anzuprangern. Doch die EU wetteifert dem US-Modell nach. Selbst im Zeitraum 1990 bis 2005 gab es auf dem Gebiet der EU-27 nur einen Abbau der Treibhausgase im Zeitraum 1990 bis 2000 und dies als Resultat der Deindustrialisierung in der DDR und in Mittel- und Osteuropa. Gleichzeitig kam es zu einem kontinuierlichen Anstieg der Treibhausgase des Transportsektors – und hier zu einem extremen Anstieg dieser Schadstoffemissionen im Fall des Flugverkehrs, des Schiffsverkehrs (vor allem der Containerschiffahrt) und des Straßenverkehrs.

In der aktuellen Krise gibt es ein vergleichbares Bild der „Krisenlösungs-Politik“ wie 1980-82: Die wichtigsten Maßnahmen, die 2008/2009 zur Konjunkturbelebung in Washington, Peking, Tokio und Europa beschlossen wurden, laufen auf eine *Stärkung des bestehenden Produktions- und Konsummodells* hinaus. Dieser *way of life* ist jedoch Teil der umfassenden Krise.

Das größte Konjunkturprogramm galt der Auto-Branche respektive dem Straßenverkehr. Teilweise wurden auch Flugzeugbau und Airlines gefördert. 2008-2010 wurden weltweit rund 250 Milliarden Euro an staatlicher Konjunkturlilfe an die Autoindustrie, den Straßenverkehr und die Luftfahrt gegeben durch die folgenden Maßnahmen:

- Abwrackprämien (25 Länder; ca. 30 Mrd. Euro)
- Reduktion unterschiedlicher Besteuerungen von Pkw (u.a. Reduktionen von Kfz-Steuern, Mehrwertsteuern und Luxussteuern auf Pkw) (ca. 20 Mrd. Euro)
- Rücknahme bzw. späteres Inkrafttreten von bereits beschlossenen Umweltauflagen für Pkw (ca. 15 Mrd Euro)
- Förderung von Elektroautos (ca. 15 Mrd. Euro)
- Straßenbauprogramme (ca. 60 Mrd. Euro)
- direkte Subventionen für Autokonzerne (rund 100 Mrd. Euro; allein in den USA 60 Mrd. Euro).
- Subventionierung von Flugzeugbauunternehmen (vor allem zum Bau der Modelle A380 bei Airbus und Dreamliner bei Boeing) und von Airlines (10 Mrd. Euro)

Damit wurde einigermaßen gezielt eine Dinosaurier-Struktur gestärkt, just diejenige Struktur, die hauptverantwortlich für die Umwelt- und Klimakrise ist.

Die entscheidende Triebkraft ist der Öl-Auto-Flugzeugbau-Block

Es ist nicht Dummheit, nicht Verblendung und auch nicht mangelnde Informiertheit, die zur Fortsetzung und Vertiefung des bestehenden Produktions- und Konsummodells treibt.

Es geht schlicht ein weiteres Mal um ein Basis-Überbau-Verhältnis.

An der Basis, in der materiellen Produktion, ist das im Öl-Auto-Flugzeugbau-Sektor angelegte Kapital so groß und übermächtig, dass es eine Art Eigenleben entwickelte. Sein spezifisches Gewicht in der Weltökonomie hat sich in dem Maß kontinuierlich vergrößert, wie die Einsicht wuchs, dass aus dem Modell eines Öl-basierten Kapitalismus ausgestiegen werden muss.

Der Block Öl-Auto-Flugzeugbau „wog“ Mitte der 1980er Jahre als Teil des Umsatzes der „Global 500“ rund 15 Prozent, 1999 waren es 22 Prozent, 2008 oder heute sind es 33 Prozent. Vergleichbare Relationen ergeben sich, wenn wir die Profitsumme, die die Gruppe Öl-Auto-Flugzeug auf sich konzentriert, als Anteil an der Profitsumme der 500 größten Unternehmen der Welt messen.

Im Klartext: Rund ein DRITTEL des Umsatzes respektive der Profitsumme der 500 größten Unternehmen der Welt – Wal Marts und Banken sind da bereits Teil des Ensembles – entfällt auf diese Gruppe – noch ohne Petrochemie, ohne die „Auto-Flugzeug relevanten“ Anteile anderer Branchen (z. B. des Maschinenbaus oder der Elektroindustrie), noch ohne die Bereiche der Finanzwirtschaft, die mit diesem Block verbunden sind.

Von diesem Block geht eine unermessliche Macht aus. Sie durchdringt alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens.

Das zerstörerische Modell der Krisenbewältigung

Es gibt zwei sehr unterschiedliche „Drei-K-Optionen“ – eine bürgerliche und eine sozialistisch-alternative. Die gegenwärtig betriebene ist die kapitalistische „3-K-Option“. Sie lautet: Erstens Keynes à gogo; zweitens Konkurrenz hoch zwei und drittens Krieg und Rüstung wie gehabt.

Keynes à gogo. Oder: rücksichtslose Wachstumsförderung

Dort, wo es zu einer (vulgären) Form keynesianischer Politik kommt, ist diese allein auf Wachstum als solches ausgerichtet. In der Regel werden dabei – wie beschrieben – bestehende (Dinosaurier-) Strukturen der kapitalistischen Ökonomie verstärkt. Damit wird ein Faktor, der mit zur weltweiten Krise beitrug, die Klima- und Umweltkrise, verstärkt. Gleichzeitig führt diese Art von Keynesianismus zu einer Diskreditierung desselben, eben weil keine wirklichen Perspektiven geboten werden und weil Summen in Höhe von vielen Hunderten Milliarden Euro regelrecht verpulvert werden. Kommt es zu einer neuen Verschärfung der Krise, dann dürfte das gesellschaftliche Kräfteverhältnis derart sein, dass eine solche Option nicht mehr gegeben ist und das „Spar-Diktat“ ins Zentrum rückt.

Konkurrenz hoch zwei. Oder: Neuer Hegemon

Eine zweiter aus kapitalistischer Sicht immanenter Ausweg aus der Krise läuft auf eine umfassende Sparpolitik (Austeritätspolitik), auf verschärfte innerimperialistische Konkurrenz und in deren Gefolge auf eine Ablösung der Hegemonialmacht USA hinaus.

Seit 2009 in Osteuropa (Ungarn, Lettland) und seit 2010 umfassend in Euroland (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) kommt es in Europa zu just der gefährlichen Sparpolitik, die an den deutschen Reichskanzler Brüning 1930 erinnert und die allgemein für den Umschlag der Krise 1929/30 von einer allgemeinen Krise in eine Weltwirtschaftskrise verantwortlich gemacht wird. Die Sparpolitik reduziert die Nachfrage; sie führt zu neuen Konjunkturerinbrüchen (das griechische BIP sinkt 2010 um 4 %), womit wiederum das Problem der hohen Staatsschulden verschärft wird (da dieses als Anteil am BIP gemessen wird). In der aktuellen Krise beschleunigt sich der wirtschaftliche, währungs-technische, politische und kulturelle Niedergang der USA. Dass es parallel einen militärischen Niedergang der USA gibt, ist auf mittlere Frist nicht erkennbar. Zu groß ist der Abstand zwischen den militärischen Potenzen der USA und denjenigen ihrer potentiellen Herausforderer. Das entscheidende Problem bei dieser möglichen immanenten Lösung der Krise besteht darin, dass es

keinen überzeugenden Kandidaten für die Position des neuen Hegemon gibt.

Kriege wie gehabt

Der dritte immanente Ausweg aus der Krise hängt eng mit dem zweiten zusammen. Die zwei entscheidenden Schwächen der EU als Herausforderer der USA sind die fehlende politische (und währungstechnische) Einheit und die geringe militärische Bedeutung. Im Fall von China gibt es den noch relativ großen wirtschaftlichen Abstandes hinsichtlich der Pro-Kopf-Einkommen mit einem entsprechend gering entwickelten inneren Markt und – erneut – die militärische Schwäche.

Beide potentiellen Herausforderer der USA versuchen, den Abstand zu den USA aufzuholen. In China durch deutlich wachsende Militärausgaben und die Entwicklung neuer Waffensysteme (U-Boote, Flugzeugträger); in der EU durch qualitative Fortschritte in der Militärtechnologie, den Aufbau einer einheitlichen EU-Armee und durch das Sammeln von Erfahrungen bei Auslandseinsätzen der europäischen Armeen.

Auch auf weltweiter Ebene steigen die Rüstungsausgaben und die Rüstungsexporte deutlich. Selbst bei großen nationalen Krisen werden die Rüstungsausgaben nicht angetastet: Die aktuellen Sparmaßnahmen in Griechenland sind gepaart mit Rüstungsausgaben, die (als Anteil am BIP) rund dreimal so hoch wie die deutschen liegen.

Die USA haben eine entscheidende Erfahrung mit einem zivilen und einem militärischen Keynesianismus hinter sich – diejenige aus der vergangenen Weltwirtschaftskrise. Paul Krugman fasste diese Erfahrung wie folgt zusammen: „Wer einmal sehen will, welche Anforderungen erforderlich sind, um die Wirtschaft aus der Schuldenfalle zu befreien, der sollte das massive öffentliche Beschäftigungsprogramm betrachten, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff Zweiter Weltkrieg. Dieser Krieg brachte nicht nur Vollbeschäftigung. Er führte auch zu schnell ansteigenden Einkommen. (...) Bis 1945 stiegen zwar die öffentlichen Schulden der USA, doch die Relation der privaten Schulden zum Bruttoinlandsprodukt lag (1945) nur bei der Hälfte des Vorkriegsniveaus von 1940. Dieses niedri-

ge Schuldenniveau bildete dann die Grundlage für den großen Nachkriegsboom.“

Ein alternatives Programm – „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Als sich Ende 2008 die Krise vertiefte, setzte sich bei Gewerkschaften und linken Gruppen der Slogan durch: „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Globalisierungskritische Gruppierungen und Gewerkschaften riefen zu breiten Protesten auf. Seit Mitte 2009 setzte sich die Stimmung durch: „Es kommt nicht so schlimm“. Die in wichtigen Ländern wie Deutschland wieder sinkenden Arbeitslosenzahlen und die vielfachen Meldungen, man habe „die Talsohle der Krise durchschritten“ trugen zu dieser Haltung bei. Die großen – dann nicht erfüllten – Erwartungen, die Ende 2008 und Anfang 2009 in Barack Obama als neuen US-Präsidenten gesetzt wurden, wirkten ihrerseits demobilisierend – vor allem in den USA, aber durchaus auch weltweit. Die Erwartungen, mit Obama als Präsident komme es zu einem umfassenden „Green New Deal“ hatten etwas Faszinierendes. Spätestens seit der Niederlage der Demokraten in den Wahlen vom November 2010 ist deutlich, dass sie enttäuscht werden. Auch die USA dürften (noch mehr als bisher) auf eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen umschwenken.

Was also tun? Auch wenn die Massenbasis dafür ist, was gegenwärtig nicht vorhanden ist, ein alternatives antikapitalistisches Programm aufzugreifen, so ist es doch sinnvoll, ein solches Programm zu entwickeln. Erforderlich ist ein Programm, das an den aktuellen Erscheinungen der Krise und am Bewusstsein der Menschen anknüpft und zugleich perspektivisch auf eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung orientiert ist. Dieses könnte die folgenden drei Bestandteile und ein *alternatives* „3-K-Investitionsprogramm“ haben.

Erster Programmpunkt: Der Bankensektor muss unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden und in seinen Dimensionen deutlich zurückgeführt und dezentralisiert werden.

Der größte Teil der unabhängigen Wirtschaftsexperten ist sich darin einig, dass der Bankensektor deutlich überdimensioniert ist und in der bestehenden privatkapitalistischen Form eine ständige Gefahr für Stabilität darstellt. Das Ergebnis der skizzierten Bankenrettungs-Programme besteht darin, dass der Bankensektor neu gestärkt wurde und dass die Spekulation erneut aufblüht. Nach kapitalistischen Kriterien – „Wer zahlt, bestimmt die Musik“ – müsste sich der weltweite Finanzsektor zum größten Teil bereits unter öffentlicher Kontrolle befinden. Das wäre dann der Fall, wenn die staatlichen Unterstützungszahlungen und Bürgschaften eins zu eins in Unternehmensanteilen umgerubbelt werden würden.

Zweiter Programmpunkt: Rückverteilung von oben nach unten

Wenn in Deutschland heute die Steuergesetzgebung von Mitte der 1990er Jahre (u.a. mit der „alten“ Körperschaftssteuer, der höheren Einkommenssteuerprogression, der Vermögenssteuer) gelten würde, so würde die öffentliche Hand über knapp 100 Milliarden Euro mehr verfügen – im Jahr. Es gäbe kein Problem einer Neuverschuldung bzw. es existierte ein erheblicher Spielraum zur Finanzierung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und einer alternativen, keynesianischen Politik. Daher muss eine Palette von Forderungen zur Stärkung der öffentlichen Finanzen durch Besteuerung von hohem Einkommen, größeren Vermögen und der Profite der Banken und der großen Unternehmen zusammengestellt und umgesetzt werden.

Dritter Programmpunkt: Erforderlich ist eine europaweite Kampagne zur Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ist eine Antwort auf die gewaltige Steigerung der Produktivität, die im Rahmen der Globalisierung erreicht wurde. Die 200-jährige Erfahrung lehrt: Diese Anteilnahme der Produzentinnen und Produzenten an den Früchten der Produktivkraftsteigerung

muss erkämpft werden. Im Manchesterkapitalismus des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts herrschte der 12-Stunden-Tag und die 6- oder gar 7-Tageweche vor. Dann wurde in England die 10-Stunden-Bill erkämpft: Die Wochenarbeitszeit sank auf rund 60 Stunden. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte in einigen Ländern Europas und nach der Weltwirtschaftskrise in den USA die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden reduziert werden. Der Faschismus und der Zweite Weltkrieg brachten einen Rückschlag und eine neuerliche Ausweitung der Arbeitszeiten. Im Zeitraum 1955 bis 1970 wurde in vielen kapitalistischen Ländern die Fünftageweche erkämpft; die Wochenarbeitszeit sank auf unter 45 Stunden. Schließlich gelang es den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung in einigen Ländern, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 bis 37 Stunden durchzusetzen. Hier bildete Kerneuropa – Deutschland und Frankreich – die soziale Avantgarde. Dieser Erfolg wurde zu einem größeren Teil durch die neoliberale Gegenoffensive zunichte gemacht. In Deutschland stieg die tatsächlich geleistete durchschnittliche Arbeitszeit der Noch-Beschäftigten wieder auf rund 40 Stunden.

Gegenwärtig gibt es erneut bürgerliche Stimmen, die fordern, man müsse in der Krise die Arbeitszeiten wieder erhöhen. Die Deutsche Bundesbank plädierte im Juli 2009 für die neuerliche Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre – ausdrücklich unter Verweis auf die „ausgehöhlte Finanzierungsbasis der Staatsfinanzen“ als Folge der Anti-Krisenmaßnahmen. Die Rente mit 67 ist in Deutschland ohnehin bereits Standard – noch beschlossen unter dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder (und im November 2010 neu konkretisiert durch das CDU/CSU-FDP-Kabinett unter Bundeskanzlerin Angela Merkel).

In dieser Situation sind die Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke aufgefordert, eine gemeinsame, breit angelegte Kampagne zur qualitativen Reduktion der Arbeitszeit durchzuführen. Indem diese von vornherein als eine europaweite Kampagne geführt würde, entfielen auch weitgehend das Argument der bedrohten Standortkonkurrenz: Knapp 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Europas verbleiben innerhalb des Kontinents. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung muss, wenn sie massenwirksam sein soll, verbunden werden mit der Forde-

rung nach einem allgemeinen Einkommensausgleich und nach einem Personalausgleich, der entsprechend der Arbeitszeitverkürzung vorzunehmenden Neueinstellung von Personal, um einer Arbeitsintensivierung entgegenzuwirken.

Alternatives 3-K-Investitionsprogramm

Angesichts einer Krise, in deren Zentrum auch die Umwelt- und Klimakrise steht, muss auch die stoffliche Seite der Produktion im Zentrum der Betrachtung stehen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen lässt sich dies als ein *Alternatives 3-K-Programm* – als ein *Investitionsprogramm für die Bereiche Kinder, Kultur und Klima* – konkretisieren.

Gemeint sind damit zunächst Investitionen zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Die Anteile der Bildungsausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt der EU-Mitgliedsländer variieren innerhalb der EU in einer enormen Spannweite. Dabei belegt Deutschland mit 4,3 Prozent den drittletzten Platz und Dänemark mit 8,3 Prozent Rang eins. In Österreich und in Deutschland ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit mehreren Jahren rückläufig.

In Dänemark – und auch in Schweden – liegt die Zahl der Schülerinnen und Schülern je Lehrkraft um 50 Prozent niedriger als in Deutschland – es gibt also, unter Berücksichtigung der Größe der Länder, 50 Prozent mehr Lehrkräfte. In deutschen Grund- und Hauptschulen sind Klassengrößen von 25 bis 30 Schülerinnen und Schüler die Regel. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert Klassenstärken von maximal 20 Schülern je Lehrkraft. Die Folgen der viel zu großen Klassenstärken sind für die Beschäftigten und für die Kinder und Jugendlichen verheerend: Zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer sind vom „burn-out“-Syndrom betroffen; die große Mehrheit geht weit vor dem Erreichen des Rentenalters in den Ruhestand.

Ohne auf die anderen Bereiche des Ausbildungssektors hier eingehen zu können, lässt sich verallgemeinernd sagen: Investitionen in den Bereichen Kinder und Kultur, die sich zumindest am „best practice“-Prinzip (Stichwort: Dänemark; Schweden)

orientieren, würden in Deutschland ebenso viele *neue* Arbeitsplätze schaffen wie die gesamte Autoindustrie aktuell (noch) Arbeitsplätze zählt. Anders als bei den „Keynes à gogo“-Konjunkturprogrammen geht es dabei um gesellschaftlich sinnvolle, nachhaltige Investitionen – ohne relevante CO-2-Emissionen und solche zugunsten von fast 16 Millionen jungen Menschen.

Die erforderlichen Investitionen unter dem Stichwort *Klima* teilen sich in die beiden großen Bereiche „Energiewende“ und „Verkehrswende“ auf. In beiden Bereichen müsste die Priorität auf Investitionen liegen, um Energie respektive Verkehr zu *vermeiden*. Im Energiebereich meint dies vor allem Wärmedämmung und eine beschleunigte Entwicklung energiesparender Geräte. Im Verkehrsbereich ist damit die Stärkung dezentraler Strukturen und die Förderung kurzer Wege gemeint. Im Güterverkehr ist es gut vorstellbar, dass bis zu zwei Drittel der Transportleistung „eingespart“ werden kann, ohne dass damit wesentliche Verluste an der Qualität der Güter festzustellen sind. Gleichzeitig sind solche Einsparungen mit erheblichen volkswirtschaftlichen Gewinnen und mit gesteigerter Lebensqualität verbunden. Auf Grundlage der auf diese Weise deutlich reduzierten Energieerzeugung und Transportleistung geht es dann um Investitionen in die *Verlagerung* von bisherigen konventionellen Energie- und Verkehrsformen auf alternative Träger (Solarenergie; andere regenerative Energien bzw. auf die nichtmotorisierten Verkehrsarten und auf öffentliche Verkehrsmittel).

Die frühere deutsche Bundesregierung der großen Koalition rühmte sich Mitte 2009, dass innerhalb eines guten Jahrzehnts im Umweltbereich bis zu einer Million Arbeitsplätze entstanden seien. Unabhängig von Detailfragen, um welche Art Arbeitsplätze es sich hier handelt, bleibt doch festzuhalten: Wenn bereits diese eher bescheidenden Investitionen in eine verbesserte Umwelt- und Energiepolitik viele Hunderttausend neue Jobs geschaffen haben, dann ist eine konsequente Politik der Energiewende mit der Schaffung einiger Millionen neuer Arbeitsplätze verbunden. Im Mai 2009 wurde ein „Programm SchieneEuropa2020“ vorgelegt, in dem allein für den Bereich des Schienenverkehrs in Europa die Möglichkeit zur Schaffung von bis zu zwei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen aufgezeigt wird.

Bei dem alternativen 3-K-Programm gibt es einen entscheidenden Unterschied zu den „Keynes à gogo“-Investitionen: Die letztgenannten verursachen bereits binnen kurzer Zeit enorme *zusätzliche* Kosten (für Verkehrstote und -verletzte; für Umwelt- und Klimaschäden); auf längere Frist sind sie nicht zukunftsfähig, also unvereinbar mit einem menschlichen Leben in Würde. Auf der anderen Seite sind Investitionen entsprechend des alternativen 3-K-Programms innerhalb weniger Jahre komplett gegenfinanziert – die Kosteneinsparungen, die mit diesen Investitionen verbunden sind, sind in fünf bis zehn Jahren deutlich größer als die Kosten der Investitionen selbst. Darüberhinaus gibt ein solches alternatives Investitionsprogramm auf längere Frist allein eine Antwort auf die aktuellen unabweisbaren Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht.

Jüngste Veröffentlichungen des Autors

W.W., *Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns*, Wien 2009 (210 Seiten; Verlag Promedia Wien)

W.W., *Sieben Krisen – ein Crash*, Wien 2009 (255 Seiten; Verlag Promedia Wien)

Stuttgart 21 – Oder: Wem gehört die Stadt? Herausgeber: Volker Lösch, Sabine Leidig, Gangolf Stockert und Winfried Wolf, Köln Dezember 2010 (200 Seiten / PapyRossa-Verlag)

Winfried Wolf ist Chefredakteur von *Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie* (siehe: www.lunaparl21.net)

Gerald Oberansmayr

Symbiotische Beziehung mit den Transnationalen Konzernen

Die „unsichtbare Hand“ und die „sichtbare Faust“ – Konzern- und Militärmacht in der EU

Der offizielle Think Tank der EU für Militärpolitik, das EU-Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS), hat im sog. „European Defence Paper“ 2004 zur Eile aufgerufen. Denn *„noch ist die EU nicht in der Lage, Kriege in einem anspruchsvollen Szenario wagen und gewinnen zu können“*, noch fehle es der EU an *„militärischer Eskalationsdominanz.“*(1). Tatsächlich ist das letzte Jahrzehnt der EU-Entwicklung davon geprägt, diese *„militärische Eskalationsdominanz“* zu erreichen. Zu Lande, zur See, in der Luft und nicht zuletzt im Weltraum wird gerüstet, denn – so wissen die EU-Strategen – *„die anspruchsvollste Aufgabe ist die Machtprojektion, die aus der Kombination von Luftschlägen, Landangriffen und amphibischen Operationen besteht.“*(1) Die EU-Eliten wollen jene Kriegsfähigkeit erreichen, wie sie die USA im Irak und in Afghanistan *„eindrucksvoll“* (O-Ton EU-ISS) vorexerziert haben. Diese wachsenden Aufrüstungsambitionen der EU gehen Hand in Hand mit einer nachhaltigen Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse zu Gunsten der EU-Konzerne, die mittlerweile auf vielen Ebenen den US-amerikanischen den Rang abgelaufen haben.

Konzernmacht Nr. 1

Das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin „Fortune“ veröffentlicht jährliche eine Liste der 500 größten Konzerne.(2) Aus dieser Liste geht hervor, dass im Zeitraum 2004 bis 2008 die EU-Konzerne zu den weltweit mächtigsten aufgestiegen sind, während die US-amerikanischen und japanischen deutliche Positionsverluste hinnehmen mussten. Gewachsen ist auch der Einfluss der

chinesischen Großunternehmen, allerdings von einem ausgesprochen niedrigen Niveau aus (sh. Tabelle 1). Mit 172 unter den Top 500, die einen Umsatz von 38,8 % der Top 500 erwirtschaften, haben die Konzerne der EU-Staaten von 2004 bis 2008 noch einmal leicht zugelegt und damit eindeutig die Führung übernommen, da gleichzeitig die Zahl der US-amerikanischen Konzerne, die es unter die Top 500 geschafft haben, von 178 auf 140 erheblich gesunken ist. Deren Umsatzanteil hat sich von 36,1% auf 30,1% reduziert. Das Gewicht der Konzerne steigt auch innerhalb der EU-Ökonomie deutlich an. Der addierte Umsatz der EU-Top-500 Konzerne machte 2004 57% des Bruttoinlandsprodukts aller EU-Staaten aus, 2009 waren es bereits 78%. Auch innerhalb der EU gibt es eine ausgeprägte Hierarchie: Die deutschen Industriekonzerne haben einen Umsatzvorsprung vor den französischen von 17%, vor den britischen bereits um 82%. Die viertplatzierten italienischen werden von den deutschen bereits um 350% übertroffen.

Handelsmacht Nr. 1

Beim Warenexport hat die EU ihre bisherige Spitzenposition verteidigt. Mit einem Anteil von rund 18% (EU als Block gegenüber dem Rest der Welt) hat sie seit 2000 die USA klar abgehängt, die damals noch gleichauf war, seither auf rund 12% zurückgefallen ist und mittlerweile bereits von China überholt wurde (sh. Grafik 1). Freilich stehen diesen Erfolgen im Warenexport wachsende handelspolitische Disparitäten innerhalb des EU-Raums gegenüber (sh. weiter unten).

Kapitalexportmacht Nr. 1

Nirgendwo kommt die Überlegenheit der EU-Konzerne so konzentriert zum Ausdruck wie beim Kapitalexport. Die Statistiken der UNCTAD zu den ausländischen Direktinvestitionen, die sowohl „greenfield“-Investitionen (Bau neuer Anlagen) als auch Fusionen und Übernahmen enthält, enthüllt bemerkenswerte Positionsverschiebungen zwischen den Großmächten in den letzten Jahren. (3) Seit 2004 haben die Nettokapitalexportüber-

schüsse der EU-Konzerne bei den ausländischen Direktinvestitionen geradezu explosionsartig abgehoben. Sie übertreffen im Jahr 2007 die US-amerikanischen um das vier- und die japanischen ums sechsfache (s. Grafik 2). Entsprechend kräftig haben sich auch die Nettokapitalerträge entwickelt, also jener Betrag, um den die Gewinnrückflüsse in den EU-Raum (für Kapitalexport) die Gewinnabflüsse aus dem EU-Raum (für Kapitalimport) überragen. Diese Nettokapitalerträge sind von 3 Milliarden Euro im Jahr 2001 auf 83 Milliarden Euro im Jahr 2006 angestiegen.

Geradezu übermächtig ist die Position der – vor allem deutschen und französischen – Infrastrukturkonzerne (Energie-, Elektrizitäts-, Wasser-, Erdgasversorgung, Transport, Telekommunikation). In diesem Bereich kommen die EU-Konzerne innerhalb der 100 größten TNK der Welt auf satte 64%, deren Anteil am Auslandsvermögen beläuft sich sogar auf fast 77%. Hier liegen die materiellen Gründe, warum die EU-Kommission mittlerweile zur aggressivsten Kraft für Privatisierung und Liberalisierung der öffentlichen Dienste sowohl innerhalb der EU als auch auf globaler Ebene aufgestiegen ist.

Rüstungsexportmacht Nr. 1

Auch in einer weiteren höchst zweifelhaften Liga haben es die EU-Staaten an die Spitze gebracht: beim Rüstungsexport. (4) Ab 2006 haben auch hier die EU-Rüstungskonzerne ihre Rivalen in den USA und Russland überflügelt (sh. Grafik 3). Einen großen Anteil an dieser „Poleposition des Todes“ tragen die wachsenden Rüstungsgeschäfte mit Ländern der sog. „3. Welt“. Eine von der US-Regierung regelmäßig publizierte Liste der Rüstungsexportverträge zeigt, dass alleine die vier größten EU-Staaten (BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien) ihren Anteil an den Rüstungsexportverträgen mit Ländern der „3. Welt“ von 18,5% im Jahr 2006 auf 32% im Jahr 2007 steigern konnten und damit auch hier die USA (29%) und Russland (23%) hinter sich ließen. (5) Die EU-Staaten sind zum größten Waffenexporteur in die Krisen- und Kriegsregionen des Nahen Osten und dort wiederum v.a. für Feudaldiktaturen wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate geworden.

Rohstoffimporteure Nr. 1

Doch nicht nur beim Export von Waren, Waffen und Kapital stehen die EU-Staaten an der Spitze, auch beim Import strategischer Rohstoffe. Der Anteil der EU am globalen Rohölimport betrug 2007 28,3% (vor den USA mit 22,5%, Japan mit 9,4% und China mit 7,3%), beim Anteil an den weltweiten Erdgasimporten 35,2% (vor den USA mit 14,2%, Japan mit 9,6% und der Ukraine mit 5,4%). Und last but not least ist die EU auch die Heimat der stärksten Atomindustrie. Auch hier steht die EU mit einem Anteil von 32,4% am weltweiten Uranverbrauch knapp vor den USA (30,9%) und deutlich vor anderen (Japan 10,1%, Russland 5,8%) an der Spitze.(6)

„Nötigenfalls mit robusten Mitteln“

Die wirtschaftlich stärksten Mächte haben ein Interesse an „offenen Märkten“. Das ermöglicht ihnen, die Absatz-, Kapital- und Rohstoffmärkte der schwächeren zu „erobern“. Denn auf einem ebenen Spielfeld bleiben die Kleinen gegen die Großen auf der Strecke. Wo die Märkte nicht freiwillig geöffnet werden, sollen Flugzeugträger, Kampfbomber und Marschflugkörper Nachhilfeunterricht in „freier Marktwirtschaft“ erteilen. Die Hamburger Zeitschrift „griephan global security“, die sich als Schnittstelle zwischen Konzerninteressen und Sicherheitspolitik zu profilieren versucht, benennt den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und militärischer „Machtprojektion“ ungeschminkt:

„Zurzeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das `Länderrisiko` im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen (sich) gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“ (7)

Venezuela und Bolivien haben gezeigt, dass sich die „Ausgeschlossenen“ mit Hilfe der Mittel ihres Staates – Verstaatlichung, Schutz und Regulierung der eigenen Märkte – gegen die Macht

von Konzernen zur Wehr setzen können. Dieses „Länderrisiko“ soll mit allen Mitteln eliminiert werden. Dafür gelte es – so der EU-Think-Tank ISS – *„Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“* zu führen, durch die der *„Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen.“*(1) gewährleistet werde. Diese *„Expeditionskriegszüge“* könnten dabei *„die Größenordnung des Golfkrieges von 1991 oder darüber“* annehmen. Zur Erinnerung: Bei diesem Krieg tötete die US-amerikanische Angriffsmaschinerie rd. 300.000 IrakerInnen.

Die nötigenfalls gewaltsame Sicherung der Absatz- und Kapitalmärkte, der Handelswege und Rohstoffquellen ist einer der Hauptgründe, warum sich die Eliten der großen europäischen Nationalstaaten zum Machtblock EU zusammengeschlossen haben. EU-Kommissar Verheugen: *„Ich habe den Mut auszusprechen, was das Gebot der Stunde ist: Nämlich, dass sich Europa etablieren muss als eine Weltmacht, die einen Geltungsanspruch erhebt“*, den es *„notfalls mit robusten Mitteln zu schützen gilt.“*(8)

„Potenzial zur Weltmachtbildung“

Werner Weidenfeld, führender Berater deutscher Kanzler und langjähriger Leiter des Bertelsmann-Think Tank „Centrum für Angewandte Politikforschung“, schwärmt davon, dass *„das Potenzial der Europäischen Union dem der Weltmacht USA am nächsten – ja es ist ihm in wichtigen Teilen sogar überlegen. Nicht erst seit 1989 ist das integrierte Europa eine Weltmacht im Werden.“*(9) Doch er weiß auch um die Achillesferse dieses Weltmachtsprojekts. Diese liege *„in der Lücke zwischen Potenzial und politischer Infrastruktur, in der wirksamen Bündelung der politischen Energie und im fehlenden Denken in weltpolitischen Kategorien.“* Daher, so Weidenfeld, gelte: *„Ohne herausragende Führungsleistung wird sich Europa in den gewohnten Bahnen bewegen. Der Kontinent bleibt eine Weltmacht im Werden mit großem Potenzial zur Weltmachtbildung aber ohne Kraft der politischen Bündelung seiner Ressourcen.“*(10) Klopft man das sperrige Politologen-Deutsch aus Weidenfelds Thesen ab, wird klar, was aus Sicht des Kanzlerberaters den Aufstieg der Europäischen Union zur Nr. 1 am meisten gefährdet: zu wenig Zentralismus und Hierarchie, zu viel Demokratie und Souveränität

der einzelnen Staaten. Die deutschen Machteliten sehen sich – zum dritten Mal innerhalb von hundert Jahren – dazu berufen, diese „herausragende Führungsleistung“ zu übernehmen, um die „politische Bündelung der Ressourcen“ zur „Weltmachtsbildung“ voranzubringen. Merkel & Co haben den EU-Reformvertrag auf Biegen und Brechen durchgeboxt. Drei Volksabstimmungen (Frankreich, Niederlande, Irland) wurden dabei kaltschnäuzig ignoriert. „Herausragende Führungsqualitäten“ äußern sich offensichtlich nicht zuletzt darin, den Herrschaftswillen gegen Bevölkerungsmehrheiten durchzusetzen. Der EU-Reformvertrag gilt den Machteliten in Brüssel und Berlin in mehrerer Hinsicht als Meilenstein bei der Entfaltung von Weltmachtspotenzial:

(1) Die EU wird weiter militarisiert: Ein EU-Rüstungsamt wird primärrechtlich verankert und mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet, das Mandat des EU-Rates für globale Militäreinsätze unabhängig von UNO-Sicherheitsrat wird ausgeweitet, außerdem werden die rechtlichen Grundlagen für ein militärisches Kerneuropa, für ein eigenes EU-Militärbudget für Auslandsmissionen und für eine militärische Beistandsverpflichtung – härter als die der NATO – geschaffen.

(2) Die EU wird weiter zentralisiert und hierarchisiert: Die Vetomöglichkeiten einzelnen Staaten werden weitgehend eliminiert, die Möglichkeiten der institutionellen Hierarchisierung (z.B. durch Schaffung von Kerngruppen und inneren Zirkeln) ausgeweitet. Vor allem: Die Stimmgewichte wurden deutlich zugunsten der großen EU-Staaten und zulasten der mittleren und kleinen verschoben. Deutschland, das seine Stimmgewichte verdoppelt, profitiert davon am meisten. Der Gestaltungsraum der nationalen Parlamente wird noch weiter eingeengt. Die dafür vorgenommene Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments erweist sich weitgehend als Placebo, da das Recht auf Gesetzesinitiative bei der EU-Kommission verbleibt.

(3) Der neue EU-Vertrag weitet zudem „demokratiefreie Zonen“ aus, indem wesentliche wirtschafts- und sicherheitspolitische Politikfelder von vornherein dem demokratischen Meinungsstreit entzogen werden. So verpflichten sich alle EU-Staaten zu einer neoliberalen Wirtschafts- und Währungspolitik der

„offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (11) und zu einer dauerhaften „Verbesserung der militärischen Fähigkeiten“ (12) Der „Abbau der internationalen Handels- und Investitionsschranken“ (13) wird im außenpolitischen Pflichtenkatalog der EU-Verfassung verankert. Abgesichert werden diese politischen Vorgaben durch mächtige EU-Institutionen wie die Europäische Zentralbank und das bereits erwähnte Rüstungsamt, etwas verschämt als EU-Verteidigungsagentur tituliert. Befürworter von Abrüstung und einer solidarischen Ökonomie stehen damit seit Ende 2009 außerhalb des EU-europäischen Verfassungsbodens.

„Symbiotische Beziehung“

Selten zuvor wurden in einem Verfassungsdokument die Interessen von Konzernen und Militär so treffsicher bedient wie in dem neuen EU-Vertrag. Enthemmter Neoliberalismus und militärische Konfrontationen gehen Hand in Hand. Die großen Konzerne wollen den starken Militärstaat. Thomas Friedman, früherer Assistent von Außenministerin Madeleine Albright, hat das für das US-Imperium ohne Schnörkel auf den Punkt gebracht: *„Damit die Globalisierung funktioniert, dürfen die Vereinigten Staaten nicht zögern, als die unbesiegbare Weltsupermacht zu agieren, die sie sind. Die unsichtbare Hand des Marktes funktioniert nicht ohne die sichtbare Faust. McDonalds kann nicht prosperieren ohne McDonnell-Douglas, dem Fabrikanten der Kampfflieger F-15. Die sichtbare Faust sichert auf der ganzen Welt den Sieg der Technologieprodukte aus dem Silicon Valley. Diese Faust sind die Landstreitkräfte, die Marine, die Luftwaffe und das Marine-Corps der Vereinigten Staaten.“* (14)

Für das entstehende EU-Imperium hat das EU-Institut für Sicherheitsstudien den Zusammenhang von Konzern- und Militärmacht etwas distinguiert festgehalten: Es gelte die „funktionalen Ströme und Knotenpunkte“ einer „globalen hierarchischen Klassengesellschaft“ abzusichern, an deren Spitze die „Transnationalen Konzerne“ und die „postmodernen Gesellschaften“ wie z.B. die EU-Staaten stünden. Die EU brauche daher eine „symbiotische Beziehung mit den Transnationalen Konzernen“, denn *„diese brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“* (15) Schon Anfang der 90er Jahre hatte der damalige Generaltruppeninspekteur der deut-

schen Bundeswehr (und spätere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses beim Krieg gegen die BR Jugoslawien) Klaus Naumann preussisch knapp erläutert, wozu in Maastricht die EU aus der Taufe gehoben wurde: *„Es gelten nur mehr zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen.“* (16)

„... bis hin zum Einsatz von Atomwaffen“

Handelspolitische Konflikte zwischen den großen Mächten drohen immer stärker in militärische Blockkonfrontationen überzugehen. Große Sorge bereiten EU- und US-Strategen die dynamische wirtschaftliche Entwicklung der VR China, die am afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinent zunehmend an Einfluss gewinnt. In gewissen Zirkeln wird bereits das ultimativste aller Kriegsszenarien angedacht. Im Strategiepapier *„Towards a Grand Strategy in an Uncertain World“* wälzen fünf ehemals höchstrangige EU- und US-Generäle Atomkriegsphantasien, deutlich auf die wachsenden wirtschaftlichen und geopolitischen Rivalitäten zwischen dem Westen und China anspielend. Wörtlich heißt es in dem Dokument: *„Der Ersteinsatz von Atomwaffen muss im Köcher der Eskalation bleiben ... Ein solches Konzept erfordert Eskalationsdominanz, die das volle Arsenal von Zuckerbrot und Peitsche nutzt – und zwar tatsächlich alle Instrumente der weichen und harten Macht, die von diplomatischen Protesten bis hin zum Einsatz von Atomwaffen reicht.“* (17)

Wachsende innere Disparitäten

Die Entwicklung dieses Weltmächtsprojekts EU bleibt freilich im Inneren labil. Auch die europäischen Eliten wissen, dass der EU-Reformvertrag gegen die Bevölkerungen in vielen EU-Staaten durchgepeitscht worden ist. Mit der tiefen Wirtschaftskrise seit 2008 treten die inneren Widersprüche deutlich zutage. Denn das neoliberale Korsett, mit dem die EU die Länder Europas überzieht, hat tiefe Desintegrationsprozesse ausgelöst und die Disparitäten zwischen den EU-Staaten verschärft. EU-Binnenmarkt und Währungsunion haben den weniger produktiven

EU-Ländern die Möglichkeit genommen, ihre Volkswirtschaften gegen die übermächtige Konkurrenz v.a. deutscher Konzerne zu schützen. Zudem gelang es den deutschen Eliten viel erfolgreicher als denen der Mittelmeerstaaten „ihre“ Gewerkschaften zu disziplinieren und Lohndumping gegenüber den ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Das hat die „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Industrie auf Kosten anderer EU-Staaten zusätzlich angekurbelt, sodass sich in den letzten zehn Jahren enorme Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU aufgebaut haben. Während die BRD zum Exportchampion aufstieg, rasselte die Leistungsbilanz von Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Frankreich, usw. in den Keller (sh. Grafik 4). Zwei Drittel ihrer Exportüberschüsse erzielt die deutsche Industrie auf Kosten der EU-„Partner“. In der Krise entladen sich nun diese Ungleichgewichte im Handel in einer enormen Staatsverschuldung der peripheren EU-Staaten.

Wie geht die EU mit diesen wirtschaftlichen Verwerfungen um? Joachim Becker, Ökonom an der Wirtschaftsuniversität Wien, charakterisiert die EU-Krisenpolitik als „*Radikalisierung des Neoliberalismus*“. Um die Bedienungen der Schulden sicherzustellen, in die die Mittelmeerstaaten mit der Einführung der Währungsunion hineingeraten waren, hat die EU einen gewaltigen 750 Milliarden „Rettungsschirm“ aufgespannt. Es ist allerdings kein Rettungsschirm für die verschuldeten Länder, schon gar nicht für die oft notleidenden Menschen in diesen Ländern, sondern für die – großteils deutschen – Banken, die ihnen die Kredite gegeben und daran ganz gut verdient haben. Im Gegenzug wird Griechenland quasi unter neokoloniale Verwaltung durch EU-Kommission und IWF gestellt; der Bevölkerung, die schon jetzt zu den Ärmsten in der EU gehört – in Griechenland lebt jeder Fünfte unter der Armutsgrenze – wird eine beispiellose Politik des Lohndumpings, Sozialabbaus und der Privatisierung verordnet. Im Vergleich mit anderen großen Wirtschaftsmächten wie z.B. USA oder China sei in der EU – so Joachim Becker – „*derzeit die reaktionärste Wirtschaftspolitik festzustellen.*“ (18)

Der nächste Schritt dieser „Radikalisierung des Neoliberalismus“ ist bereits auf der Tagesordnung: das sogenannte „Europäische Semester“. In diesem „Europäischen Semester“ soll ab 2011

den nationalen Parlamenten das Budgetrecht weitgehend entzogen werden. In einem halbjährlichen Abstimmungsprozess zwischen EU-Kommission, Rat und Regierungen werden den nationalen Parlamenten „Empfehlungen“ für das nächste Budget vorgegeben. Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich diese „Empfehlungen“ jedoch als Diktate. Denn bei Nichtbeachtung droht sich ein ansehnliches Sanktionskarussell in Bewegung zu setzen, dessen Einzelheiten derzeit ausgearbeitet werden: Strafzahlungen, Stimmrechtsentzug, usw.

„Militärputsche und Umstürze“

Sanktionen noch viel härterer Art hat EU-Kommissionspräsident Barroso den Gewerkschaften und ArbeiterInnen südeuropäischer Länder in Aussicht gestellt, wenn sie nicht bereit sind, die Sparvorgaben der EU-Kommission widerstandslos zu schlucken. Bei einer Zusammenkunft mit Gewerkschaftsvertretern am 11. Juni 2010 warnte Barroso die Gewerkschaftsvertreter davor, dass Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal *„Militärputsche und Umstürze“* drohen könnten, *„wenn sie nicht die Sparpakete ausführen.“*(19) Der frühere Chef des britischen Gewerkschaftsdachverbandes und Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes John Monks berichtet über das Gespräch mit Barroso: *„Sein Botschaft war unverblümt: ‚Schaut, wenn sie nicht diese Sparpakete ausführen, könnten diese Ländern tatsächlich in der Art, wie wir sie als Demokratien kennen, verschwinden. Sie haben keine Wahl, so ist es.‘“*(20) Die Andeutungen Barrosos, es könnten diktatorische Regime drohen, sind offensichtlich ein Wink mit dem Zaunpfahl, dass die EU-Eliten bereit sind, von der schleichenden Entdemokratisierung zur offenen Repression überzugehen. Die dafür notwendigen Instrumente haben sich die EU-Oberen mit dem sog. „EU-Reformvertrag“ im vergangenen Jahr verschafft. In der sog. „Solidaritätsklausel“ heißt es: *„Wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag oder einer Katastrophe natürlichen oder menschlichen Ursprungs betroffen ist, mobilisieren die Mitgliedsstaaten alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einschließlich der ihr von den Mitgliedsstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“*(21)

Regierungstreuen Rechtsgelehrten wird es nicht schwer fallen, Streikbewegungen und andere soziale Protestmaßnahmen in eine „Katastrophe menschlichen Ursprungs“, wenn nicht gar in einen „terroristischen Akt“ umzuinterpretieren. Das geht umso leichter, als die EU-Innenminister im Windschatten der Anschläge vom 11. September 2001 eine „Anti-Terrorismus“-Richtlinie verabschiedeten, die mittlerweile in allen EU-Staaten Gesetzeskraft erlangt hat. Diese Richtlinie ortet eine *„terroristische Straftat, wenn die Tat geeignet ist, eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen, oder mit dem Vorsatz begangen wird, öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staats oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu erschüttern oder zu zerstören.“* (22) Mit solchen Gummiparagraphen können politische Bewegungen kriminalisiert werden, um sie dann mit poliziestaatlichen und militärischen Mitteln zu bekämpfen. So hat vor einigen Jahren der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck angekündigt, dass die sog. EU-Schlachtgruppen („EU-Battle-Groups“), die seit 2007 abrufbereit stehen, nicht nur für Auslandseinsätze, sondern auch bei Konflikten im Inneren eingesetzt werden könnten. Struck: *„Die Konzeption ist also folgende: Wenn ein Konflikt in Europa oder außerhalb von Europa auftritt, dann wollen wir schnell eine solche Battle-Group einsetzen.“* (23)

EU-Armee: „Kollektiv Krieg führen“

Die Wirtschaftskrise wird jedoch nicht nur dazu genutzt, die Parlamente weiter zu entmachten und autoritäre Regierungsformen aufzubereiten. Die deutschen Machteliten wollen die Krise auch nutzen, um ein weiteres Lieblingsprojekt auf Schienen zu bringen: die gemeinsame EU-Armee. Schon während der zähen Auseinandersetzungen um den EU-Reformvertrag hatte der deutsche Außenpolitiker Carl Lamers eine gemeinsame EU-Armee als *„Flucht nach vorne“* gegen die wachsenden politischen und sozialen Spannungen in der EU empfohlen. Damit solle das *„Zusammengehörigkeitsgefühl der EU-Länder gestärkt werden.“* Eine

solche Armee sei „ein Weg zur Überwindung der seit langem latenten Krise in der EU“, die „für viele Arbeitnehmer eine Anpassung nach unten“ bedeute.(24) Der deutsche Außenminister Westerwelle schlug in seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2010 in dieselbe Kerbe und skizziert, wie der EU-Reformvertrag (Lissabon-Vertrag) zur weiteren EU-Militarisierung genutzt werden soll:

„Mit dem Lissabonner Vertrag haben wir ein neues Kapitel aufgeschlagen. ...Lissabon ist kein Endpunkt, sondern ein Anfang. So zeichnet der Vertrag eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor. Die Bundesregierung will auf diesem Weg vorangehen. Das langfristige Ziel ist der Aufbau einer europäischen Armee ... Die Europäische Union muss ihrer politischen Rolle als globaler Akteur gerecht werden. Das europäische Projekt einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird ein Motor für das weitere Zusammenwachsen Europas sein.“ (25) Auch die liberale Presse sieht „ein stehendes Heer für die Union aller Staaten ... fast schon als so etwas wie ein neues Rückgrat für Europa.“ (26). Schmachhaft gemacht werden soll eine solche EU-Armee den Bürgern durch die vorgebliche Möglichkeit, dadurch Kosten einzusparen. Worum es aber wirklich geht, gibt die konservative Presse gnadenlos zu: *„Europas Elite rüstet sich, um Krieg auch dann kollektiv führen zu können, wenn es in keinem einzigen EU-Mitgliedsland dafür eine Mehrheit gibt.“*(27)

Österreich: Schleichender Verfassungsputsch seit dem EU-Beitritt

Die Militarisierung der EU spiegelt sich in der sicherheitspolitischen Entwicklung Österreichs. Vom „Kriegsermächtigungsartikel“ 23f BVG über die Teilnahme an den verschiedenen EU-Militärmissionen, die Einbindung in die wuchernden EU-Militärstrukturen, dem Ankauf der Eurofighter bis hin zur Annahme des EU-Reformvertrags ohne Volksabstimmung spannt sich ein Bogen, der als schleichender Verfassungsputsch der Eliten gesehen werden muss. Wie bei einer Salami werden Scheibe für Scheibe der Grundlagen der österreichischen Verfassung und Souveränität – Neutralitätsgesetz und Staatsvertrag – abgeschnitten, ohne sich je dem Votum der Bevölkerung zu stellen.

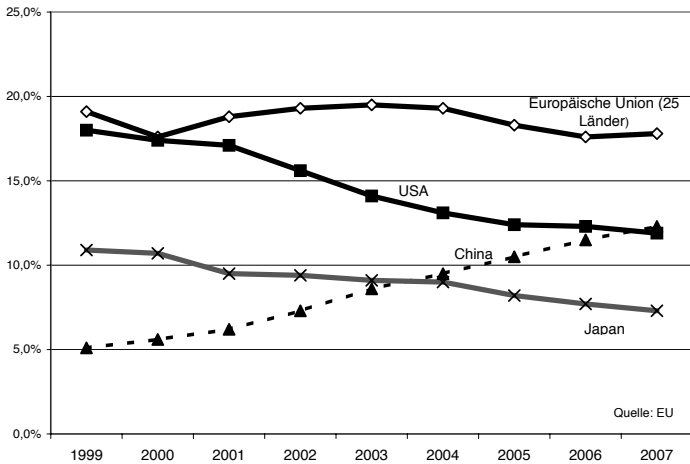
Diese schrittweise Aushöhlung von Neutralität und Staatsvertrag zugunsten der vollen Teilnahme an der EU-Militarisierung ist ein unausgesprochener Konsens, der die Parteiführungen von rot, schwarz, blau, orange und grün eint. Manchmal rutscht das einem aber doch raus. Günther Platter, damals Verteidigungsminister: *„Die Neutralität ist tief im Herzen der Österreicher. Man muss behutsam sein und darf das nicht herausreißen. Es ist besser, eine Operation vorzubereiten, um das vorsichtig heraus zu operieren“* (28). Anstelle der Selbstverpflichtung des Neutralen zur Nichtteilnahme an Kriegen und Militärpakteten treten Aufrüstungs- und militärische Beistandspflicht des EU-Vertrags. Anstelle des Verbots der militärischen Kooperation mit Deutschland, wie es der Staatsvertrag vorschreibt, tritt die immer unheimlichere Anbindung des österreichischen Bundesheeres an die deutsche Bundeswehr. Unter deutschem Kommando dienen und dienen österreichische Soldaten sowohl am Balkan, in Afrika und in Afghanistan als auch bei den zukünftigen EU-Schlachtgruppen („battle-groups“). Der Kauf deutscher Waffen – von Panzern bis zu den Eurofigh-tern – ist mittlerweile sündteurer Usus. Beim großangelegten Militärmanöver European Endeavour 2009 durften österreichische Offiziere schon in den Kommandostrukturen der Bundeswehr mitwirken. Trainiert wurde der Einmarsch einer 40.000 Mann starken EU-Truppe in die rohstoffreiche Kaukasus-Region. Streitkräftekommandant Generalleutnant Günther Höfler ließ bereits vor Jahren durchblicken, dass es *„keine Auslandsdienstreise mehr ist, wenn man heute nach Deutschland fährt.“* (29)

Freilich folgt auch hier die Fahne der Ökonomie bzw. prescht ihr voran. Die im Zuge des EU-Beitritts erfolgte Zerschlagung und Privatisierung der Verstaatlichten Industrie hat die Position deutscher Kapitalgruppen in Österreich erheblich gestärkt. Gemeinsam mit österreichischen Industrie- und Bankkonzernen drängen sie auf militärischen Begleitschutz bei der Expansion nach Süd-Osteuropa und darüber hinaus. So forderte die Österreichische Industriellenvereinigung bereits vor etlichen Jahren die Umstellung des Bundesheeres *„von einer Verteidigungsarmee hin zu einer hochmobilen Kriseninterventionsstreitkraft“*. Damit soll auf *„die Abhängigkeit Europas und damit auch Österreichs von Rohstoffen“* reagiert werden. Die Industriellenvereinigung will, dass *„Finanzierungs- und*

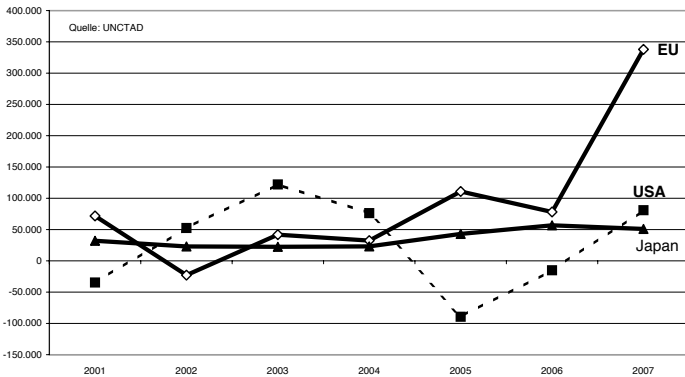
Wirtschaftsexperten im Rahmen österreichischer Auslandskontingente als Teil der Heeresstruktur kurzfristig eingesetzt werden können.“(30) Nach Bomben und Besetzung hat gleich das Geschäft zu kommen.

Die Industriellen laufen bei der Regierung damit offene Türen ein. Der damalige Verteidigungsminister Platter lobt die Militärpräsenz des Bundesheeres am Balkan als *„Türöffner für die österreichische Wirtschaft.“*(31) Tatsächlich haben sich österreichische Konzerne – neben deutschen – einen Spitzenplatz bei Privatisierung und Marktbeherrschung im ehemaligen Jugoslawien erobert. So freut sich die Wirtschaftskammer, dass österreichische Unternehmen in Bosnien-Herzegowina seit 1995 *„zu den größten Investoren“* aufgestiegen sind. In jenem Land also, wo ein österreichischer Diplomat als *„Hoher Repräsentant“* der internationalen Staatengemeinschaft mit kolonialer Machtfülle residiert, und wo ein österreichischer General die Besatztruppe EUFOR kommandiert. Aufgabe dieser *„sichtbaren Faust“* ist es auch hier, der *„unsichtbaren Hand“* den Boden zu ebnen. Bosnien-Herzegowina musste sich im *„Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen“* mit der EU 2008 dazu verpflichten, den *„freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr“* und die *„Beschleunigung des Privatisierungsprozesses“* voranzubringen. (32)

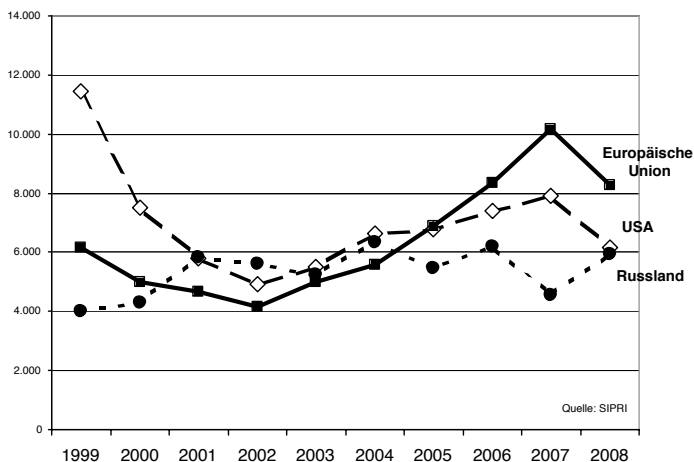
Neoliberalismus und Aufrüstung, Konzernmacht und Krieg, Entdemokratisierung und Militarisierung sind zwei Seiten einer Medaille. Mit dem EU-Reformvertrag wurde dieser Zusammenhang sogar in den juristischen Beton des EU-Primärrechts gegossen. Die Werkstatt Frieden & Solidarität hat in ihrem Programm *„Für eine Friedensrepublik Österreich“* die Konsequenzen daraus gezogen: *„Die EU ist nicht die Überwindung des Nationalismus, im Gegenteil: die Machteliten wollen sich mit der EU jene Gewaltmittel, nicht zuletzt militärische, verschaffen, um den europäischen Chauvinismus weltweit zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig werden dadurch die auf nationalstaatlicher Ebene erkämpften sozialen, ökologischen und demokratischen Errungenschaften untergraben. Dieser Weg ist nicht zukunftstauglich. Wir wenden uns entschieden insgesamt gegen diesen eingeschlagenen Weg und fordern den Austritt aus der EU. Nicht weil wir gegen völkerverbindende Integration sind, sondern weil wir wissen, dass die Erringung eines neutralen, solidarischen und weltoffenen Österreichs unabdingbare Voraussetzung dafür ist.“* (33)



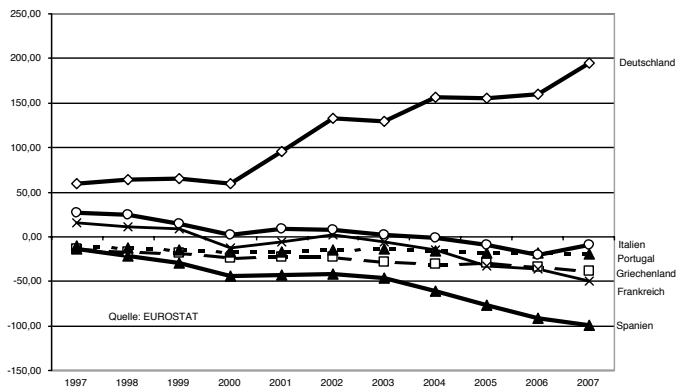
Grafik 1: Anteil an den weltweiten Warenexporten (in%), 1999 bis 2007



Grafik 2: Ausländische Direktinvestitionen – Nettoexportüberschüsse
EU – USA – Japan (in Mio US-\$), 2001 bis 2007



Grafik 3: EU-Staaten sind Nr. 1 im Rüstungsexport (in Mrd. US-\$)



Grafik 4: Entwicklung der Handelsbilanz ausgewählter EU-Staaten (1997 bis 2007) in Mrd. EUR

Anmerkungen

- (1) EU-Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS), A Proposal for a White Paper, Paris, 2004
- (2) <http://money.cnn.com/magazines/fortune/>
- (3) UNCTAD, World-Investment-Report 2009
- (4) Die Zahlen stamen vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI, sh. www.sipri.org
- (5) CSR-Report for US- Congress – Conventional Arms Transfer to Developing Nations, 2000-2007, 23.10.2008
- (6) Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe, Energierohstoffe 2009, in: http://www.bgr.bund.de/cln_144/nn_331182/DE/Themen/Energie/Produkte/energierohstoffe__2009.html
- (7) Griephan Global Security, Herbst 2007, Hamburg
- (8) Günter Verheugen: „Europa muss Weltmacht werden!“, in: Internationale Politik 1/2005 Internationale Politik 1/2005
- (9) Werner Weidenfeld, Die verhinderte Weltmacht, in: Die Welt, 8.3.2003
- (10) Werner Weidenfeld, in: Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung, 2.6.2006,
- (11) Vertrag über die Europäische Union, Art. 42, Abs. 3
- (12) sh. unter anderem Art. 119, 120, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
- (13) sh. Art. 21 Vertrag über die Europäische Union, Art. 206 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
- (14) Thomas Friedman, in: „A Manifesto for the Fast World“, New York Times, 28. März 1999
- (15) EU-Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS), „What Ambitions for European Defence in 2010“, Paris 2009
- (16) Spiegel, 18.1.1993
- (17) Towards a Grand Strategy in an Uncertain World, CSIS, Lunteren, 2007
- (18) zitiert nach guernica 1/2010
- (19) Daily Mail-Online, 15.06.2010
- (20) EU-ObsERVER, 14.06.2010
- (21) Artikels 222, Vertrag über die Arbeitsweise der EU
- (22) EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Terrorismus in der Fassung des § 278b, StGB.
- (23) Peter Struck, damals deutscher Verteidigungsminister; in: Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht 126. Sitzung, Berlin, 23.09.2004
- (24) Die Zeit, 12.05.2005
- (25) Guido Westerwelle, Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz am 06.02.2010

-
- (26) Zeit für eine europäische Armee; in: Süddeutsche Zeitung, 13.07.2010
 - (27) Die Welt, Warum Europa das Zeug zur Großmacht hat, 16.09.2007).
 - (28) Die Presse, 5.12.2003
 - (29) Kleine Zeitung, 13.12.2005
 - (30) Medieninformation der Industriellenvereinigung OÖ, OTS 21.05.2004
 - (31) Der Standard, 10.9.2003
 - (32) Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen der EU mit Bosnien-Herzegowina, 16.06.2008
 - (33) Für eine Friedensrepublik Österreich, Programm der Werkstatt Frieden & Solidarität, www.werkstatt.or.at (seit Oktober 2010: Solidarwerkstatt Österreich. www.solidarwerkstatt.at)

Neoliberalismus, Sozialstaatsentwicklung und Armut

Armut breitet sich als Folge der globalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise keineswegs nur in Entwicklungsländern – wo sie freilich mit Hungersnot, Seuchen und Massenelend besonders drastische Formen annimmt – aus, sondern gehört längst auch in entwickelten Wohlfahrtsstaaten zur gesellschaftlichen Normalität. Hier geht Armut, die Menschen entwürdigt, lähmt und beschämt, meistens mit Entsolidarisierung und sozialer Ausgrenzung der Betroffenen einher. Sie ist Ausdruck „struktureller Gewalt“, von der Johan Galtung (1975, S. 13) dann spricht, wenn ein Akteur fehlt, und für die er als Beispiel das Verhungern von Menschen zu einer Zeit (und – wie zu ergänzen wäre – an einem Ort) nennt, wo dies objektiv vermeidbar sei.

Der große kosmopolitische Friedensforscher hat den Gewaltbegriff erweitert, bis dieser Extremformen der sozialen Ungerechtigkeit mit umfasste. Spitzen sich die sozialen Gegensätze im nationalen oder gar im globalen Rahmen zu, mehren sich die Konfliktpotenziale und Auslöser von (Bürger-)Kriegen. Tritt die Armut massenhaft auf, ist sie nicht bloß eine Gefahr für die Demokratie, vielmehr auch für den inneren und den Weltfrieden. Häufig folgen militärische Gewalt und Terrormaßnahmen der Armut auf dem Fuß. Hier sollen zunächst die Konzepte und Prinzipien, mit bzw. nach denen die Erosion des Wohlfahrtsstaates stattfindet, und sodann die gravierendsten Folgen für davon Betroffene wie die Gesellschaft insgesamt analysiert werden.

1. Strukturprinzipien und Funktionsmechanismen des neoliberalen Wohlfahrtsstaates

Regierungen wie die Große Koalition in Österreich suchen den bestehenden Sozialstaat nach neoliberalen Rezepten zu transformieren und die Wettbewerbsfähigkeit des „eigenen“ Wirtschafts-

standortes durch marktkonforme Strukturreformen zu steigern (vgl. hierzu ausführlicher: Butterwegge 2006; Butterwegge u.a. 2008). Die soziale Gerechtigkeit spielt entweder überhaupt keine Rolle mehr, man begreift sie als „Standortrisiko“ oder verkürzt sie auf Leistungs-, Chancen- bzw. Generationengerechtigkeit (vgl. dazu: Reitzig 2008). Auf der politischen Agenda steht *weniger*, jedoch auch ein *anderer* Wohlfahrtsstaat. Es geht keineswegs um die völlige *Liquidation* des Wohlfahrtsstaates, vielmehr um seine *Reorganisation* nach einem Konzept, das neben Leistungskürzungen auch grundlegende *strukturelle* Veränderungen wie die Reindividualisierung sozialer Risiken, die Erhöhung des administrativen Kontrolldrucks und die Ausweitung der Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Bezieher(inne)n von Transferleistungen, also seinen „Kund(inn)en“, beinhaltet.

1.1 Aus dem Wohlfahrtsstaat wird ein neoliberaler Wettbewerbsstaat

Aus dem Wohlfahrtsstaat, wie man ihn bisher kannte, wurde ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), und zwar in zweierlei Hinsicht: Nach außen fördert er die Konkurrenzfähigkeit des „Wirtschaftsstandortes“ auf dem Weltmarkt und nach innen überträgt er die Marktmechanismen und Gestaltungsprinzipien der Leistungskonkurrenz bzw. betriebswirtschaftlicher Effizienz auf seine eigenen Organisationsstrukturen. Durch diese doppelte Transformation gewinnt der Wohlfahrtsstaat eine andere Qualität, während das Soziale seinen Eigenwert verliert und dem Ökonomischen unter- bzw. nachgeordnet wird. „Standortsicherung“ kehrt das Verhältnis von Ökonomie, Staat und Politik, die zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird, um. Bei dem durch neoliberale Prinzipien geprägten Wettbewerbsstaat handelt es sich um ein Staatswesen, das nicht mehr für alle sozialen „Kollateralschäden“ des kapitalistischen Wirtschaftens die Haftung übernimmt, die hierauf basierende soziale Ungleichheit verschärft und auf diese Weise den Boden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse bereitet. Auf die umfassende Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Flexibilisierung und Ausdifferenzierung der Beschäftigungsverhältnisse sowie die (Re-)Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

gerichtet, nimmt der Neoliberalismus die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung zumindest billigend in Kauf.

Genauso wie Unternehmen und Gebietskörperschaften sollen die sozialen Sicherungssysteme nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen, deutlich dahinter zurücktritt. „Ganz im Sinne der Ökonomisierung des Sozialen verdrängt dabei ein betriebswirtschaftlich orientiertes Leitbild von Qualitätsmanagement traditionelle Orientierungen von religiös oder ethisch motivierter Nächstenliebe, von Subsidiarität und Solidarität.“ (Kelle 2007, S. 113) Wettbewerb sowie Wahlfreiheit (für von Klienten zu „Kunden“ avancierte Sozialstaatsbürger/innen) beherrschen die Wohlfahrtsstaatskonzeption des Neoliberalismus, und sein Leitbild zielt auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Wirtschaftsstandortes. „Der Sozialstaat wird nicht mehr als Ergebnis von Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital, Politik und Markt gesehen, sondern als Hebel, durch gezielte Investitionen in das ‚Humankapital‘ den Standort für (internationale) Investitionen und für das Finanzkapital attraktiv zu machen.“ (Klein 2004, S. 173)

1.2 Aus dem Sozial- wird ein „Minimalstaat“

Der damals „anarcholiberales“ Theoretiker Robert Nozick (o.J., S. 11) plädierte Mitte der 1970er-Jahre für einen „Minimalstaat“, der nur die (Rechts-)Sicherheit sowie den Schutz seiner Bürger/innen vor Dieben, Betrügern und Gewalttätern gewährleisten sollte, sie aber nicht mittels seines Zwangsapparates dazu bringen dürfe, „anderen zu helfen, und ebenso wenig dazu, den Menschen um ihres *eigenen* Wohles oder Schutzes willen etwas zu verbieten“ (Hervorh. im Original, *Ch.B.*), vielmehr „Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen und dem Leiden anderer“ in Kauf nehmen müsse. Der Würzburger Ökonom Norbert Berthold (1997, S. 55) will die Staatseingriffe nicht ganz so drastisch verringern und betrachtet die „Garantie eines Existenzminimums“ als „eigentliches Betätigungsfeld“ des Sozialstaates, auf welches sich dieser zurückziehen soll.

Leistungskürzungen im Sozialbereich werden meistens als Sparbemühungen ausgegeben, obwohl man die Kosten der Versorgung (etwa im Gesundheitssystem) damit häufig gar nicht senkt, sie vielmehr nur von der Solidargemeinschaft auf die Leistungsempfänger/innen überwälzt. Neoliberale möchten die Sozialleistungen drastisch reduzieren und zudem auf die „wirklich Bedürftigen“ konzentrieren. Leistungskürzungen finden im modernen Wohlfahrtsstaat aber erfahrungsgemäß gerade dort besonders frühzeitig, spürbar und nachhaltig statt, wo sie die am meisten verletzlichen, am wenigsten widerstandsfähigen Bevölkerungsgruppen treffen: (Langzeit-)Arbeitslose, Alte, Kranke, Behinderte und Migrant(inn)en bzw. deren Kinder (vgl. dazu: Butterwegge 2010).

1.3 Aus dem Sozial- wird ein „Kriminalstaat“

Zwar wirkt der neoliberale Staat geradezu magersüchtig, „wenn es um die soziale Sicherheit und andere Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geht. Er ist allerdings ein starker Staat nach innen wie nach außen, wenn es um die Durchsetzung und Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung geht.“ (Ptak 2007, 63) Loïc Wacquant (2009, S. 314) charakterisiert die Janusköpfigkeit des neoliberalen Staates, wenn er konstatiert, „dass der Neoliberalismus nicht zur Schrumpfung des Staates führt, sondern zur Errichtung eines *Kentaurenstaates*, der oben liberal und unten paternalistisch ist und den beiden Enden der sozialen Hierarchie jeweils ein radikal anderes Gesicht zeigt: ein wohlgestaltetes und zugewandtes Gesicht für die Mittel- und Oberklasse, eine furchterregende und drohende Fratze für die Unterschicht.“

Statt der Armut bekämpft man mehr und mehr die davon Betroffenen: Arme werden durch Polizeirazzien und Platzverweise aus den Innenstädten vertrieben, vor allem in den USA auch zunehmend in Gefängnisse gesteckt. Gegenüber den Armen ist der neoliberale Minimalstaat eher „Kriminal-“ als Sozialstaat, weil ihn die (vorgeblich aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nötige) Leistungsreduktion verstärkt zur Repression gegenüber Personengruppen zwingt, die als Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer/innen und als Opfer seiner rückwärtsgerichteten „Reformpolitik“ bezeichnet werden

können. Je weniger soziale Sicherheit der Wohlfahrtsstaat gewährt, umso größer wird die Innere Sicherheit geschrieben. Um die Jahrtausendwende fand das New Yorker Beispiel eines härteren Durchgreifens gegenüber „sozialen Randgruppen“ wie Alkoholikern und anderen Drogenabhängigen, Obdachlosen und Bettlern sowie Angehörigen jugendlicher Subkulturen und ethnischer Minderheiten auch diesseits des Atlantiks begeisterte Nachahmer (vgl. dazu: Ortner u.a. 1998; Leiterer 2007).

1.4 Aus dem Leistungs- wird ein „Gewährleistungsstaat“

Aus dem sozialen Leistungs- wird ein bloßer Gewährleistungsstaat: Nicht nur öffentliche Unternehmen und persönliche Existenzrisiken werden zunehmend privatisiert, vielmehr auch soziale Dienstleistungen, die der Wohlfahrtsstaat früher in Eigenregie erbracht hatte. Nach dem Vorbild des privatisierten Post- und Telekommunikationssektors garantiert der Sozialstaat künftig bloß noch, dass im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge für Millionen Menschen und die Gesellschaft insgesamt unerlässliche Sach- und Dienstleistungen erbracht werden, überlässt ihre Erbringung allerdings gemeinnützigen und/oder gewinnorientierten Privatanbietern, deren Arbeit er zertifiziert, überwacht und kontrolliert. Die überkommene Erfüllungsverantwortung des Staates wird also durch eine reine Gewährleistungsgarantie abgelöst, die sicherstellen soll, dass die zu Kund(inn)en mutierenden Klient(inn)en wunschgemäß auf dem neu geschaffenen (Quasi-)Markt von privaten Anbietern bedient werden, die damit ihrerseits viel Geld verdienen können.

Gunnar Folke Schuppert (2005, S. 19) verortet den „Gewährleistungsstaat“ zwischen einem neoliberalen Minimal- und einem interventionistischen Wohlfahrtsstaat, wendet sich jedoch ausdrücklich gegen die Vorstellung, damit sei Staatsabbau verbunden: „Der Gewährleistungsstaat ist kein Staat auf dem Rückzug. Er zieht sich zwar aus der Wahrnehmung der unmittelbaren Erfüllungsverantwortung mehr und mehr zurück, gibt aber dadurch das bisher wahrgenommene Aufgabenterrain nicht preis, sondern stellt durch geeignete Maßnahmen organisatorischer und regulativer Art sicher, dass die nunmehr gefundene Art der Dienstleistungserbringung durch oder unter Einbeziehung pri-

vater Anbieter bestimmten, von ihm festgelegten Gemeinwohlstandards entspricht.“ Allerdings ergänzt der „Gewährleistungs-“ den Minimalstaat insofern, als er die verbliebenen Sozialleistungen nicht mehr selbst erbringt, sondern auslagert. „Outsourcing“ führt im Wohlfahrtsbereich freilich genauso wie anderswo zu einer Absenkung von Versorgungsniveau und -qualität, meist auf Kosten der Beschäftigten in Einrichtungen und von deren „Kunden“.

1.5 Aus dem aktiven wird ein „aktivierender“ Sozialstaat

An die Stelle des *aktiven* Sozialstaates, wie man ihn bisher kannte, tritt immer mehr ein „aktivierender“, d.h. Hilfebedürftige nicht ohne entsprechende Gegenleistung alimentierender Sozialstaat. Die verlangte Übernahme von „Eigenverantwortung“ meint gerade nicht die Selbstbestimmung der Bürger/innen, sondern das Gegenteil: „Der Imperativ der Eigenverantwortung vereinzelt und entsolidarisiert. Er hinterfragt gar nicht, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Menschen überhaupt Verantwortung für sich selbst und auch andere übernehmen können.“ (Mührel 2005, S. 679) Schon der Terminus „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ diffamiert Erwerbslose im Grunde als (zu) passiv, denn sonst könnten und müssten sie ja nicht durch geeignete Maßnahmen „aktiviert“ werden.

Statt der Bedürftigkeit – wie im aktiven – löst im „aktivierenden Sozialstaat“ erst die (Bereitschaft zur) „Gegenleistung“ eines Antragstellers die staatliche Leistungspflicht aus. Damit hören Hilfebedürftige auf, Wohlfahrtsstaatsbürger/innen mit sozialen Rechtsansprüchen zu sein, und werden zu Objekten einer von ihnen Entgegenkommen fordernden und sie nur dann ggf. fördernden Verwaltung herabgewürdigt. Dem Wohlfahrtsstaat wird hierdurch eine ihm ursprünglich fremde, nämlich die Tauschlogik der Marktökonomie, implantiert. Ein „aktivierender Sozialstaat“ ist damit kein Gegengewicht zu dieser, aber auch kein Garant demokratischer Verhältnisse mehr. Achim Trube (2006, S. 42) spricht von einem „Konditionalstaat repressiven Typs“, welcher keine Leistung ohne entsprechende Gegenleistung gewähren wolle: „Der Paradigmenwechsel besteht dabei vor allem darin, dass ein zuvor unbedingtes Bürgerrecht, d.h. die

existenzielle Grundsicherung des eigentlichen Souveräns der Republik, zur Disposition der (Arbeits-)Auflagen durch den Staat und seine Organe gestellt wird, obwohl der Staat doch seine verfassungsrechtliche Legitimation erst durch die – auch existenziell – souveränen Bürger beziehen kann.“ Walter Hanesch und Imke Jung-Kroh (2004, 233) heben den „Strafcharakter“ dieser Art der „Arbeitsförderung“ hervor und betonen darüber hinaus, „dass künftig eine Eingliederung um jeden Preis erzwungen werden soll, unabhängig davon, ob dadurch eine reale Verbesserung der materiellen Lage für die Betroffenen erreicht werden kann. Die restriktiv-punitiv Ausrichtung dieses Aktivierungskonzepts ist jedoch wenig geeignet, eine nachhaltige Eingliederung in das Beschäftigungssystem zu erreichen.“

1.6 Das Gemeinwesen wird in Wohlfahrtsmarkt und Wohltätigkeitsstaat gespalten

Wortführer des Neoliberalismus wie Rainer Hank (2000, S. 209) fordern die Beschränkung auf einen „Kernsozialstaat“, der nur noch dann tätig werden soll, wenn für Risiken „auf privaten Kapital- und Versicherungsmärkten eine effiziente Vorsorge nicht möglich ist. Dies gilt beim heutigen Zustand der Kapital- und Versicherungsmärkte allenfalls noch für die Arbeitslosenversicherung, nicht aber für die Kranken- und Rentenversicherung und schon gar nicht für die Pflegeversicherung.“ Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (z.B. Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne“ Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung“ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, gibt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen anheim.

Neoliberale möchten den Wohlfahrtsstaat am liebsten auf die Basisfunktion der Armutsbekämpfung, -vermeidung und -verringerung reduzieren. Schon Milton Friedman (1984, S. 244), Goliathfigur des US-amerikanischen Neoliberalismus, erklärte die Privatwohltätigkeit zu der in mehrerer Hinsicht wünschenswer-

testen Form der Armutsbekämpfung: „Es ist bemerkenswert, daß in der Periode des Laissez-faire, in der Mitte und gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien private Hilfsorganisationen und wohltätige Einrichtungen eine außergewöhnliche Verbreitung erfuhren. Einer der Hauptnachteile der Zunahme öffentlicher Wohlfahrt lag in der gleichzeitigen Abnahme privater Aktivitäten dieser Art.“ Umgekehrt haben das karitative Engagement, die ehrenamtliche Tätigkeit in der „Bürger-“ bzw. „Zivilgesellschaft“, die wohltätigen Spenden sowie das Stiftungswesen offenbar gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen braucht.

1.7 Aus dem Sozialversicherungs- wird ein Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat

Kennzeichnend für den österreichischen Wohlfahrtsstaat war von Beginn an, dass die Lohnarbeiter gegen allgemeine Lebensrisiken *versichert* wurden. Durch die Zahlung von Beiträgen, an der sich ihre Arbeitgeber beteiligten, erwarben sie Ansprüche, die beim Eintritt des Versicherungsfalls befriedigt werden mussten. Heute plädieren nicht bloß Neoliberale für eine stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen, obwohl oder genauer: weil sie wissen (müssten), dass Arbeitnehmer/innen in einem „Lohnsteuerstaat“ viel stärker zur Ader gelassen werden als Kapitaleigentümer, Großaktionäre und Topmanager.

Aus einem „Sozialversicherungsstaat für alle (zeitweilig) Beschäftigten“ würde damit ein Fürsorgestaat, der sich nur noch um die Ärmsten kümmert. Vor allem das als „Hartz IV“ bezeichnete Bezweckt wird, die Arbeitslosigkeit (Verwaltung der davon Betroffenen) wie die Arbeit (Senkung des Reallohniveaus) billiger und den Staat auf den Weltmärkten noch konkurrenzfähiger zu machen. Obwohl das lohn- und beitragsbezogene Sicherungssystem aufgrund des gültigen Äquivalenzprinzips (Balance von Leistung und Gegenleistung), welches Ein- und Auszahlungsbeträge etwa in der Gesetzlichen Rentenversicherung miteinander in eine Kausalbeziehung bringt, weitgehend der Leistungsideologie und einem meritorischen Gerechtigkeitsverständnis entspricht, droht der Sozial(versicherungs)staat als Für-

sorgesystem zu enden, das einerseits weniger über Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten als durch Steuermittel finanziert wird und andererseits nicht mehr den Lebensstandard seiner Klientel erhält, sondern dieser nur noch eine Basisversorgung (bloße Existenzsicherung) angeediehen lässt.

2. Massenarbeitslosigkeit und -armut im Gefolge der Finanzmarktkrise

Wenn der Wohlfahrtsstaat nach neoliberalen Rezepten um- bzw. abgebaut wird, spaltet sich die Gesellschaft. Auch sozialräumlich fällt sie deutlicher auseinander, was nicht ohne Konsequenzen für ihren Zusammenhalt bleibt. Armut, die in einem reichen Land mit sozialer Ausgrenzung oder Exklusion verbunden ist (vgl. hierzu: Butterwegge 2009, S. 12 ff.), kann man als eine besonders perfide Form „struktureller Gewalt“ begreifen. Drogenmissbrauch, Brutalität und (Gewalt-)Kriminalität nehmen wenigstens der Tendenz nach zu. Die neoliberale Hegemonie, verstanden als öffentliche Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, verschärft jedoch nicht nur die soziale Asymmetrie, bedeutet vielmehr auch und vor allem eine Gefahr für die Demokratie.

Zu den längerfristigen Folgen der Weltfinanzwirtschaftskrise könnten eine auf Rekordniveau steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung von Menschen, eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates, d.h. „öffentliche Armut“ in einem vorher nicht bekannten Ausmaß gehören. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten, wird für sozial Benachteiligte und Bedürftige kaum noch Geld übrig bleiben. Gleichzeitig wird sich der Reichtum wahrscheinlich noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln, wenn dem nicht energisch entgegengesteuert wird.

Während so getan wird, als hätten die nationalen Regierungen das Problem der kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff, breitet sich die soziale Unsicherheit aus, worauf der Nationalstaat mit einem Ausbau seines Repressionsapparates reagiert. Zwischen dem Schwinden der staatlichen Autorität im

ökonomischen Bereich, die im Gefolge der Finanzmarktkrise nunmehr erst wieder mühselig rekonstruiert werden muss, und ihrer Stärkung im Hinblick auf die Durchsetzung einer bestimmten Sozial- und Moralordnung besteht nur scheinbar ein Widerspruch. Die (strukturelle) Gewalttätigkeit des Staates nimmt in der „Zangenbewegung“ zwischen einer „Ausweitung von Ordnungsfunktionen“ und einer „Ausdünnung von Leistungs- und Gestaltungsfunktionen“ zu (siehe Dimmel/Schmee 2008, S. 13).

Die wachsende Armut wird die politische Agenda im Gefolge der Weltfinanzwirtschaftskrise 2008/09 vermutlich stärker als je zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmen. Massenarbeitslosigkeit und -armut, die zu den unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer tiefen Erschütterung der Weltwirtschaft gehören, schaffen auch mehr politisch-ideologische Zugänge zum Rechtsextremismus bzw. -populismus (vgl. hierzu: Butterwegge/Hentges 2008). Wenn sich bei der Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der globalen Finanzmarktkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Ohne historische Parallelen überstrapazieren und durch den Blick zurück die aktuelle Krisensituation dramatisieren zu wollen, denkt man unwillkürlich an die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre. Damals ging das Ende der Bodenkreditanstalt dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse voraus, während bis zum Kollaps der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Österreichs größter Privatbank, noch einmal anderthalb Jahre vergingen. Parallel dazu vollzog sich der Aufstieg von (Heimwehr-)Faschismus und (deutschem) Nationalsozialismus bzw. seines „Führers“ Adolf Hitler sowie die Errichtung des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes (vgl. hierzu: Butterwegge 1991, S. 392 ff.).

Literatur

- Berthold, Norbert (1997): *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, Tübingen
- Butterwegge, Carolin (2010): *Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen*, Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (1991): *Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen*, Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky, Marburg
- Butterwegge, Christoph (2006): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2008): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2008): *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (2009): *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, Frankfurt am Main/New York
- Dimmel, Nikolaus/Schmee, Josef (2008): Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Die Gewalt des neoliberalen Staates. Vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum repressiven Überwachungsstaat*, Wien, S. 11-15
- Friedman, Milton (1984): *Kapitalismus und Freiheit*, Frankfurt am Main/Berlin (West)/Wien
- Galtung, Johan (1975): *Gewalt, Frieden und Friedensforschung*, in: ders., *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek bei Hamburg, S. 7-36
- Hanesch, Walter/Jung-Kroh, Imke (2004): *Anspruch und Wirklichkeit der „Aktivierung“ im Kontext der „Sozialen Stadt“*, in: Walter Hanesch/Kirsten Krüger-Conrad (Hrsg.), *Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die „Soziale Stadt“*, Wiesbaden, S. 212-236
- Hank, Rainer (2000): *Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht*, Frankfurt am Main
- Kelle, Udo (2007): *„Kundenorientierung“ in der Altenpflege? – Potemkinsche Dörfer sozialpolitischen Qualitätsmanagements*, in: PROK-LA 146, S. 113-128
- Klein, Angela (2004): *Sozialreformen und sozialer Widerstand in der EU*, in: Holger Kindler/Ada-Charlotte Regelmann/Marco Tullney (Hrsg.), *Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats*, Hamburg, S. 166-184
- Leiterer, Susanne Paula (2007): *„Zero Tolerance“ gegen soziale Randgruppen? – Hoheitliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Drogenszene, Wohnungslose, Trinker und Bettler in New York City und Deutschland*, Berlin

-
- Mührel, Eric (2005): Eigenverantwortung – Anmerkungen zur Ambivalenz einer neuen Kultur des Sozialen, in: *Neue Praxis* 6, S. 676-681
- Nozick, Robert (o.J.; 1976): *Anarchie – Staat – Utopia*, München
- Ortner, Helmut/Pilgram, Arno/Steinert, Heinz (Hrsg.) (1998): *Die Null-Lösung. New Yorker „Zero-Tolerance“-Politik – das Ende der urbanen Toleranz?*, Baden-Baden
- Ptak, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden, S. 13-86
- Reitzig, Jörg (2008): „Eine Kategorie des Unsinnns ...“. Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden, S. 132-146
- Schuppert, Gunnar Folke (2005): Der Gewährleistungsstaat – modisches Label oder Leitbild sich wandelnder Staatlichkeit?, in: ders. (Hrsg.), *der Gewährleistungsstaat. Ein Leitbild auf dem Prüfstand*, Baden-Baden, S. 11-61
- Trube, Achim (2006): Vom Sozialstaat zum Konditionalstaat – Grundzüge des Umbaus und die Folgen für das gesellschaftliche Gefüge, in: Björn Böhning/Klaus Dörre/Andrea Nahles (Hrsg.), *Unterschichten? Prekariat? Klassen? – Moderne Politik gegen soziale Ausgrenzung*, Dortmund, S. 34-45
- Wacquant, Loïc (2009): *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*, Opladen/Farmington Hills

Die 1990er Jahre: Europas Kriegsjahrzehnt oder: Die Neuordnung auf dem Kontinent am Beispiel Jugoslawien

Europas Neuordnung war eine kriegerische. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt Ende der 1980er Jahre und der kurz darauf erfolgten Auflösung von Warschauer Pakt (im Juli 1991) und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (im Juni 1991) traten in weiten Teilen Osteuropas nationalistische Kräfte auf den Plan. Ihr Ziel war es, die knapp gewordenen Mittel nach ethnischen Kriterien neu zu verteilen. Die Auflösung von Staatlichkeiten, die zuvor zumindest formal und theoretisch auf sozialen Kriterien der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums gegründet waren, offenbarte nun eine politische und moralische Leere, die radikale, bürgerlich-nationale Elemente füllen wollten. Allein, ohne Hilfe von außen, war ihnen dies nicht möglich.

Die ökonomischen Eckpfeiler dieser als „Transformation“ bekannt gewordenen Periode waren:

- Die Herstellung von Währungskonvertibilität im Anschluss an eine hyperinflationäre Phase in den Jahren 1990 bis 1992 und damit verbunden eine Enteignung der Besitzlosen, also jener, die nichts als ein nun wertlos gewordenenes Sparbuch und ihre Arbeitskraft zur Verfügung hatten.
- Die Herstellung von Markt als Lenkungs- und Verteilungsprinzip mit seinen sozial einschneidenden Folgen vor allem beim Arbeits- und beim Wohnungsmarkt.
- Der große Eigentumstransfer im Zuge von umfassenden Privatisierungsmaßnahmen, die vor allem in den späteren EU-Mitgliedstaaten akkumulationshungriges Kapital aus Westeuropa, den USA und Südostasien in die jeweils besten Positionen brachte; während östlich davon eine Allianz aus Betriebsdirektoren und lokalen Verwaltern nationale Akkumulation in einem Ausmaß zustande brachte, das vor allem von den in diesem Fall zu kurz gekommenen internationa-

len Kapitalgruppen und ihren Medien als mafiös bezeichnet wurde und wird.

Handlungsanleitungen wurden den politisch unerfahrenen bürgerlich-nationalen Eliten in erster Linie von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, aber auch von den Mitte der 1990er Jahre errichteten Erweiterungsinstitutionen der Europäischen Union geboten. In den allermeisten Fällen gingen die ideologisch neoliberal geprägten Anleitungen mit einem wirtschaftlichen Druck einher, der sich aus den Staatsverschuldungen auf internationalen Kapitalmärkten speiste, in die insbesondere Ungarn, Polen und Jugoslawien in hohem Maße bereits in den 1980er Jahren geraten waren.

Beispielhaft für die Ausrichtung der Vorgaben aus den internationalen Finanzorganisationen sei auf die Ratschläge zur Herstellung eines flexiblen Arbeitsmarktes verwiesen, der als Grundvoraussetzung für nachfolgende Investitionen aus dem Westen angesehen werden muss. Hier heißt es im Weltbankbericht aus dem Jahr 1995: „Beträchtliche Einschränkungen der Arbeitskräftemobilität behindern die Arbeitsmärkte in vielen Reformländern. Die Aufhebung dieser Restriktionen (...) kann die Arbeitsmobilität ankurbeln.“ Am radikalsten ist dies in Jugoslawien geschehen. Dort hat der Krieg nicht nur zur Vernichtung „sozialer Überschüsse“¹ geführt, sondern über die Vertreibung von drei Millionen Menschen auch zu einer Mobilisierung aller Berufsgruppen und Qualifikationen. Das Medium Krieg zerstörte damit auf brutalste Weise eine Sozialstruktur, die gerade in Bosnien auf (teil-)subsistenten Haushaltsformen basierte und ethnisch gemischt war.

Eines bringt Mobilisierung der Arbeitskraft – egal, ob durch Krieg oder weniger brutale Deregulierungsmethoden herbeigeführt – auf jeden Fall mit sich: ihre Verbilligung. Im Weltbankbericht liest sich das folgendermaßen: „Inflexible Löhne können die Umstrukturierung der Beschäftigung unterminieren, selbst wenn andere Märkte gut funktionieren. (...) Vor den Reformen wiesen die ehemaligen Planwirtschaften eine sehr rigide Lohn-

1 Die Ethnisierung des Sozialen. Materialien für einen neuen Antimperialismus Nr. 6. Berlin 1993, S. 91

struktur auf. Hier verändert sich einiges, doch selbst in einem liberalisierten Umfeld gibt es oft Beschränkungen der Lohnflexibilität, die die Umstrukturierung der Beschäftigung ernsthaft bremsen können. (...) Zu hohe Mindestlöhne begrenzen die Verteilung der Löhne nach unten und verhindern eine Lohnbildung auf markträumendem Niveau.“

Die Rückkehr des Krieges nach Europa

Bürgerlich-nationale Eliten in den einzelnen osteuropäischen Staaten sowie nach Rendite suchende Konzerne aus dem Westen verfolgten in der Transformationszeit weitgehend dasselbe Hauptziel: Eigentumstransfer sowie politische und juristische Absicherung der Privatisierungen mittels Integration in die Strukturen der westlichen Organisationen. Über die Art und Weise dieser Transfers bzw. die gewünschten Profiteure allerdings war man sich oft uneins. Wenn dann noch – wie in Rumänien, Jugoslawien oder der Slowakei – lokale politische und juristische oder gar militärische Apparate nicht rasch genug im Sinne westlicher Einflussnahme transformiert wurden bzw. sich gegen eine Neuausrichtung sträubten, dann führten Missstimmigkeiten schnell zu Konflikten. Dass diese im Falle beständiger Verweigerung einer peripheren Integration auch kriegerische Ausmaße annehmen konnten, hat das Beispiel Jugoslawien auf dramatische Weise gezeigt.

Innere, national argumentierte Widersprüche wurden hier von außen zu einer Katastrophe dynamisiert, die ein ganzes Jahrzehnt mit einer Abfolge von Bürgerkriegen mit sich riss. Seit Juni 1991 sah der südslawische Raum den Zoll- und Grenzkrieg um die slowenische Eigenstaatlichkeit, die serbisch-kroatische Auseinandersetzung in Slawonien und der Krajina mit dem Endpunkt einer ethnischen Homogenisierung Kroatiens mittels der zwei Vertreibungsaktionen „Blitz“ und „Sturmgewitter“ zwischen Mai und August 1995, den jahrelangen Bürgerkrieg um Bosnien-Herzegowina mit zahlreichen Massakern und Säuberungsaktionen wie jenen besonders verheerenden in Sarajewo und Srebrenica in den Jahren 1994/95 sowie den albanisch-serbischen (und – weniger verlustreich – den albanisch-slawomake-

donischen) Konfrontationen, deren Wurzeln am weitesten zurückreichen und mit albanisch-kosovarischen Aufständen im April 1981 datiert werden können. Der Angriff der stärksten Militärallianz der Welt – der NATO – auf Jugoslawien im März 1999 unterstrich nochmals auf dramatische Weise die Instrumentalisierung interner Konflikte durch westliche Interessen, zumal das Argument für die Intervention, ethnische Säuberungen verhindern zu wollen, mitnichten eingelöst werden konnte.

Warum Jugoslawien?

Der Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt im Osten mit ihren organisatorischen Flaggschiffen Warschauer Pakt und RGW hätte Jugoslawien eigentlich nicht betreffen müssen. Belgrad war in keiner der beiden Organisationen Mitglied. Nun mag man einwenden, das Ende des „Ostblocks“ sei auch ein Offenbarungseid kommunistischer Politik ganz generell gewesen und hätte damit auch das Führungspersonal sowie die internen Strukturen der sozialistischen südslawischen Föderation betroffen. Dem daraus erklärbaren Glaubwürdigkeitsverlust der KP-Eliten sind jedoch so gut wie alle jugoslawischen Republiken mit nationalen Programmen entgegengetreten. Die soziale Frage war im Zuge des schmachvollen Endes der zurecht als undemokratisch empfundenen Staats- und Parteistrukturen überall diskreditiert.

Doch während in den allermeisten ehemaligen RGW-Ländern (wiederum mit Ausnahme von Rumänien) die KP-Führungen freiwillig und schuldbewusst abtraten und zugleich die verbliebenen Staats- und Parteistrukturen auflösten bzw. in eine Richtung transformierten, die den Ansprüchen und Forderungen des neuen bürgerlich-liberalen und bürgerlich-nationalen Ordnungsprinzips gerecht wurden, sah man in Belgrad dafür keine unmittelbare Notwendigkeit. Schon längst waren hier z.B. Eigentümerstrukturen von Betrieben nicht ausschließlich in so hohem Maße staatlicher Natur wie in den RGW-Ländern. Die Betriebe unter Arbeiterselbstverwaltung mögen in vielen Fällen herabgewirtschaftet gewesen sein, Beispiele nicht nur aus Slowenien haben allerdings gezeigt, dass eine Kapitalisierung vergleichsweise großer Unternehmen auch ohne ausländisches Ka-

pital funktioniert hat, indem Arbeitern und Managern Vorkaufsrechte bei der Privatisierung eingeräumt wurden.

Der Unwille, sich den IWF-Sanierungsplänen zu unterwerfen, gründete in Belgrad also nicht bloß auf politischen Positionen, sondern war auch ökonomisch unterlegt. Man hoffte, aus eigener Kraft die Krise bewältigen zu können. Im Streit darüber, ob dieses gelingen könnte, zerbrach Jugoslawien. Während der jugoslawische Ministerpräsident Ante Markovic auf die vom IWF geforderte Deregulierung setzte und Gesetze einforderte, die die Befreiung der Marktkräfte von allen staatlichen Zwängen unterstützten, wovon in erster Linie westeuropäische Investoren profitiert hätten, setzte die serbische Regierung unter Slobodan Milosevic auf eigenständige, staatliche Rettungsinstrumente. Die Hyperinflation des Jahres 1989 beantwortete Milosevic zur Jahreswende 1990/91 nicht – wie von IWF-Guru Jeffrey Sachs gefordert – mit einer Verknappung der Geldmenge und damit dem vorrangigen Ziel einer Herstellung der Konvertibilität des Dinar zu DM und Dollar, sondern mit dem Anwerfen der Notenpresse. Serbien druckte zu Jahresbeginn 1991 Dinar für 1,8 Mrd. Dollar, um damit in erster Linie Löhne auszuzahlen und soziale Unruhen bei Staatsangestellten wie Soldaten, LehrerInnen, Krankenhauspersonal und Beamten hintanzuhalten. Das war ein Schlag ins Gesicht des IWF. Jeffrey Sachs übersiedelte daraufhin von Belgrad nach Ljubljana. Milosevic war vom im Westen akzeptierten Staatsmann zum Paria der IWF-Gemeinschaft geworden.

Die im Kern sozio-ökonomischen internen Widersprüche wurden in den darauf folgenden Monaten von allen Republikeliten, voran der kroatischen, aber auch der serbischen, ethnisiert. Im Westen beheimatete „Global player“ sowie diesen stark ergebene Politiker und Medien wussten die nationale Karte für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Die anfängliche Weigerung der USA, die secessionistischen Kräfte zu unterstützen und für eine Beibehaltung der südslawischen Föderation zu plädieren, wie es US-Außenminister James Baker noch am 21. Juni 1991, wenige Tage vor den Unabhängigkeitserklärungen von Kroatien und Slowenien versuchte, gründete indes keineswegs auf Vertrauen in die republikserbische Führung um Slobodan Milosevic oder auf Misstrauen gegenüber der republikkroatischen Füh-

rung um Franjo Tudjman, als viel mehr in der Tatsache, dass die hohe Verschuldung Jugoslawiens in der Hauptsache bei US-amerikanischen Banken gegeben war und diese im Fall eines staatlichen Auseinanderbrechens um ihr Kapital und die Bedienung des Zinsflusses fürchteten. Dass damit auch ein inner-imperialistischer Widerspruch offenbar wurde, kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass das mittlerweile um fünf neue Länder vergrößerte Deutschland die jugoslawische Tragödie zu nutzen wusste, um auf die internationale Bühne zurückzukehren, auch militärisch.

Kosovo als Dreh- und Angelpunkt der Neuordnung

Im Schatten der südslawischen Bürgerkriege um Sezession und Souveränität, wie sie zwischen 1991 und 1995 die Region verheert haben, ist der seit Anfang der 1980er Jahre schwelende Konflikt um die (geo-)politische Ausrichtung des Kosovo in den Hintergrund getreten. Westliche Medien und Politiken ignorierten die manifesten kosovo-albanischen Forderungen einer Los-von-Belgrad-Bewegung weitgehend. Der vor allem von Deutschland – mit starker österreichischer Unterstützung – geführte Verteilungskampf um die besten Stücke aus einem zerfallenden Jugoslawien, wie es dann mit der Integration Sloweniens und den noch laufenden Bemühungen um eine selbige Kroatiens in die EU gelungen ist, empfand die Beschäftigung mit dem Armenhaus Jugoslawiens – Kosovo – als lästig und der Sache, nämlich ökonomisch, politisch und militärisch im südslawischen Raum Fuß fassen zu können, hinderlich.

Derweil barg die regionale Disparität zwischen den jugoslawischen Kern- bzw. Zentralräumen und dem Kosovo seit Ende der 1970er Jahre den meisten Sprengstoff, der sich bereits 1981 in ethnisch-nationalen Forderungen äußerte. Damals, im April 1981, entluden sich Studenten- und Arbeiterproteste in Pristina erstmals in der Forderung nach einer „Republik Kosovo“, die als albanische unter der Fahne des schwarzen Adlers auf rotem Grund erhoben wurde. Die repressive Antwort aus Belgrad, der mehrere Dutzend Demonstranten zum Opfer fielen, konnte die Grundlage der Unzufriedenheit freilich nicht beseitigen. Diese

bestand in der statistisch ausgewiesenen Einkommensdifferenz zwischen den einzelnen Teilen Jugoslawiens. Während das slowenische Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 1990 umgerechnet 5500.- US-Dollar, in Serbien 2200.- US-Dollar betrug, musste der durchschnittliche Kosovare (albanischer oder serbischer Abstammung) mit 730.- US-Dollar auskommen, also achtmal so wenig wie sein jugoslawischer Kollege in Maribor. Die Auswanderung serbischer Bevölkerungsteile aus dem Kosovo hatte also durchaus auch wirtschaftliche Gründe. Der jugoslawische Gesamtstaat war in den 1980er Jahren nicht mehr in der Lage, die Auseinanderentwicklung der Regionen mit regionalpolitischen Instrumenten zu stoppen. Im Gegenteil: Durch die Weigerung der reichen Republiken wie Slowenien, in die vorhandenen regionalen Ausgleichstöpfe einzuzahlen, nahm die regionale Differenz noch zu. Die sozialen Auswirkungen wurden in der Folge als ethnische, nationale Kämpfe ausgetragen, die sich wiederum mit ausländischen Interessen paarten. So war es nicht verwunderlich, dass allen voran US-amerikanische Strategien die „albanische Frage“ und ihre vermeintlich im nationalen Kampf erzielbare Lösung im Kosovo für sich zu nutzen wussten. Im slawischen Umfeld Serbiens, Makedoniens und Bulgariens bot es sich geradezu an, auf die albanische Karte zu setzen. Der Erfolg dieser Strategie lässt sich wohl am eindrucksvollsten in Größe und Funktion des US-amerikanischen Militärstützpunktes in Urosevac/Ferizaj messen. Das dortige Camp Bondsteel, benannt nach einem im Vietnamkrieg gefallenen Offizier, ist das größte US-Militärlager in Europa, auf einer Fläche von 3,8 km² für 6000 bis 10000 Soldaten erbaut und dient als Drehscheibe zwischen den logistischen Zentralen in Deutschland bzw. Italien und dem Nahen und Mittleren Osten. Kurzfristige Bekanntheit hat das Lager auch als einer jener schwarzen Flecken auf der Landkarte erlangt, auf dem die USA missliebige Menschen für Verhöre verschwinden lassen und in Gefängnissen foltern². Der Aufbau der „Soldier City“ war für Firmen wie Halliburton Energy oder Brown & Root, die mit der damaligen US-Regierung auch personell verwoben waren, Goldes wert. Bis heute ist unklar, ob es

2 Vgl. Le Monde vom 26. November 2005

überhaupt eine gesetzliche Regelung für Bau und Erhalt dieser Militärbasis gibt, die ohnedies exterritorialen Status genießt.

Das Ende der Nachkriegszeit

Die vom Westen, insbesondere den USA betriebene Form der Lösung der „albanischen Frage“ im Kosovo muss gleichzeitig als das Ende der europäischen Nachkriegsordnung betrachtet werden, wie sie seit der Konferenz in Jalta im Februar 1945 den Kontinent bipolar geformt hatte. Mit Ausnahme des irisch-britischen und baskisch-spanischen Konfliktes blieben Europa unter dieser Ordnung zwischen 1945 und 1990 für 45 Jahre Kriege erspart. Dies änderte sich unmittelbar im Anschluss an den Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, als es um die Neuordnung des gesamten Ostens ging. In Jugoslawien und Moldawien/Transnistrien kehrte der Krieg in den Jahren 1991/1992 als vermeintliche Konfliktlösung zurück. Eine erste direkte Intervention von außen kann mit dem 30. August 1995 datiert werden, als die NATO ihren ersten „Out-of-Area“-Einsatz in der Geschichte flog. Ziel waren die engen Täler rund um die serbische Stadt Pale nahe Sarajewo, in der sich zu dieser Zeit das Hauptquartier der bosnischen Serben befand. Pale, Lukavica, Cajnice und Sarbinje wurden von 60 NATO-Kampfflugzeugen bombardiert, wobei auch die bereits zuvor im ersten Irak-Krieg und anderswo zum Einsatz gekommenen „Cruise Missiles“ ihre europäische Premiere feierten. Der Luftangriff wurde offiziell als Antwort auf ein Attentat auf dem Marktplatz von Sarajewo drei Tage zuvor argumentiert, wobei bis heute die Urhebererschaft dieses Angriffs, der unter dem Stichwort „Markale 2“ in die Literatur eingegangen ist und über 40 Menschenleben gefordert hat, nicht geklärt ist. Die bosnischen Muslime waren sogleich von einer serbischen Urhebererschaft mittels einer Mörsergranate ausgegangen, während andere Beobachter auch die Platzierung einer Bombe für möglich hielten und damit die Täterschaft einer muslimischen Konter-Brigade zuordneten. Der NATO-Angriff richtete sich jedenfalls gegen serbische Städte.

Mit dem Angriff der zwischenzeitlich auf 19 Mitglieder erweiterten nordatlantischen Militärallianz auf Jugoslawien am 24. März

1999 endete die europäische Nachkriegszeit nachhaltig. Der ohne UN-Mandat geführte Schlag, den US-Präsident William Clinton sich lange weigerte, einen Krieg zu nennen, dauerte 78 Tage und Nächte und zerstörte weite Teile Serbiens und den Kosovo. Er verletzte nicht nur die Grundlagen der UNO und zahlreicher nationaler Verfassungen bzw. des deutschen Grundgesetzes, sondern auch die gesamte Architektur des Völkerrechts, wie es sich nach 1945 etabliert und den Frieden in Europa garantiert hatte.

Die von NATO-Truppen mit dem Angriff auf Jugoslawien und dem im Juni folgenden Einmarsch in den Kosovo hergestellte Neuordnung der Region wurde kurzfristig von einer russischen Fallschirmjägertruppe konterkariert, die nach dem mit Belgrad vereinbarten Rückzug als erste auf dem Flughafen von Pristina eintraf und für ein paar Stunden keine Anstalten machte, ihre Positionen räumen zu wollen. Erst ein Machtwort des russischen Präsidenten Boris Jelzin beendete dieses Intermezzo, das auch als innerrussische Kontroverse um die Ausrichtung der Außenpolitik gelesen werden kann.

Mit der Einrichtung einer den USA und der EU ergebenden interimistischen Kolonialverwaltung im Sommer 1999 wurden die neuen, militärisch hergestellten Herrschaftsverhältnisse auch politisch stabilisiert. Und mit der Ausrufung sowie der unmittelbar darauf folgenden Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit durch Washington, Berlin und Paris im Februar 2008 waren auch auf politischer Ebene die völkerrechtlichen Grundlagen der Nachkriegsepoche Makulatur geworden. In der KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 war das internationale Zusammenleben in Europa noch mit folgenden Übereinkünften festgelegt worden: „Enthaltung von Gewalt“, „Unverletzlichkeit von Grenzen“ und „territoriale Integrität von Staaten“. Keine dieser Grundsätze überlebte den Vormarsch der westlichen Interessen auf dem Balkan.

Flickenteppich Balkan und seine Profiteure

20 Jahre nach dem Ende des föderativen Jugoslawien kennt die Region insgesamt acht territoriale Einheiten, davon zwei – Bosnien-Herzegowina und Kosovo – offiziell als Protektorate

von ausländischen Administrationen geführt, fünf Währungen und eine schwer überschaubare Anzahl militärischer Einheiten. Die ökonomische Aufteilung der wichtigsten Sektoren ist weitgehend abgeschlossen. Im Bankensektor haben sich österreichische, italienische und französische Institute die wichtigsten Märkte gesichert, in der Industrie sieht es ähnlich aus, wobei hier ebenso wie im Tourismus auch deutsche Investoren zu den absoluten Gewinnern zählen. Ausnahmen bestehen in Slowenien und in Montenegro. Während es der junge EU-Staat über eine ungewöhnliche politische Kontinuität der Allianz von Postkommunisten und Christkonservativen geschafft hat, die im Titoismus bereits angelegte nationale Mittelschicht in kapitalistische Zeiten hinüberzuretten und der ausländische Anteil an Industrie und Banken vergleichsweise niedrig gehalten werden konnte, sind in Montenegro russische Investoren sowohl in touristische Projekte als auch im Aluminiumwerk bei Podgorica eingestiegen. Der Kosovo mit seiner nach wie vor unklaren territorialen Zuordnung, die sich aus der Nichtanerkennung der Unabhängigkeit durch die Staatenmehrheit ergibt, bleibt für seriöse Kapitalgruppen ein riskantes Minenfeld, weshalb auch das Kernstück der Ökonomie, die Buntmetallminen von Trepca, auch im Herbst 2010 nach wie vor neuer Eigentümer harren.

Die kriegerischen Interventionen der Westallianz trugen nicht dazu bei, die ethnischen Vertreibungen rückgängig zu machen. Das war auch nicht geplant. Indes bietet der staatliche, teilweise kolonial verwaltete Flickenteppich alle Chancen auf schnelle Renditen. Dass manche allzu forsch und brutal umgesetzt worden sind, liegt in der Natur einer historischen Phase begründet, die Berufene als „ursprüngliche Akkumulation“ beschrieben haben. Nicht zuletzt spiegelt sich die Brutalität eines fast ein Jahrzehnt dauernden Krieges in den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen wie auch in den sozialen Verwerfungen für lange Zeit wider.

Von Hannes Hofbauer sind zum Thema erschienen: „Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus“ (Wien 2008) und „Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens“ (Wien 2001).

Peter Strutynski

Sackgasse Afghanistan: Ein Krieg unter falschen Vorzeichen

Neun Jahre dauert nun schon der Krieg in Afghanistan und ein Ende ist nicht abzusehen. Nach den militärischen Anfangserfolgen der westlichen Streitmacht unter US-Führung – Kabul war nach wenigen Wochen eingenommen, das Taliban-Regime besiegt – und der noch einige Monate dauernden – allerdings vergeblichen – Jagd auf Osama bin Laden hat sich die Öffentlichkeit nicht mehr sonderlich über die Vorgänge am Hindukusch aufgeregt. Proteste der Friedensbewegung gegen Krieg und Besatzung blieben weitgehend unbeachtet. Dies änderte sich mit dem Wiederaufleben des bewaffneten Widerstands, mit der Zunahme von Anschlägen und offenen Gefechten seit etwa drei Jahren. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der Afghanistankrieg erst wieder zu einem Topthema, als bekannt wurde, dass am 4. September 2009 in der Nähe von Kunduz auf Befehl eines deutschen Offiziers NATO-Bomber einen Angriff auf zwei von Aufständischen entführte Tanklastzüge unternahmen, in dessen Folge ca. 140 Menschen, darunter der Großteil Zivilpersonen einschließlich Kinder und Jugendliche, getötet wurden. Die Monstrosität dieses mutmaßlichen Kriegsverbrechens führte immerhin zum Personalwechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr: So mussten der oberste General und ein Staatssekretär ihren Hut nehmen, der zuständige Verteidigungsminister, der im Zuge der Kabinettsbildung mit einem neuen Ressort betraut worden war, musste seinen Rücktritt erklären und ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags versucht seither, die Hintergründe und Begleitumstände des Kunduz-Massakers in Erfahrung zu bringen. Gleichzeitig musste die Bundesregierung insofern klein beigeben, als sie die jahrelange Weigerung, den Afghanistan-Krieg auch einen „Krieg“ zu nennen (die verschämte Rede war immer von einem „Stabilisierungseinsatz“), aufgab und damit

zu einer realistischeren Beurteilung des Geschehens in Afghanistan fand.

Wie groß die Nervosität in der politischen Klasse wurde, zeigte sich am Rücktritt des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler im Mai 2010. Horst Köhler gab auf dem Rückweg von einem Truppenbesuch in Afghanistan dem Deutschlandfunk ein Interview, worin er folgende Sätze von sich gab: *„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.“* (DLF, 22.05.2010) Dieses Interview schlug derart hohe Welle, dass der oberste Repräsentant Deutschlands wenige Tage danach sein Amt niederlegte – ein bisher nicht da gewesener Vorgang. Dabei hatte er doch nur – auf eine vielleicht allzu schlichte Art – zum Ausdruck gebracht, was zum Kernbestand sicherheitspolitischen Denkens der Bundesregierung seit dem Ende der Blockkonfrontation gehörte. Sämtliche einschlägigen Richtlinien und Doktrinen für die „Verteidigung“ (insbesondere die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und 2003 sowie die Verteidigungs-Weißbücher von 1994 und 2006) haben als „neue“ Aufgaben für das Militär die Sicherung der internationalen Handelswege und des freien Zugangs zu lebenswichtigen Rohstoffen formuliert – in enger Anlehnung an die Aufgabenbeschreibung der NATO bei ihrem Gipfel in Rom 1991. Diese Instrumentalisierung des Militärs für die Durchsetzung ökonomischer Interessen wurde aber nie offen diskutiert. Köhlers Äußerungen stellten einen inakzeptablen Tabubruch dar, weil der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr jahrelang mit anderen Argumenten begründet worden war: Am Hindukusch sollte nicht die Wirtschaft, sondern „deutsche Sicherheit“ verteidigt werden.

Kriegsbegründungen und Völkerrecht

Stellen wir also die Frage, was genau oder gegen wen sich Deutschland in Afghanistan seit nunmehr neun Jahren verteidigt. Die erste Antwort lautet: Gegen den internationalen Terrorismus. Dem Angriff auf Afghanistan gingen die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA voraus, denen ca. 3.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Auch wenn die Beweislage recht dürftig war, gingen die USA davon aus, dass der Anschlag von der Terrororganisation Al Kaida zu verantworten war, die u.a. Trainingscamps in Afghanistan mit Wissen und Duldung der dortigen Taliban-Regierung unterhielt. Die USA konnten auf einer eilig einberufenen Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 12. September erreichen, dass eine Solidaritäts-Resolution verabschiedet wurde, in welcher der Terroranschlag verurteilt und den USA das Recht auf Verteidigung nach Art. 51 der UN-Charta zugestimmt wurde [Resolution 1368 (2001)]. Wenig später rief die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall aus, was nach Art. 5 des NATO-Vertrags von 1949 bedeutete, dass die NATO-Mitglieder den USA Beistand leisten würden – wobei es den Staaten überlassen ist, die Art der Hilfe selbst zu bestimmen. Eine zweite EntschlieÙung des UN-Sicherheitsrats, die Resolution 1373 (2001) vom 28. September, verpflichtete die Staaten der Welt zu umfangreichen Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus auf dem Gebiet des Rechts, des Bankwesens, der Grenz- und Passkontrollen usw. Die Staaten wurden aufgefordert, illegale Finanztransaktionen und GeldwäÙche stärker zu kontrollieren, Terrorverdächtige strafrechtlich zu verfolgen und ordentlichen Gerichten zuzuföhren.

Ein „Mandat“ des UN-Sicherheitsrats für eine Militärintervention gegen Afghanistan kann aus beiden Resolutionen nicht abgeleitet werden. Der Berufung der Resolution 1368 (2001) auf das Recht auf individuelle oder kollektive Verteidigung nach Art. 51 der UN-Charta hätte es gar nicht bedurft, weil dieses Recht im Falle eines bewaffneten Angriffs von außen jedem UN-Mitgliedstaat zusteht. Das Recht auf militärische Verteidigung gilt aber nicht unbegrenzt. Es verhält sich hier etwa so wie im „richtigen Leben“. Wenn ich sagen wir des Nachts von einem

Straßenräuber angegriffen und körperlich bedroht werde, habe ich das Recht, mich zu verteidigen. Nehmen wir an, mir gelingt das nicht und der Räuber ist mit meiner Geldbörse geflohen; ich hätte aber erkannt, wer er ist. Dann kann ich selbstverständlich zur Polizei gehen und Anzeige erstatten – sodass die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen kann. Was ich aber auf keinen Fall darf, ist, einen Gegenangriff zu starten etwa derart, dass ich dem Räuber Tage später irgendwo auflauere und ihm eine Tracht Prügel verabreiche. Das wäre keine „Verteidigung“ mehr, sondern ein unerlaubter tätlicher Angriff. Nicht viel anders verhält es sich mit dem Verteidigungsrecht eines Staates. Der Terroranschlag war am 11. September; erst vier Wochen später, am 7. Oktober, griffen die USA (und Großbritannien) Afghanistan an. In diesem Zeitraum war aber, wie Norman Paech damals in einem völkerrechtlichen Gutachten feststellte, das „Verteidigungsrecht der USA konsumiert und die alleinige Kompetenz für militärische Maßnahmen lag beim Sicherheitsrat“. Beide UN-Resolutionen enthalten im Übrigen keinerlei ausdrückliches Mandat für eine militärische Antwort der Staatengemeinschaft auf die Terrorangriffe. Im Gegenteil: Die umfangreiche Resolution 1373 (2001) zählt ausschließlich polizeiliche und juristische, also zivile Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf – in Ergänzung zu einer Reihe bereits früher gefasster Beschlüsse und einiger internationaler Konventionen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass es sich beim Terrorismus um eine besonders schwere Form von Gewaltkriminalität handelt, die entsprechend dem geltenden nationalen und internationalen Recht zu ahnden ist. Die US-Administration war seiner Zeit aber nicht daran interessiert, gegen den Terrorismus mit rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen, sondern wollte militärische Mittel einsetzen. Francis Boyle, Völkerrechts-Professor an der University of Illinois, sprach in einem SPIEGEL-Interview davon, dass US-Präsident Bush in einer ersten Reaktion auf die Anschläge von „terroristischen Akten“ gesprochen habe; erst nach Beratung mit seinem damaligen Außenminister Powell entschied sich Bush, von einem „Act of War“ zu sprechen und militärische „Gegenmaßnahmen“ zu ergreifen (Spiegel-online, 31.10.2001).

Der Menschenrechtsdiskurs

Ging es also zunächst ausschließlich um die Organisation dessen, was George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“ nannte, so wurden im Laufe der anfänglichen Erfolge auf dem „Schlachtfeld“ zusätzliche Begründungen für den Krieg nachgeschoben. Vor allem, so schien es, mussten weitere Rechtfertigungen für die Etablierung einer sich längerfristig einnistenden Besetzung in Afghanistan gefunden werden. Die ökonomische und politische Rückständigkeit des Landes waren das eine, was ins Feld geführt wurde, wenn die Interventionsmächte versprachen, Afghanistan „aufzubauen“ und demokratische Strukturreformen durchzusetzen. Die fast völlige Abwesenheit garantierter universeller Menschenrechte (Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Recht auf Bildung usw.) legte es nahe, den Fokus auf den Menschenrechtsdiskurs zu legen. Ohnehin war das Taliban-Regime in der Weltöffentlichkeit spätestens seit den im Frühjahr 2001 bekannt gewordenen Plänen, die Kolossal-Statuen des Kleinen und des Großen Buddha von Bamiyan zu zerstören, vollkommen desavouiert.

Eine prominente Rolle im Menschenrechtsdiskurs nahm die Stellung der Frau in Afghanistan ein. Sieht man sich die Berichte diverser Menschenrechtsorganisationen an (z.B. amnesty international, Human Rights Watch), so werden die häusliche Männergewalt gegen Frauen, die Zwangsverheiratungen minderjähriger Mädchen, die Bildungsdiskriminierung von Mädchen und Frauen sowie der Zwang zur Ganzkörperverschleierung thematisiert. Am 2. Mai 2002 jubelten viele westliche Zeitungen mit einem Aufmacher-Foto, das eine Handvoll unverschleierter, geschminkter und lachender Gesichter afghanischer Frauen zeigte. Die Botschaft war klar: Nach nur acht Monaten Krieg und Besetzung sind die Frauen nun glücklich befreit von Burka und alltäglicher Unterdrückung. Was wie ein zufälliger Schnappschuss auf den Straßen Kabuls aussehen sollte, war in Wahrheit ein PR-Foto, das genau zu diesem Zweck aufgenommen und an die Agenturen der Welt geschickt wurde. Seither sind Fotos mit unverschleierten Frauen Mangelware. Insbesondere die bebilderten Berichte humanitärer Hilfsorganisationen zeigen bis zum heuti-

gen Tag fast ausschließlich Frauen in ihren traditionellen Gewändern. Wenn die Burka als Symbol der Unterdrückung der Frau gilt und ihre Überwindung mit der Befreiung der Frau gleichzusetzen ist, dann ist Afghanistan nach neun Jahren Krieg keinen Schritt weiter gekommen. In dem „Konzept“ der deutschen Bundesregierung für Afghanistan aus dem Jahr 2007 heißt es: *„Die rechtliche Stellung der Frauen hat sich durch die Verfassung von 2004 deutlich verbessert: Die Verfassung stellt Frauen und Männer gleich, die wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen haben Verfassungsrang, traditionelle Formen der Unterdrückung (z. B. Zwangsehen, Ehrenmorde) sind gesetzlich verboten.“* So viel Fortschritt stieß sich aber erkennbar an der gesellschaftlichen Realität, sodass die Bundesregierung kleinlaut ergänzen musste: *„Dennoch scheitert auch deren Umsetzung nicht selten an der unzureichenden Fähigkeit der staatlichen Institutionen, diese Rechte wirksam durchzusetzen, und an kulturell verankerten Traditionen.“* „Die Lage der afghanischen Frauen und Mädchen ist schrecklich und kann sich noch verschlechtern“, erklärte Rachel Reid, Afghanistan-Expertin der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) im Dezember 2009 bei der Vorlage eines Berichts ihrer Organisation. Darin heißt es unter anderem, Frauen würden immer wieder Opfer von häuslicher Gewalt und Angriffen auf offener Straße. Selbst die Mörder prominenter Frauen habe die Regierung in Kabul wiederholt nicht vor Gericht gestellt. Eine landesweite Umfrage unter afghanischen Frauen ergab zudem, dass 52 Prozent der Befragten schon einmal Opfer von körperlicher und 17 Prozent von sexueller Gewalt geworden sind. Die wenigsten dieser Gewalttaten werden den Behörden angezeigt. Laut HRW sind bei mehr als der Hälfte der Eheschließungen die Frauen jünger als 16 Jahre. 70 bis 80 Prozent der Heiraten finden ohne die Zustimmung der Frau oder des Mädchens statt. Die Mehrheit der Mädchen geht nach HRW-Angaben weiterhin nicht einmal in die Grundschule. Nur elf Prozent besuchen die Klassen sieben bis neun und lediglich vier Prozent die Klassen zehn bis zwölf. (www.hrw.org, 06.12.2009)

Eine große Lücke zwischen Verheißung und Realität klafft nach wie vor auch in der Frage des Aufbaus demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen. Das erwähnte Afghanistan-Kon-

zept meinte große Fortschritte bei der „Konsolidierung“ der „staatlichen afghanischen Institutionen“ feststellen zu können und erwähnte in diesem Zusammenhang das afghanische Parlament, das „zu einem lebhaften Forum für politische Debatten geworden“ sei. In der Zwischenzeit ist indessen deutlich geworden, dass das politische Gewicht des Parlaments hinter Ad-hoc-Beratungsgremien wie den verschiedenen vom Präsidenten einberufenen Friedens-Jirgas doch sehr reduziert erscheint und dass die demokratische Verlässlichkeit der Präsidentschaftswahlen (2004 und 2009) sowie der Wahlen zum Parlament (2005 und 2010) ausgesprochen gering ist. Ob der amtierende Präsident Karzai bei der Wahl im August 2009 tatsächlich mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat, ist genauso fraglich wie die Rechtmäßigkeit der Parlamentswahl 2010. Sie konnte wegen unkontrollierbarer Verhältnisse nicht in allen Bezirken durchgeführt werden, weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten haben sich beteiligt (lässt man die Manipulationen der Wählerlisten einmal außer Acht), mehr als 4.600 Einsprüche und Beschwerden wurden registriert und 175 Kandidaten stehen unter Verdacht, bei der Wahl betrogen zu haben. Dass die Auszählung der Stimmen sechs Wochen in Anspruch nehmen sollte, war ebenfalls nicht vermittelbar; schließlich wurde ein Endergebnis für November 2010 in Aussicht genommen, nachdem rund ein Fünftel der abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt wurde. Es wäre grundsätzlich ehrlicher und konsequenter, auf Wahlen unter Kriegsbedingungen zu verzichten. Sie sind in der Regel weder frei noch gleich noch ergebnisoffen. Nicht der/die Wähler/in entscheidet, sondern derjenige, der die Stimmen auszählt.

Zwei internationale Interventionen

Vielfach ist in Vergessenheit geraten, dass es sich in Afghanistan um eine zweifache Intervention handelt: Die eine segelt unter dem euphemistischen Begriff der „Operation Dauerhafte Freiheit“ (OEF-Operation Enduring Freedom), die andere geht auf ein UN-Mandat zurück und nennt sich „Internationale Sicherheitsbeistandstruppe“ (ISAF-International Security Assistance Force), woraus übrigens deutsche Medien flugs eine „Schutz-

truppe“ gemacht haben, so sehr wird dort offenbar noch in Kategorien kolonialer Eroberungen gedacht. OEF ist nichts anderes als der in militärische Gewalt übergegangene „Krieg gegen den Terror“, den Bush nach dem 11.09.2001 ausgerufen hatte und dem sich zahlreiche NATO-Staaten – darunter auch die Bundesrepublik Deutschland – bereitwillig angeschlossen haben. Über die völkerrechtliche Fragwürdigkeit dieser Intervention ist oben schon einiges gesagt worden. Wichtig ist, dass dieser „Krieg gegen den Terror“ in den Monaten Oktober und November 2001 das Taliban-Regime in Kabul vertrieben und die Besetzung des ganzen Landes so gut wie perfekt gemacht hat. Erst danach hat der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001 den Weg für den Einsatz von ISAF bereitet. Auch dies ein äußerst fragwürdiges Unternehmen, da dem Interventionskrieg nachträglich der Schein der Legalität verliehen wurde: Nachdem das Regime eines souveränen Staates mittels einer militärischen Intervention gestürzt worden war, wurde auf einer internationalen Konferenz (zunächst in Petersberg bei Bonn, dann in Berlin) Anfang Dezember 2001 eine den Interventionsmächten genehme Interimsregierung um Hamid Karzai inthronisiert – und deren Sicherheit sollte nun von einer internationalen Truppe (ISAF), angeführt von den Interventionsmächten, garantiert werden. Nie zuvor hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch empörende Rolle gespielt. 2003 wiederholte sich dieses Schema, als der Sicherheitsrat nach dem – militärisch zunächst siegreichen – Überfall der USA und Großbritanniens auf Irak im Mai 2003 die illegale Besatzungsmacht zur regierenden „Behörde“ deklarierte (Resolution 1483 [2003]) und damit auch diesem Krieg nachträglich die zweifelhafte Weihe völkerrechtlicher Korrektheit verlieh.

Seit Dezember 2001 werden in Afghanistan also zwei Kriege geführt, die in den Folgejahren indessen immer mehr zu einem Krieg verschmolzen: Der NATO wurde die Durchführung von ISAF übertragen, OEF wurde und wird von den USA angeführt, die wiederum den Befehlshaber über die NATO-ISAF-Truppen stellen (zur Zeit ist das General Petraeus). Die Verschränkung beider Kommandos ist so vollständig, dass man auch nicht mehr sagen kann, OEF sei mehr fürs Grobe zuständig (z.B. mit gehei-

men Kommandoaktionen gegen Terrornester von Al Kaida), während ISAF sich mehr auf die Stabilisierungsaufgaben und die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte konzentrierte. In der jüngsten Resolution des UN-Sicherheitsrats wird dem z.B. dadurch Rechnung getragen, dass von der „Unterstützung für die kontinuierlichen Anstrengungen“ die Rede ist, „die die afghanische Regierung mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, namentlich der ISAF und der Koalition der Operation ‚Dauerhafte Freiheit‘, unternimmt, um die Sicherheitslage zu verbessern und weiter gegen die von den Taliban, der Al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen ausgehende Bedrohung anzugehen“. (UN-Sicherheitsrat, Resolution 1943 [2010].)

Der Vollständigkeit halber muss darauf hingewiesen werden, dass schon längst auch ein dritter Krieg geführt wird: Er findet in Pakistan statt und wird von Seiten der USA überwiegend mit Drohnen geführt. Drohnen sind unbemannte Flugkörper, die von einer weit entfernten Basis (in dem Fall von Afghanistan bzw. von einem Luftwaffenstützpunkt im US-Bundesstaat Nevada aus) abgeschickt werden und „zielgenau“ feindliche Einrichtungen treffen und ausschalten können. Da das pakistanische Grenzgebiet als Rückzugsraum für die Taliban gilt, finden dort die meisten Drohnen ihr Ziel. Dieser Krieg hat in den vergangenen eineinhalb Jahren, also unter der Präsidentschaft Obamas sehr stark zugenommen – weshalb in den USA das Wort vom „Drohnenpräsidenten“ die Runde macht. Während in der Amtszeit George W. Bushs 41 Drohnenangriffe auf Ziele in Afghanistan unternommen wurden (fast alle im Jahr 2008), brachte es Präsident Obama seit seinem Amtsantritt im Januar 2009 bis August 2010 auf 139 solcher Angriffe. Die ferngesteuerten High-Tech-Drohnen sind im Übrigen so „präzise“, dass immer mehr Zivilpersonen bei solchen Angriffen ums Leben kommen. Einer Untersuchung einer unabhängigen Kommission CIVIC (Campaign for Innocent Victims in Conflict) vom Oktober 2010 zufolge starben dabei mindestens 460 unbeteiligte Zivilpersonen. Das wiederum bringt nicht nur die Bevölkerung gegen die westliche (Krieg-)Führungsmacht auf, sondern führt dem bewaffneten Widerstand diesseits und jenseits der afghanisch-pakistanischen Grenze immer wieder neue Kräfte zu.

Was hat der Krieg gebracht?

Nun mögen manche einwenden: Gut, der Krieg war nicht rechtens, aber hat er denn nicht wenigstens etwas Positives bewirkt? Sind denn nicht auch ein paar Fortschritte etwa hinsichtlich der Menschenrechte, der Frauenrechte und der wirtschaftlichen Entwicklung erzielt worden?

Glauht man der deutschen Bundesregierung, so sind tatsächlich erhebliche Verbesserungen in der Lage der afghanischen Bevölkerung eingetreten. Von den vielen Schulen, die deutsches Militär und Entwicklungsorganisationen gebaut haben, von den vielen Frauen, die heute gleichberechtigt seien und sogar im Parlament sitzen, ist da die Rede oder von den Kindern beiderlei Geschlechts, die zur Schule gehen können. Die Wirklichkeit ist jenseits solcher geschönter Erfolgsmeldungen angesiedelt. Die bereits erwähnte jüngste Resolution 1943 (2010) des UN-Sicherheitsrats zur Lage in Afghanistan verzichtet fast vollständig auf Mut machende Fortschrittsbekundungen, sondern zeichnet ein Bild von Afghanistan, das auch mit dem rauer werdenden Kriegsgeschehen besser in Übereinstimmung zu bringen ist. So wird etwa die „große Besorgnis“ ausgedrückt „über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die Zunahme der gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida, anderer illegaler bewaffneter Gruppen und von Kriminellen“. Zur Sprache kommen auch die „schädlichen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida und anderer extremistischer Gruppen auf die Fähigkeit der afghanischen Regierung, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, Sicherheits- und grundlegende Dienste für das afghanische Volk bereitzustellen und ihm den vollen Genuss seiner Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten“.

Als die damalige Landesbischöfin und Vorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt am 1. Januar 2010 in Dresden ausrief: „Nichts ist gut in Afghanistan“, war die Empörung in der politischen Klasse in Berlin groß. Käßmanns präziser Befund lässt sich indessen mit belastbaren Daten belegen. So ist beispielsweise die Analphabetenquote im Land trotz des angeblich so erfolgreichen Schulbauprogramms der Bundesregierung gestiegen (von 34 % im Jahr

2001 auf 36,5 % 2008). Stark zugenommen hat auch die Zahl der unterernährten Bevölkerung (von 30 auf 39 %) und die Jugendarbeitslosigkeit hat sich seit 2001 nahezu verdoppelt (von 26 auf 47 %). Die hochgejubelte Frauenbefreiung – die sich zudem meist auf die Frage des Burkatragens reduziert – hat allenfalls in der Hauptstadt Kabul stattgefunden, nicht aber im übrigen Land. Und für eines ist der Krieg immer „gut“: Im Afghanistankrieg starben bisher mindestens 60.000 Menschen, darunter eine große Zahl von Zivilpersonen, die nur deshalb nicht exakter anzugeben ist, weil sich die USA und die NATO darin gefallen, keinerlei Angaben über die Todesopfer auf der gegnerischen Seite zu machen. Ein toter Afghane wird nicht gezählt – weil er nicht zählt? Millionen von Kriegsflüchtlingen – vor allem Binnenflüchtlinge – komplettieren das Bild einer durch den Krieg zunehmend zerstörten Gesellschaft und Ökonomie.

Das einzige, was wirklich blüht in Afghanistan, sind der Mohnanbau und die allgegenwärtige Korruption. Letztere treibt derartige Blüten, dass sich selbst in Kabuler Regierungskreisen niemand sicher sein kann, welcher Minister, Abgeordnete oder Militärbefehlshaber auf welcher Seite steht. Am 24. Oktober 2010 berichtete z.B. die New York Times, dass der Stabschef von Afghanistans Präsident Hamid Karsai, Umar Daudsai, regelmäßig Barzahlungen vom Iran erhalte. Durch die Zahlungen versuche der Iran, seinen Einfluss im Nachbarland auszuweiten. Das Geld fließe in eine geheime Kasse, aus der Karsai und Daudsai afghanische Abgeordnete, Stammesführer und Talibanvertreter bezahlten, um sich deren Loyalität zu sichern.

Hintergründe des Krieges

Angesichts einer solch niederschmetternden Bilanz nach einem neun Jahre andauernden Krieg, den die Interventen mit einer haushoch überlegenen Militärmaschinerie führen und der nach Einschätzung (fast) aller militärischer Experten nicht zu gewinnen ist, stellt sich die Frage nach dem Sinn des Krieges verschärft. Was ist daran an Afghanistan, dass der Westen von seinem verlustreichen und Image schädigenden Krieg nicht lassen kann?

Mir drängen sich fünf Antworten auf, von denen jede einzelne den Krieg gewiss nicht ausreichend erklären kann. Zusammen genommen könnten sie aber doch einen plausiblen Grund ergeben, den Krieg seiner Zeit begonnen zu haben und ihn bis zum bitteren Ende fortzusetzen.

1. Auch wenn Afghanistan ein bettelarmes Land ist (im Index der menschlichen Entwicklung rangiert es regelmäßig unter den fünf ärmsten Ländern der Erde), verfügt es doch über zahlreiche interessante Rohstoffe in großer Menge. Dies war bereits der Sowjetunion bekannt, als sie Ende 1979 zugunsten der befreundeten afghanischen Regierung am Hindukusch militärisch intervenierte. So gesehen, waren die Berichte über den „unermesslichen“ Reichtum Afghanistans, die im Sommer 2010 in den USA lanciert wurden, keine wirkliche Sensation. Der „New York Times“ waren die Erkenntnisse eines Teams von US-Geologen und Experten des US-Außenministeriums so viel wert, dass sie am 13. Juni 2010 eine Topmeldung daraus machte: *„U.S. Identifies Vast Mineral Riches in Afghanistan“*. Der Schätzwert der „entdeckten“ Vorkommen an Kupfer, Lithium, Eisen, Gold und Kobalt beläuft sich laut New York Times auf rund eine Billion US-Dollar. Das durch Bürgerkrieg und Interventionen gebeutelte Land in Zentralasien könnte zu einem der weltweit führenden Rohstoff-Exporteure aufsteigen, ließ der US-Kommandeur für die Region, General David Petraeus, gegenüber den Medien verlauten. Das Pentagon geriet geradezu ins Schwärmen: Afghanistan verfüge über so große Lithiumvorkommen, dass es zum „Saudi-Arabien des Lithiums“ werden könne. (Lithium ist ein Schlüsselmaterial für die Produktion von Akkus für Elektroautos, Laptops und Mobiltelefone.) Die Jubelmeldungen wichen aber bald vorsichtigeren Einschätzungen. Selbst wenn die Mengenangaben über die in afghanischem Boden schlummernden Mineralien und Erze realistisch sind, bleibt doch die Frage unbeantwortet, wie sie in einem überschaubaren Zeitraum und zu wirtschaftlichen Kosten an die Oberfläche zu fördern wären.
2. Bedeutsamer als die Rohstoffvorkommen dürfte die zentrale Lage Afghanistans als Transitland für die Beförderung von Erdöl und Erdgas aus dem energiereichen Zentralasien sein.

Diese Frage hatte doch schon vor Beginn des Krieges eine große Rolle gespielt. Damals versuchten die USA in Verhandlungen mit dem damaligen Taliban-Regime, eine Öl-Pipeline aus Kasachstan durch afghanisches Gebiet nach Pakistan zu führen, um auf diesem Weg Russland zu umgehen. Nutznießer dieses Projekts wäre die US-Firma Unocal (Union Oil of California) gewesen. Zu deren damaligen Beratern zählten u.a. ein Mann namens Hamid Karsai – er sollte später als afghanischer Interimspräsident eingesetzt werden – und Zalmay Khalilzad – er wurde später Sonderbotschafter des US-Präsidenten George W. Bush in Afghanistan. „Wer bestimmen kann, wie die Pipeline-Karte aussieht, wird die Zukunft eines riesigen Teils der Welt bestimmen“, schrieb zu Beginn dieses Jahrzehnts der Leiter des Kaukasus-Instituts an der amerikanischen John-Hopkins-Universität in Baltimore, Frederick Starr (Tages-Anzeiger, 19.04.2002). Er scheint Recht zu haben. Nicht nur im Kaspischen Raum und im Kaukasus tobt seit geraumer Zeit der Wettlauf um die Energie-Trassen; auch in Afrika ist der Kampf um die Kontrolle wichtiger aktueller oder potenzieller Leitungen (von Somalia über Sudan und Tschad bis nach Niger und die afrikanische Westküste) voll entbrannt.

3. Afghanistan ist darüber hinaus offenbar ein wichtiges Feld auf dem „eurasischen Schachbrett“, wie Zbigniew Brzezinski den europäisch-asiatischen Doppelkontinent nennt. Brzezinski gilt neben Henry Kissinger als führender strategischer Kopf der US-Außenpolitik der letzten 40 Jahre. In seinem Hauptwerk „Die einzige Weltmacht“ (erschienen 1997) legt er die Gründe dar, warum die Vorherrschaft über Eurasien, das Gebiet von Lissabon bis Wladiwostok, gleichbedeutend ist mit der Vorherrschaft in der ganzen Welt. Denn in diesem Raum wohnen nicht nur 75 Prozent der Weltbevölkerung, er beherbergt auch 75 Prozent der weltweiten Energiereserven. Brzezinski muss etwas vom Schachspiel verstehen. Nicht umsonst hieß nämlich der Titel des erwähnten Buches im Original: „The Grand Chessboard“ (das große Schachbrett). Jeder, der etwas vom Schach versteht, wird wissen, dass die Siegchancen sehr stark abhängen von der Fähigkeit der Spieler, zentrale Felder

- zu besetzen. Eins dieser Felder ist Afghanistan. Es ist das Bindeglied zwischen den öl- und erdgasreichen ehemaligen Sowjetrepubliken (von Kasachstan bis Usbekistan) im Norden, und Pakistan mit seinem Zugang zum Indischen Ozean im Süden sowie Iran und damit dem ölreichen Nahen Osten im Westen. Die langfristige Geostrategie der USA, so wird man wohl unterstellen können, besteht darin, ihren Einfluss über den Nahen und Mittleren Osten (Irak, Iran fehlt noch) bis nach Zentralasien (Afghanistan) auszudehnen, um auf diese Weise die entmachtete Imperialmacht Russland klein und den großen Konkurrenten China in Schach zu halten.
4. Jeder Krieg, einmal begonnen, entwickelt mit zunehmender Dauer und unsicheren Perspektiven eine gewisse Eigendynamik. Die politische Klasse neigt zudem dazu, Fehler nicht einzugestehen. Im Falle Afghanistans heißt das: Nichts fällt den Regierenden der NATO-Allianz schwerer, als zuzugeben, dass der Krieg ein Fehlschlag, die immensen Kriegskosten eine Fehlinvestition und die angestrebten Ziele in unerreichbare Ferne gerückt sind. Ein mit viel Energie und Demagogie begonnenes Projekt kann nicht einfach auf halbem Wege beendet werden, Truppen, die in Marsch gesetzt wurden, nicht unverrichteter Dinge wieder nach Hause geholt werden. Eine Eigendynamik ganz eigener Art entwickeln darüber hinaus diejenigen, die unmittelbar vom Krieg profitieren. Das ist einmal natürlich die Rüstungsindustrie, deren Auftragsbücher nie so voll sind wie in Kriegszeiten. Im speziellen Fall Afghanistan zählen zur Gruppe der Kriegsgewinnler auch die vielen NGOs, die zu Tausenden in Kabul ihren „humanitären“ Geschäften nachgehen. Die afghanische Hauptstadt ist ein El Dorado für NGOs aus aller Welt, insbesondere aber der westlichen Welt geworden, wobei ca. 80 Prozent der eingesammelten staatlichen und privaten Spenden nicht der afghanischen Bevölkerung zu Gute kommen, sondern ausschließlich der Selbsterhaltung der Organisationen dienen.
 5. In der NATO gehört es mittlerweile zum guten Ton, die weitere Existenz des größten Militärbündnisses in der Geschichte der Menschheit von einem erfolgreichen Abschneiden im Afghanistankrieg abhängig zu machen. Das ist eine riskante

Strategie. Bei einer militärischen Niederlage stünde das ganze Bündnis zur Disposition, zumindest hätte es unter einem enormen Glaubwürdigkeits- und Legitimationsschwund zu leiden. An Glaubwürdigkeit würde die NATO aber auch einbüßen, wenn sie den Krieg mit allen Mitteln weiter führen würde und dabei noch eklatanter gegen jedes Kriegsvölkerrecht verstoßen müsste, als es bisher laut Veröffentlichungen von Wikileaks ohnehin schon der Fall ist. Aus diesem Dilemma gibt es kein Entrinnen und alle gegenwärtigen Versuche, mittels Kriegverschärfung auf der einen und geheimen Verhandlungen mit dem Gottseibeius, den Taliban, auf der anderen Seite, diesem Dilemma zu entkommen und unter Gesichtswahrung doch noch aus dem Schlamassel heraus zu kommen, sind zum Scheitern verurteilt.

Ausblick

Experten verschiedener außenpolitischer Think Tanks der USA sprechen mittlerweile davon, dass der Krieg in Afghanistan nicht zu gewinnen sei und daher so schnell wie möglich beendet werden müsse. Planspiele des Council on Foreign Relations (CFR), der „Afghanistan Study Group“ oder der New America Foundation legen den USA einen radikalen Strategiewechsel in Afghanistan nahe. So könnte etwa der paschtunische Süden ganz den Taliban überlassen werden – was auf eine Teilung des Landes hinaus liefe –, man könne sich auch mit den Aufständischen darauf einigen, Al Kaida nicht mehr im Land zu dulden. Die Afghanistan Study Group geht davon aus, dass ein militärischer Sieg nicht nötig sei, um dennoch amerikanische Interessen in Afghanistan zu schützen.

In eine ähnliche Richtung argumentierten die Teilnehmer einer Konferenz, die vom Bundesnachrichtendienst (BND) am 28. Oktober 2010 in Berlin veranstaltet wurde. BND-Präsident Ernst Uhrlau zeichnete ein ernüchterndes Bild von der Lage im Afghanistan, wenn er sagte, er sehe *„ein bisschen Licht und sehr viel Schatten“* am Hindukusch. Die NATO, so folgert er daraus, müsse sich wohl *„vertretbare und realistische Ziele“* setzen. *„Der Weg dorthin ist steiniger als ursprünglich gedacht. Und eine Erfolgsgaran-*

tie gibt es nicht.“ (Süddeutsche Zeitung, 29.10.2010.) Wolfgang Ischinger, der Organisator und Vorsitzende der umstrittenen Münchner Sicherheitskonferenz, blies in dasselbe Horn und riet zu einer „minimalistischen“ Zielsetzung bei derartigen Interventionen. Auch sei es ein Fehler gewesen die Taliban als Ganzes zu „dämonisieren“. Schließlich brauche man gemäßigte Teile der Taliban, um aus der derzeitigen verfahrenen Lage wieder heraus zu kommen.

Solchen Planspielen gilt es entgegenzuhalten, dass sie auf jeden Fall mit einer vorübergehenden Fortsetzung des Krieges verbunden sind und grundsätzlich an der Entsouveränisierung und neokolonialen Beherrschung Afghanistans festhalten. Die Lösung des Konflikts kann nur in der Einstellung der Kampfhandlungen (Waffenstillstand) und einem bedingungslosen Abzug der Besatzungstruppen bestehen. Dies entspricht auch dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung in den NATO-Staaten. In Deutschland plädieren – je nach Umfrage – seit Jahren zwischen 60 und 80 Prozent der Bürger/innen für eine Beendigung des Kriegeinsatzes. Selbst in den USA ist mittlerweile eine Mehrheit von 58 Prozent gegen die Fortsetzung des Krieges am Hindukusch (Umfrageergebnisse vom September 2010).

Die Beendigung des Krieges und der Abzug der Interventionsstruppen sind alternativlos, weil damit eine wesentliche Quelle der Feindseligkeiten und der bewaffneten Kämpfe beseitigt wäre. Doch damit kehrt noch nicht der Frieden ein. Neben dem von außen aufgezwungenen Krieg herrscht in Afghanistan eine Art Bürgerkrieg, dessen Wurzeln teils in die Vor-Taliban-Zeit zurückreichen, teils durch die Invasion des Westens neu ins Land gebracht wurden. Sie hängen mit der um sich greifenden Kriegs- und Drogenökonomie sowie mit den neu entstandenen Strukturen einer Korruptions- und Klientelwirtschaft zusammen. Hier Abhilfe zu schaffen oder auch nur Ratschläge zu geben, kann selbstredend nicht Aufgabe der Invasoren nach deren Rückzug sein, sondern ist eine ureigene Angelegenheit der Afghanen, die sich nun – ohne ausländische Einmischung – „zusammenraufen“ müssen.

Dies darf indessen nicht heißen, Land und Volk am Hindukusch sich selbst zu überlassen. Es ist erstens ein Gebot der Ge-

rechtigkeit, dass diejenigen, die den Krieg ins Land getragen haben und für einen Großteil der materiellen Zerstörungen und der immateriellen Schäden verantwortlich sind, sich am zivilen Wiederaufbau beteiligen. Früher nannte man das „Reparationen bezahlen“! Darüber hinaus gebietet es der Internationalismus der Staatengemeinschaft in der globalisierten Welt, von Krieg und Bürgerkrieg geschwächten Staaten zu helfen. Diese Hilfe muss ausschließlich ziviler Natur sein und dort erfolgen, wo die betroffene Bevölkerung bzw. ihre legitimen Vertretungen entsprechende Bedürfnisse und Wünsche äußern.

Voraussetzung für jegliche Entwicklung aber, so möchte ich zugespitzt sagen, ist die volle Souveränität Afghanistans. Was die Zivilgesellschaft (aber auch Regierungen) tun kann, sollte sie auf Wunsch von und in Abstimmung mit afghanischen Partnern (Regierung, Provinzverwaltungen, lokale Akteure etc.) tun. Deutschland und die anderen Interventionsmächte haben hier eine riesige Bringschuld. Der Wiederaufbau Afghanistans ist in personeller, sachlicher und finanzieller Hinsicht eine Herkulesaufgabe. Das Tröstliche dabei: Er wird nur einen Bruchteil dessen kosten, was der Krieg bisher gekostet hat.

Adalbert Krims

Die US-Außenpolitik unter Barack Obama

Am 4. 11. 2008 wurde Barack Hussein Obama zum 44. Präsidenten der USA gewählt und am 20. 1. 2009 übernahm er das Amt als „Mächtigster Mann der Welt“. In seine Präsidentschaft wurden große Erwartungen gesetzt – nicht zuletzt in Bezug auf die Weltpolitik. Inzwischen ist bereits fast die Hälfte der Amtsperiode Obamas vergangen – also Zeit für eine Zwischenbilanz, die sich aus Platzgründen auf einige internationale Brennpunkte beschränkt.

Der Wahlsieg Obamas hatte nicht nur in den USA, sondern vor allem auch in Europa eine geradezu euphorische Stimmung („Obamamania“) ausgelöst. Einerseits gab es ein weltweites Aufatmen über das Ende der Ära Bush, andererseits aber sehr hochfliegende Erwartungen, die schon bald zu einer Bürde für den US-Präsidenten werden mussten. Die negativen Erfahrungen mit acht Jahren Bush jun. wurden gewissermaßen umgedreht und als positive Erwartungen auf Obama projiziert. Obama hat diese Hoffnungen aufgegriffen und durch eine perfekte PR-Maschinerie in seine Wahlkampagne umgesetzt. Zusammengefasst wurde dies in dem Wort „change“. Also: alles wird anders, besser. Obama wurde schon fast zu einem Messias hochstilisiert, der das Antlitz nicht nur der USA, sondern auch der Welt komplett verändern würde.

Die Euphorie über den Wahlausgang war von Anfang an problematisch (übrigens auch bezüglich des „Ersten schwarzen Präsidenten in der Geschichte der USA“ – denn einerseits gehörte Obama bezüglich seiner Sozialisierung und seines politischen Werdegangs nie zur „black community“ oder zur schwarzen Bürgerrechtsbewegung, andererseits spielte dieses Thema auch eine geringe Rolle im Wahlkampf). Der Sieg Obamas über McCain war zwar klar, aber mit 53 Prozent der Stimmen hat Obama bei weitem nicht das beste Ergebnis bei einer US-Präsidentenwahl erzielt. Und bei den Weißen, die immer noch die Bevölkerungsmehrheit in den USA darstellen, unterlag Obama sogar

dem Republikaner McCain mit 43 zu 55 Prozent. Dazu kam, dass Obama im Wahlkampf unter dem Generalmotto „change“ nur vage Ankündigungen gemacht, aber kaum konkrete Ziele formuliert hatte. Insofern war bereits mit dem Amtsantritt die Saat der Ernüchterung gelegt. Da die Fans ihre jeweils eigenen Wünsche auf Obama projiziert hatten, musste es zu Enttäuschungen kommen, sobald die reale Politik begann (denn er konnte ja die teils sehr widersprüchlichen Wünsche gar nicht alle erfüllen).

Das erste Regierungsjahr Obamas war generell von einer Anpassung an die vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt – innen-, wirtschafts- und außenpolitisch. Das betraf sowohl den institutionellen Rahmen (z. B. das Verhältnis zu den beiden Kammern des Kongresses) als auch die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne (die übrigens mehrheitlich Obama und nicht McCain im Wahlkampf unterstützt hatten!) und die Globalstrategie der USA. Die ökonomischen und strategischen Interessen der USA ändern sich ja nicht automatisch mit einem neuen Präsidenten – zumindest nicht total. Die im Wahlkampf aufgezeigten „Visionen“ Obamas beschränkten sich im ersten Regierungsjahr auf einige Reden, im politischen Alltag dominierte aber die Interessenspolitik. Mit dem Verfliegen der „Ombamania“ und den ersten Misserfolgen sank auch die Zustimmung zum neuen Präsidenten und zu seiner Demokratischen Partei. Und so musste er im zweiten Amtsjahr – speziell ab dem Sommer, als die Umfragewerte der Demokraten einen historischen Tiefpunkt erreichten – angesichts der im November 2010 stattfindenden „Mid-term elections“ (zur Halbzeit der Amtsperiode des Präsidenten werden ein Drittel des Senats und das gesamte Abgeordnetenhaus neu gewählt) versuchen, herzeigbare Erfolge zu erzielen und auf eingehaltene Versprechen hinweisen zu können. Das gilt natürlich auch für die Außenpolitik, obwohl deren Stellenwert bei den WählerInnen in den USA traditionell sehr gering ist.

Irak

Obama hatte versprochen, die US-Kampftruppen bis 31. August 2010 aus dem Irak abzuziehen. Der zweite Irak-Krieg wurde von US-Präsident George W. Bush jun. eigentlich schon am 1. Mai

2003 für beendet erklärt. Mehr als 7 Jahre später verkündete US-Präsident Barack Obama nun erneut das Ende der „Operation Iraqi Freedom“ und betonte: „Die Vereinigten Staaten haben einen hohen Preis dafür bezahlt, die Zukunft des Irak in die Hände des Volkes zu legen... Wir haben unsere Pflicht erfüllt.“. Obama sprach von über 4.000 gefallenen US-Soldaten und von den wirtschaftlichen Folgen: „Wir haben mehr als eine Billion Dollar im Krieg ausgegeben, häufig finanziert mit geliehenem Geld aus dem Ausland. Das hat Investitionen in unsere eigene Bevölkerung verknappt und zu Rekordschulden beigetragen.“

Ebenso wie das erste hatte auch das zweite „Kriegsende“ vor allem propagandistische Zwecke bzw. handelte es sich um einen „Etikettenschwindel“ (Gudrun Harrer im STANDARD vom 30. 8. 10): Denn nach dem „Truppenabzug“ bleiben 50.000 der 65.000 US-Soldaten im Irak stationiert (und die abgezogenen 15.000 wurden nur hinter die Grenze nach Kuwait verlegt), wobei es sich bei ihnen um ganz normale Kampftruppen handelt (auch wenn sie nun nicht mehr „combat brigades“, sondern „advisory and assistance brigades“ heißen). Der Schwerpunkt liegt nun zwar auf „Ausbildung und Beratung“ der irakischen Sicherheitskräfte, aber die Truppen sind natürlich jederzeit kampfbereit – und wahrscheinlich werden sie auch bald wieder zu den Waffen greifen (müssen).

Auch wenn Obama davon sprach, dass am 31. 8. 2010 „ein bemerkenswertes Kapitel in der Geschichte“ beider Länder zu Ende gegangen sei und nun eine neue Seite aufgeschlagen werde (am 1. September begann nun offiziell die „Operation Neue Morgenröte“!), steht er im Irak in Wirklichkeit „vor einem Scherbenhaufen. Er hinterlässt das angeblich souveräne Zweistromland in einem politischen Vakuum, mit einem halsstarrigen Regierungschef, der zur Verständigung mit der sunnitischen Minderheit nicht bereit ist... Das US-Experiment, eine Demokratie mit Waffengewalt einzuführen, scheint gescheitert. Es drohen bürgerkriegsähnliche Zustände wie im Libanon“ („Oberösterreichische Nachrichten“, 3. 9. 10). Und der OÖN-Kommentator fügt noch hinzu: „Noch katastrophaler ist die Lage für die Amerikaner aus geopolitischer Sicht: Vor dem Sturz von Saddam Hussein hatte der Iran im Irak nichts zu melden. Heute spielt Teheran in Bag-

dad die ‚zweite Geige‘, vielleicht sogar mehr.“ Und man könnte noch hinzufügen: vor der US-Invasion gab es im Irak keine Terrororganisationen, während heute nicht nur im Land selbst täglich Terroranschläge verübt werden, sondern der Irak auch ein Zentrum des internationalen Terrorismus geworden ist. Das durch die US-Innenpolitik motivierte „Zweite Ende des Zweiten Irak-Krieges“ wird an der Lage im Zweistromland wenig ändern – ein wirkliches Ende der Gewalt oder gar eine dauerhafte Friedenslösung sind nicht in Sicht.

Naher Osten

Ähnlich wie der „Irak-Abzug“ sollte auch die Wiederaufnahme der direkten Nahost-Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Nationalbehörde als außenpolitischer Erfolg im US-Wahlkampf verkauft werden. Eigentlich war keine der beiden Seiten zu diesem Zeitpunkt an Friedensverhandlungen interessiert – und es gab auch keinerlei Anhaltspunkte, dass es in absehbarer Zeit zu Annäherungen zwischen der israelischen Regierung und den Palästinensern kommen könnte, eher im Gegenteil. Die monatelangen Vermittlungsbemühungen des US-Sondergesandten George Mitchell blieben ergebnislos. Es lag daher vor allem an der innenpolitischen Situation in den USA, dass Obama zuerst das Nahost-Quartett (UNO, USA, Russland, EU) und dann auch Benjamin Netanyahu und Mahmud Abbas zur Einberufung direkter Friedensgespräche überredete. Vor allem Abbas kam nur auf internationalen Druck zur ersten Verhandlungsrunde am 2. September nach Washington. Da Israel keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen ließ (nicht einmal in der Frage einer Verlängerung des Moratoriums für den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten), gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass Obamas Zielsetzung, innerhalb eines Jahres zu einer umfassenden Friedenslösung zu gelangen, eine Chance auf Verwirklichung hat. Aber am wichtigsten ist für ihn ja, dass die Verhandlungen nicht schon vor den Kongresswahlen abgebrochen werden.

In der Nahost-Frage hat Obama jedenfalls bisher nichts erreicht. Dabei waren in den ersten Monaten nach seinem Amtsan-

tritt die Signale aus Washington in Richtung einer Zweistaatenlösung im Nahen Osten doch recht eindeutig. Israel wurde sogar der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag nahegelegt – und die USA forderten (wie die EU) einen totalen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten. Davon ist inzwischen längst keine Rede mehr. Die diesbezügliche Kehrtwendung der US-Administration hatte bei den Palästinensern und in der islamischen Welt Enttäuschung und Verärgerung ausgelöst. Darüber hinaus haben die USA in den Vereinten Nationen Hand in Hand mit Israel den Goldstone-Bericht über Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg boykottiert. Hatte man nach der Bildung der israelischen Rechtsregierung noch mit einer wachsenden Kluft zwischen Tel Aviv und Washington gerechnet – und damit auch mit einem wirklichen Druck der US-Administration auf die Netanyahu-Regierung, so ist davon inzwischen nichts mehr zu merken. Und damit ist auch die positive Wirkung von Obamas Kairoer Rede über den Dialog mit dem Islam (die ja nicht zuletzt auf die Forderung nach sofortigem Siedlungsstopp zurückzuführen war) praktisch verpufft.

Afghanistan

In Afghanistan steht Obama vor einem Desaster. Doch gerade dies ist „sein“ Krieg – im Unterschied zum ungeliebten Irak-Krieg seines Vorgängers George W. Bush. Nicht nur militärisch läuft es für die USA und ihre Verbündeten nicht gut. Vor allem politisch geriet die teure und medial groß aufgezugene „demokratische Wahl“ im Herbst 2009 zu einer reinen Farce, bei der schließlich der Wahlbetrüger Hamid Karsai doch ohne Stichwahl zum „legitimen Präsidenten“ erklärt wurde. Ein Ausweg aus der Sackgasse ist bisher nicht erkennbar.

Seit der Truppenaufstockung Ende 2009 sind nun erstmals mehr ausländische Soldaten in Afghanistan stationiert als während der sowjetischen Intervention. Trotzdem gibt es militärisch aber keinen „Sieg“ – und der Versuch, „die Demokratie zu bringen“ ist spätestens mit dem Wahlbetrug Karsais gescheitert (und es war sicher auch die teuerste Wahlfälschung, die je vom „Westen“ finanziert wurde). Die „neue Afghanistan-Strategie“ (also mehr Augenmerk auf den zivilen Aufbau und schrittweise Über-

gabe der Sicherheitsaufgaben in afghanische Hände, mehr „Sensibilität“ bei militärischen Operationen, Aufstockung der Truppen, um sie dann rascher abziehen zu können...) ist bisher weitgehend eine Propagandafloskel geblieben, um den wachsenden Widerstand der Bevölkerung in den Truppen entsendenden Staaten zu besänftigen.

Die in diesem Sommer veröffentlichten geheimen Dokumente des Pentagon und der CIA auf der Internetplattform Wikileaks haben in Washington zu heftigen Reaktionen geführt: allerdings wurde nur die Veröffentlichung als „unverantwortlich“ bezeichnet, die Echtheit des Inhalts aber nicht in Frage gestellt. Die Geheimdokumente zeichnen ein wesentlich dramatischeres Bild des Afghanistankrieges als die Verlautbarungen von offizieller Seite. „Die fast 92.000 Dateien veranschaulichen, warum die Taliban derzeit wieder fast so mächtig sind wie vor 2001 – trotz des jahrelangen, internationalen Einsatzes und trotz US-Ausgaben von mehr als 300 Milliarden Dollar. Besonders brisant sind die Schriftstücke, die sich mit der bislang unbekanntem Task Force 373 beschäftigen. Es handelt sich dabei um ein geheimes Kommando, das eine ebenso geheime Liste mit Zielpersonen abarbeitet, die sie töten oder gefangen nehmen sollen.“ („Süddeutsche Zeitung“, 26. 7. 10).

Die hohe Zahl an zivilen Opfern sowie die Häufung „irrtümlicher“ Angriffe auf zivile Ziele durch die US-geführten Streitkräfte führen auch immer wieder zu Konflikten mit Präsident Karsai, der sich durch die Verurteilung solcher Aktionen gegenüber den Stammesältesten und der Bevölkerung scheinbar von seinen westlichen Gönnern „emanzipieren“ will. Andererseits sind sich Experten einig, dass sich Karsai ohne Unterstützung der USA keine 24 Stunden an der Macht halten könnte, weshalb er auch Kritik an den westlichen Truppenrückzugsplänen übt. Die aktuelle Situation beschrieb die „Deutsche Welle“ kurz und prägnant: „Die Kluft zwischen der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung in Kabul wächst. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Fehler vor. Währenddessen driftet das Land immer weiter ins Chaos.“ („Deutsche Welle“, 17. 9. 10).

Atomare Abrüstung

Im Frühjahr 2009 feierte die NATO in Strasbourg und Kehl ihr 60jähriges Gründungsjubiläum. In Anwesenheit von US-Präsident Barack Obama wurde dort die Militärstrategie des Bündnisses bekräftigt – inkl. Ausweitung der Mitgliedschaft und des Einsatzgebietes der NATO sowie der Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Wenige Tage später hielt Obama in Prag eine Rede vor 30.000 Menschen, bei der er mit folgenden Sätzen aufhorchen ließ: „Als Nuklearmacht – als einzige Nuklearmacht, die eine Atomwaffe eingesetzt hat – haben die Vereinigten Staaten eine moralische Verantwortung zu handeln... Zunächst werden die Vereinigten Staaten konkrete Schritte in Richtung einer Welt ohne Atomwaffen unternehmen. Um die Denkmuster des Kalten Krieges zu überwinden, werden wir die Rolle von Atomwaffen in unserer nationalen Sicherheitsstrategie reduzieren und andere anhalten, dasselbe zu tun.“ Obama hat in Prag auch konkrete Schritte angekündigt, wie z. B. die Unterzeichnung des Atomteststoppvertrages sowie Verhandlungen mit Russland über niedrigere Obergrenzen für Trägersysteme und Atomsprengköpfe. Letztere sind im März 2010 erfolgreich abgeschlossen worden. Die von Obama angestrebte Ratifizierung des Atomteststoppvertrags wird hingegen vom US-Senat nach wie vor blockiert.

Am 8. April 2010 haben Barack Obama und der russische Präsident Dmitri Medwedjew in der Prager Burg den umfassendsten Abrüstungsvertrag seit zwei Jahrzehnten unterzeichnet. Der US-Präsident sagte anschließend, der neue Start-Vertrag, der den 1991 unterzeichneten und Ende 2009 ausgelaufenen Start-1-Vertrag über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen ablöste, werde die USA und die Welt sicherer machen. Er tritt in Kraft, sobald ihn die Parlamente beider Staaten ratifiziert haben. Im Falle einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im US-Senat könnte dies jedoch noch scheitern.

Europa und Russland

Am ehesten hat sich unter Obama – neben der entspannteren Atmosphäre gegenüber den europäischen Partnern – das Verhältnis

der USA zu Russland merkbar verbessert. Allerdings sind auch hier die Zeichen der Obama-Administration widersprüchlich: Nachdem Obama den Verzicht auf den Raketenabwehrschild in Polen und Tschechien verkündet hatte, reiste sein Vizepräsident Joe Biden nach Warschau, um dort eine neues Raketenabwehrsystem (offenbar im Rahmen der NATO) zu versprechen. Und auch die NATO-Erweiterungspläne um Georgien und die Ukraine werden zwar nicht mehr so laut propagiert, aber auch nicht zurückgenommen. Es gibt also auch hier keinen „change“, aber von der Tendenz her setzt Obama im Vergleich zu Bush sicher mehr auf „Dialog“ und weniger auf „Konfrontation“ – sowohl gegenüber seinen Bündnispartnern als auch gegenüber Russland. Immerhin gibt es ja auch wieder Fortschritte bei der atomaren Abrüstung mit Russland – und die Europäer fühlen sich jedenfalls als Partner ernster genommen.

Afrika und Lateinamerika

Gegenüber Afrika und Lateinamerika gab es ursprünglich deutliche rhetorische Akzente. Aber auch hier wurden die Erwartungen nicht erfüllt. Die Afrikapolitik ist inzwischen der Terrorismus-Bekämpfung untergeordnet worden. Und die erwartete Öffnung gegenüber den Linksregierungen in Lateinamerika ist auch nicht eingetreten. Honduras wäre eine Nagelprobe gewesen: aber nach der ursprünglichen Verurteilung des Putsches wurden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen. So haben die USA die von den Putschisten durchgeführten Neuwahlen und den neuen Präsidenten anerkannt. Und auch die Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit mit einer der wenigen verbliebenen Rechtsregierungen Lateinamerikas – nämlich Kolumbien – hat nicht nur den Konflikt mit Venezuela verschärft, sondern ist auch generell kein Zeichen eines „change“. Im November 2009 unterzeichneten die USA und Kolumbien (unter Protest von Venezuela und Ecuador) ein neues Militärabkommen, das den US-Streitkräften für die nächsten zehn Jahre die Nutzung von mindestens sieben Stützpunkten in Kolumbien erlaubt.

Der Friedensnobelpreis

Einer der größten, aber auch umstrittensten Erfolge für Barack Obama war die Verleihung des Friedensnobelpreises 2009. Der Beschluss des Nobelpreiskomitees erfolgte bereits nach weniger als 9 Monaten Amtszeit. Unmittelbar vor der Verleihung am 10. Dezember 2009 hat Obama eine Aufstockung der Truppen in Afghanistan verkündet und das höchste Militärbudget in der Geschichte der USA ratifiziert (höher als unter Bush!). Das Osloer Nobelkomitee hat seine Entscheidung etwas ungewöhnlich formuliert, indem es ausdrücklich eine "Vision" würdigte und weniger konkrete Friedensmaßnahmen oder -verhandlungen: "Barack Obama erhält den Friedensnobelpreis für seinen außergewöhnlichen Einsatz zur Stärkung der internationalen Diplomatie und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Das Komitee hat besonderes Gewicht auf seine Vision und seinen Einsatz für eine Welt ohne Atomwaffen gelegt", heißt es wörtlich in der Begründung. Das aus drei Frauen und zwei Männern bestehende Komitee, das vom norwegischen Parlament nach dem Parteienproporz bestellt wird, hob hervor, dass Obama „als Präsident ein neues Klima in der internationalen Politik geschaffen“ habe und dass „multilaterale Diplomatie“ wieder im Mittelpunkt stehe. Dann ist noch vom besonderen Gewicht der Vereinten Nationen, von der konstruktiven Rolle der USA bei der „Bewältigung der enormen Klima-Herausforderungen“ sowie von der Stärkung von Demokratie und Menschenrechten die Rede. Insgesamt liest sich die Begründung des Nobelkomitees wie eine nachträgliche Abrechnung mit der Ära Bush. D. h. Obama erhielt den Friedensnobelpreis, weil er versprochen hat, mit der Politik von George W. Bush zu brechen.

Laut Testament von Alfred Nobel soll der nach ihm benannte internationale Friedenspreis aber an jene Persönlichkeit verliehen werden, die „am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat“ (Alfred Nobel, Testament vom 27. November 1895). Darauf bezog sich auch das Internationale Friedensbüro in Genf, als es dem Osloer Friedensnobelpreis-

komitee vorwarf, es würde ihm an Respekt gegenüber den von Nobel geäußerten Intentionen fehlen. Zwar habe Barack Obama Millionen von Menschen, die über den Zustand des Planeten besorgt sind, wieder Hoffnung gegeben, die Ergebnisse seiner Politik seien aber sehr gemischt. So habe Obama die Truppen in Afghanistan verstärkt statt sie abzuziehen. Und unbemannte Raketen bombardierten weiterhin Dörfer in Nordwest-Pakistan, um Al Khaida-Kämpfer zu eliminieren. Außerdem habe die Obama-Administration das größte Militärbudget in der Geschichte der USA verabschiedet (534 Milliarden Dollar – mit den Kriegooperationen im Irak und in Afghanistan sogar 680 Mrd.). Dies könne wohl nicht als Beitrag zu einer „Verminderung stehender Heere“ betrachtet werden, wie dies ausdrücklich im Testament Nobels verlangt werde.

Conclusio

Zur „Halbzeit“ der Amtsperiode von Barack Obama kann sicherlich im Vergleich zu George Bush eine Verbesserung des internationalen Klimas festgestellt werden – insbesondere was das Verhältnis der USA zu Europa und Russland betrifft. Ein wirklicher „Wandel“ ist jedoch nirgends erkennbar. Und bei den virulenten Konfliktherden – Naher Osten, Irak, Iran, Afghanistan – ist weiterhin keine Lösung, ja nicht einmal eine Entspannung, in Sicht.

Manfred Sauer

Wie viele Generationen dauert es, bis eine Welt ohne Atomwaffen Wirklichkeit ist?

Ohne Zweifel, beim Thema Atomwaffen hat sich seit 2009 etwas bewegt. Der US-amerikanische Präsident Barack Obama hat am 4. April 2009 bei einer Rede in Prag seine Vision der atomwaffenfreien Welt skizziert. Er sprach von einem langfristigen Waffenvernichtungsprogramm, dem Zugang aller Staaten zur zivilen Atomnutzung und von der Verhinderung illegaler Weiterverbreitung waffenfähigen Materials durch strenge Kontrollen. Obama stellte aber auch klar, solange andere Staaten Nuklearwaffen besäßen, würde es auch ein US-amerikanisches Atomwaffenarsenal geben.

Die Einigung auf ein neues START-Abkommen zur Reduktion der strategischen Sprengköpfe zwischen den USA und Russland und die Überprüfungskonferenz des Atomwaffen-Sperrvertrages (NPT) im Mai 2010 sollten erste Signale dieser Politikwende sein. Ob es nur bei Ankündigungen bleibt und ob die vielfältigen Hindernisse zum Erfolg aus dem Weg geräumt werden können, ist schwer vorhersagbar. Die Fakten dämpfen aber anfänglichen Optimismus.

Der Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT – Non Proliferation Treaty) und die Überprüfungskonferenz 2010

Der NPT wurde 1968 unterzeichnet und trat 1970 in Kraft. Mitglieder sind die fünf legalen Kernwaffenstaaten (USA, Russland – ursprünglich Sowjetunion – China, Frankreich und Großbritannien), die gemäß den Vertragsbestimmungen bereits vor dem 1.1.1967 mindestens einen Atombombenversuch durchgeführt haben, und weitere 184 Staaten ohne Kernwaffen. Israel, Pakistan und Indien verweigern den Beitritt (illegale Atomwaffenstaaten), Nord-Korea hat 2003 den Vertrag wieder verlassen und besitzt heute Atomwaffen. Gegenstand des Vertrages ist die

Verhinderung neuer illegaler Atomwaffenarsenale, wofür den Vertragsstaaten aber uneingeschränkter Zugang zur zivilen Nutzung der Atomenergie ermöglicht werden soll. Als Vollzugsinstrument mit vertraglich vereinbarten, zwischenstaatlichen Kontrollrechten fungiert die Internationale Atom-Energie-Behörde (IAEA) mit Sitz in Wien. Ein wesentlicher Vertragsbestandteil ist der Artikel VI, der Vertragsmitgliedern eine kontrollierte und rasche Abrüstung aller Atomwaffen und in Folge aller Waffen vorgibt. Die mangelnde Umsetzung dieser Vertragsbestimmung seit 40 Jahren, besonders durch die Kerngruppe der Atomwaffenstaaten, hat bei manchen Ländern zu Überlegungen für den Aufbau eines eigenen Nuklearwaffenpotentials geführt. Der USA-Indien-Deal – das Nichtvertragsmitglied und illegales Atomwaffenland Indien erhält Unterstützung beim Ausbau seines zivilen Nuklearprogramms – schwächte den NPT erheblich. Dem Vertragsmitglied Iran stünde aber – vorausgesetzt Vertragstreue – diese Unterstützung ebenfalls zu. Ein Auseinanderbrechen des NPT wäre ein fatales Signal für ein neues Wettrüsten bei den Atomwaffen.

Im Fünf-Jahres-Rhythmus finden Überprüfungskonferenzen statt. Im Jahr 2000 wurde eine Initiative mehrerer Staaten zur Atomwaffenabrüstung beschlossen (13 Abrüstungsschritte der New-Agenda-Coalition). Die Konferenz 2005 endete mit einem Desaster. Die Fokussierung der USA auf die Iran-Frage und andere nationale Alleingänge ließen die Tagung scheitern. Für 2010 bestand die Befürchtung eines ähnlichen Konferenzverlaufs. Diesmal war zwar die Vorbereitung besser (Einigung über den Vorsitz und die Tagesordnung), aber die gemeinsame Schlusserklärung spiegelte trotzdem nur den kleinstmöglichen Nenner wider. Insgesamt gab es nur geringe Fortschritte, und sinnvolle Verbesserungen zur Stärkung des NPT blieben wieder auf der Strecke.

Die vertraglich vorgegebene Abrüstung bei den Nuklearwaffen (Art. VI) wurde zwar als wichtiges Vorhaben gesehen, blieb aber ohne konkrete Fristen bezüglich einer Umsetzung. Die Aufforderung an die vier illegalen Atomwaffenstaaten, dem Vertrag beizutreten, war mangels Sanktionen nur eine verbale Geste. Auch in der Frage der substrategischen Sprengköpfe (etwa jener

der NATO in Europa) konnte keine (zeitliche) Einigung über ihren Rückzug und ihre Vernichtung erzielt werden. Kleine Fortschritte gab es beim Thema zentrale Brennstoffbank und beim Entwicklungsstopp neuer Sprengköpfe. Eine Verschärfung der Kontroll- und Sanktionsbestimmungen und eine Klausel für einen erschwerten Vertragsausstieg waren nicht durchsetzbar. Bezüglich einer nuklearwaffenfreien Zone Mittlerer Osten beschlossen die Staaten, für 2012 eine Strategiekonferenz mit den Ländern dieser Region einzuberufen. Ob der derzeit einzige Atomwaffenstaat dieser Region, Israel, teilnehmen wird, blieb natürlich offen. Kein Staat möchte hinsichtlich einer Ächtung der Atomwaffen Farbe bekennen und gleichzeitig Handlungen fordern oder selbst setzen, nach dem Motto: „Wer sich bewegt, hat schon verloren.“

Der neue START-Vertrag und der Nukleargipfel in Washington

Der sogenannte START I-Vertrag aus dem Jahre 1991 endete am 5. Dezember 2009. Die USA und Russland wählten den Weg einer Vertragsneuverhandlung. Der Nachfolgevertrag wurde am 8. April 2010 in Prag durch Barack Obama und Dimitrij Medwedew unterschrieben und hat eine Laufzeit von zehn Jahren. START steht für Strategic Arms Reduction Treaty. Binnen sieben Jahren müssen folgende neue Obergrenzen erreicht werden: Je 1.550 Sprengköpfe auf 800 strategischen Trägermittel pro Land, wobei nur 700 Träger auch wirklich stationiert sein dürfen. Eine Änderung in der Zählweise (jetzt pro Bomber 1 Sprengkopf, obwohl dieser mehrere tragen kann) bedeutet in Einzelkategorien sogar eine Aufstockungsmöglichkeit bis zur neuen Obergrenze. Die Grenzen des alten Vertrages waren je 6.000 Sprengköpfe bei je 1.600 Trägersystemen. Unklarheiten ergeben sich bezüglich einer möglichen US-amerikanischen Raketenabwehr in Europa, die Russland als Bedrohung ansieht, und dem tatsächlichen Umfang von Berichtspflichten und Verifikationsmöglichkeiten. Der Vertrag muss noch in beiden Ländern ratifiziert werden. Diesbezügliche positive Signale gibt es im US-Senat. Wie es aber nach den Kongresswahlen aussieht, bleibt noch offen.

Mitte April 2010 startete Barack Obama die Initiative eines Nuklearsicherheitsgipfels. 47 Länderdelegationen und Vertreter der UNO, der EU und der IAEA erörterten in Washington wirksamere Kontrollmöglichkeiten bei den nuklearen Brennstoffen. Seriösen Schätzungen gemäß sind weltweit 1.600-1.700 Tonnen hochangereichertes Uran (HEU) und rund 500 Tonnen Plutonium im Umlauf. USA und Russland werden ab 2018 je 34 t Plutonium vernichten, Ukraine und Chile wollen ihre HEU-Vorräte abbauen. Solange aber Modernisierung und Neubau von Kernkraftanlagen ungebrochen anhält, wird es immer das Risiko einer verbotenen militärischen Komponente innerhalb eines zivilen Programms geben.

Das Umfassende Atomteststopp-Abkommen (CTBT)

Die Abkürzung steht für Comprehensive Test Ban Treaty und soll weltweit alle Atomwaffenversuche verbieten. Bis heute gab es weltweit 2058 reale Tests, deren Auswirkungen auf Menschen und auf die Umwelt heute noch spürbar sind. Die Behörde (mit Sitz in Wien), die mit großem technischen Aufwand dieses Abkommen überwachen wird, ist samt ihrem Equipment einsatzbereit. Das Abkommen kann aber erst in Kraft treten, wenn 44 namentlich genannte Staaten unterschrieben und ratifiziert haben. Da sich auch die USA dazu noch nicht entschlossen hat, sind auch andere Länder dazu nicht bereit, und der Prozess ist derzeit blockiert.

Verbale Statements und tatsächliches Handeln passen nicht immer zusammen

Die USA haben als erstes Land Atomwaffen entwickelt und diese als einziger Staat auch zweimal kriegsmäßig eingesetzt (1945 gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nakasaki). Seit 1945 wurden rund 70.000 Atomwaffen in 70 verschiedenen Variationen erzeugt. Die Programme für sogenannte „Mini-Nuks“ und für bunkerbrechende Sprengköpfe wurden vorerst gestoppt. Gegenüber der Atomwaffen-Doktrin unter Präsident Bush, in der auch der Einsatz gegen Staaten ohne Nuklearwaffen vor-

gesehen war, hat Obama diese Bestimmung revidiert. Die neue Doktrin ist wesentlich defensiver angelegt. An der Option des Erstschlages wird aber festgehalten. Die Zukunft der in Europa gelagerten amerikanischen Atomwaffen bleibt, auch im Hinblick auf eine neu zu verhandelnde NATO-Strategie, weiterhin offen. Eine bald notwendige Modernisierung würde die Stationierung auf Jahrzehnte verlängern, was eine Mehrheit der Bevölkerung in den betroffenen Ländern ablehnt.

Auch Russland hat seine Doktrin etwas entschärft, behält sich aber vor, eine nukleare Antwort bei einem Angriff auf sein Territorium durchzuführen. Wie in den USA sind auch in Russland eine hohe Anzahl ausgemusteter Sprengköpfe zu vernichten, was unter der derzeitigen weltwirtschaftlichen Lage eine große finanzielle und technische Herausforderung darstellt, aber auch immer das Risiko eines unberechtigten Zugriffs in sich birgt. Bemerkenswert waren mehrere Ankündigungen von Spitzenpolitikern, das Atomwaffenpotenzial aufwendig zu modernisieren und dies mit den NATO-Erweiterungsplänen im Einzugsgebiet Russlands zu begründen. Grund dürfte auch das Wettmachen der sinkenden militärischen Potenz im konventionellen Bereich mit einer verstärkten nuklearen Abschreckung sein.

Frankreich verbietet sich jede Einmischung in seine „Force de Frappe“ und setzt weiter auf seine Atomstreitmacht. Zusammen mit Großbritannien sind gemeinsame Patrouillen mit Atom-U-Booten geplant.

In Großbritannien stehen führende Politiker wohl der Vision einer Welt ohne Atomwaffen positiv gegenüber. Ungeachtet dessen wird die Atom-U-Boot-Flotte aufwendig modernisiert. Aus Budgetgründen muss jetzt auf drei statt vier Einheiten reduziert werden, allerdings bei fast gleicher Anzahl von Atomraketen. Eine notwendige Erneuerung der Trident-U-Boot-Raketen ist aus dem selben Grund noch offen. Es ist zweifelhaft, ob auf diese Modernisierung und damit auf das gesamte Potenzial verzichtet wird. Die Chance dazu wäre jetzt gegeben.

China befürwortet zwar eine Kernwaffenabrüstung, unternimmt aber große Anstrengungen, sein eigenes Arsenal auszubauen und insbesondere weiterreichende Trägermittel (Land- und U-Boot gestützte Raketen) zu entwickeln. Die Anzahl stra-

tegischer und taktischer Atomsprengköpfe ist geheim. Neuesten Meldungen zufolge plant China, in Anlehnung an den USA-Indien-Deal, eine intensive Zusammenarbeit mit Pakistan, einschließlich der Lieferung von Atomkraftwerken.

Die Tatsache, dass Israel im Besitz von Atomwaffen ist, wurde offiziell nie zugegeben. Lediglich indirekte Aussagen israelischer Politiker, Indiskretionen US-amerikanischer Diplomaten und die Berichte des unter Hausarrest stehenden israelischen Atomwissenschaftlers Vanunu lassen hinter die Kulissen der nationalen Atomindustrie blicken, die mit französischer Hilfe 1964 aufgebaut wurde. Israel verweigert, trotz steigenden internationalen Drucks, nicht nur den Beitritt zum NPT, sondern erlaubt auch keinerlei Inspektionen – weder der zivilen noch der militärischen Anlagen. Bei den von Deutschland gelieferten U-Booten vermuten Militärfachleute auch eine Bewaffnungsmöglichkeit mit atomar bestückten Geschossen.

Indien begrüßt eine Atomwaffenkonvention, das eigene Nuklearwaffenpotential stützt sich auf Elemente in allen drei Hauptwaffengattungen und wird laufend ausgebaut. Immer wieder werden neue Trägermittel getestet und Abkommen mit weiteren Staaten, nach dem Deal mit der USA zur nuklearen Zusammenarbeit, geschlossen, etwa mit Kanada und möglicherweise auch mit Japan. Das Nichtmitglied des NPT hat sein Atomwaffenprogramm unter anderem mit westlicher Hilfe aufgebaut.

Ähnliches wie für Indien gilt auch für Pakistan. Mit westlicher und chinesischer Hilfe wurde eine Atomwaffenprogramm begonnen. Der ‚Vater‘ der pakistanischen Atombombe, der Wissenschaftler A.Q. Kahn, hat die Technologie auch an andere Schwellenländer (Libyen, Nord-Korea und Iran) weitergegeben. Zwischen Pakistan und Indien wird seit Jahren ein Wettrüsten veranstaltet. 2010 soll es mehr Dialog zwischen den beiden Ländern geben.

Nord-Korea gilt auf Grund seiner politischen Isoliertheit und den unstabilen politischen Verhältnissen als unberechenbar. Wiederholte Drohungen gegen die USA und Südkorea lösen sich mit kurzen Phasen eines Tauwetters in den Beziehungen ab. Ende der 90-iger Jahre stellte die IAEA Abweichungen in den Plutoniumbeständen zwischen den Mitteilungen Nord-Koreas

und eigenen Ergebnissen fest. Nord-Korea reduzierte daraufhin die Zusammenarbeit, konnte mit Zusagen für zivilkernare Unterstützung wieder näher an die IAEA geholt werden. 2001 bezeichnete die US-Administration unter Bush das Land fortgesetzt als „Schurkenstaat“ und belegte Nord-Korea mit Sanktionen. Dieses trat 2003 aus dem NPT aus und zündete 2006 die erste Atombombe für Testzwecke. Entwicklung und Test von Trägermitteln sind Teil des Waffenprogrammes. Neben der Plutoniumherstellung gibt es auch mit pakistanischer Hilfe eine Urananreicherung. Im Mai 2010 konnte auch eine Zusammenarbeit Nord-Koreas mit dem Iran belegt werden.

Viele Widerstände, viele Risiken und das internationale Engagement

Über die rein politische Realität und die Widerstände zu wirklich mutigen Schritten für eine umfassende Abrüstung hinaus gibt es noch weitere, risikoreiche Problemstellungen, die den Abschied aus dem Atombereich – militärisch oder zivil – utopisch erscheinen lassen. Die Renaissance der zivilen Nutzung der Atomkraft durch Verlängerung der Lebensdauer der Kernkraftwerke und ein forciertes Neubauprogramm – als vermeintlich umweltverträgliche Energievariante – bedeutet aber auch, dass Know-how, Brennstoffe und Materialien für militärische Zwecke verwendet werden könnten. So sind sich Experten sicher, dass bei einem Zerfall des NPT Deutschland binnen weniger Monate die Kapazität zum Bombenbau erreichen könnte. Die immer enger verflochtenen Netzwerke zwischen zivilen und militärischen Forschungseinrichtungen machen dies möglich.

Die ungelöste Frage der Endlagerung strahlenden Materials, die Gefahr von Unfällen (Kontaminierungen), der illegale Zugriff auf Brennstoffe und sonstige einschlägige Materialien durch organisierte Kriminalität oder Terrororganisationen sollte ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, auch wenn es bis dato keine ‚Schmutzige Bombe‘ gegeben hat.

Die internationalen Bemühungen der NGOs sind nur teilweise erfolgreich. Weltweite Unterschriftenaktionen, wie die der internationalen Gewerkschaften vor der NPT-Konferenz 2010, so-

wie nationale Initiativen und Proteste in vielen Ländern dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, dass mehr Druck notwendig sein wird. In Österreich wäre ein umfangreicheres Engagement in der Frage der Abschaffung der Atomwaffen wünschenswert. Eine gute Basis ist die Atomwaffenkonvention, ein Textvorschlag für den Weg zur weltweiten Abschaffung der Nuklearwaffen, herausgegeben von namhaften NGOs. Auf weltpolitischer Ebene scheinen die Zeichen in Richtung neuer Dialoge mit den ‚Problemstaaten‘ Nord-Korea und Iran zu stehen, was hoffentlich zu mehr Entspannung und Vertrauensbildung führt.

Schlussgedanken

Die Beantwortung der Eingangsfrage, wie viele Generationen es dauern würde, bis es keine Atomwaffen mehr gäbe, hängt von der politischen Überwindung der angeführten Hindernisse und von einer friedlichen und gerechten Entwicklung auf unserem Planeten ab. Ein entscheidender Faktor aber ist das Engagement vieler Menschen. Haben wir uns schon an die Atomwaffen gewöhnt oder glauben wir, nach Ende des Kalten Krieges gäbe es sie gar nicht mehr? In unseren Nachbarstaaten Italien und Deutschland (und in Belgien, Niederlande, Türkei sowie in Frankreich und Großbritannien) lagern sie noch. Es betrifft uns also unmittelbar. Wer garantiert, dass nicht neue Global-Player einmal zur Durchsetzung ihrer Ziele eine Atombombe einsetzen? Abrüstung lässt sich nur durch Druck von unten durchsetzen. Hier in Österreich ist davon kaum etwas zu merken. Es liegt also an den Menschen selbst, sich gemeinsam und nachdrücklich dafür einzusetzen und damit die Frist bis zur Zielerreichung zu verkürzen. Die Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen bringt tatsächliche Sicherheit und muss Priorität in unserem Bewusstsein und Handeln einnehmen.

Horst Bethge

Militär in der Mitte der Gesellschaft verankern?

Aktuelle Anmerkungen, nicht nur zur Diskussion Bundeswehr und Schule

Die Bundeswehr (BW) steht im größten Umbauprozess ihrer Geschichte: Sie soll zu einer „Armee im Einsatz“, einer Interventionsarmee ohne Wehrpflicht, umgebaut werden. Verteidigungsarmee ist nicht mehr. Verteidigungsminister von Guttenberg hat das gerade wieder am 18. 10. 10 auf einer Konferenz der ZEIT in Hamburg bekräftigt. Und das in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und rapide schwindender Wehrmotivation in der Gesellschaft, die mit jedem weiteren aus Afghanistan heimkehrenden Zinksarg noch weiter schwindet. Wie in einem Brennglas bündelt die Frage der Beendigung des Afghanistan-Einsatzes dabei die Probleme. Es geht nicht nur um seine Beendigung, die Aufgabe der BW insgesamt steht in Frage.

Seit der ersten deutschen Kriegsbeteiligung nach 1945 – Jugoslawien 1999 –, seit der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 und dem Weißbuch von 2006 setzen alle Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, auf eine Außenpolitik, die primär die Interessen der deutschen Wirtschaft sichert. Das sind Sicherung der Ressourcen und Rohstoffe, Offenhaltung der Transportwege, Sicherung der Auslandsinvestitionen. Das soll weltweit mit imperialem Großmachtsanspruch durch einen Mix aus Diplomatie, ökonomischer Stärkung des eigenen Wirtschaftsstandortes und mit Militäreinsätzen garantiert werden. Das Streben nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat gehört ebenso dazu wie die Vertragsverhandlungen in der WTO, die Stützung Griechenlands im Finanzmarkt oder die weltweiten BW-Einsätze und die Ausrüstung der BW mit dem Military Airbus A 400 M, den neuen Fregatten und Korvetten.

Landesverteidigung, noch immer der grundgesetzliche Auftrag der BW, ist out, die „Armee im Einsatz“ ist gefragt. Dem

dazu nötigen Umbau der BW stehen jedoch vier gravierende Probleme im Weg:

1. Die neue Aufgabenstellung der BW setzt einen erst herzustellen gesellschaftlichen Konsens über die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik voraus. Ein abwartendes oder passives Dulden der Öffentlichkeit reicht den Regierenden nicht, die Aufgaben zu schultern. Aktive Wehrbereitschaft ist nötig. Wachsende Kritik kann ihn verunmöglichen. Wird unsere Sicherheit als Mix aus imperialer Diplomatie, ökonomischer und militärischer Stärke definiert oder durch politische Konfliktlösungsfähigkeit, soziale Sicherheit und Völkerverständigung sowie weltwirtschaftlichem Interessenausgleich, wo „wir doch nur von Freunden“ umgeben sind? Da Afghanistan als „Regelfall zukünftiger Einsätze“ und „Sinnbild der Bedrohung unserer Sicherheit im 21. Jahrhundert“ (1) bezeichnet wird, die Zahl an verwundeten und getöteten BW-Soldaten steigt und die Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz in Afghanistan und ihren Begründungen sinkt, stellt sich für die Bundesregierung die Frage nach der Akzeptanz der BW und ihres neuen Auftrags immer dringlicher.
2. Eine „Armee im Einsatz“ braucht eine andere Ausrüstung als eine Armee zur Landesverteidigung, die sich auf die „Bedrohung aus dem Osten“ einstellt. Schwere Leopard-Panzer, die bei – 44 Grad Celsius anspringen, sind seit Wegfall des Feindbildes Sowjet-Union obsolet. Gefragt sind weltweit einsetzbare Korvetten und Fregatten, die von den Küsten aus ins Landesinnere Raketen abfeuern, leichte, wüstentaugliche gepanzerte Fahrzeuge, eine eigene Lufttransportkapazität (A 400 M) und eigene Spionagesatelliten (Galileo-Satelliten). Das alles ist „sauteuer“. Eigenentwicklungen dauern lange, „international schnell verfügbare“ Rüstung und „transatlantische und europäische Rüstungskoooperationen“ (2) sind gefragt (Lissabon-Vertrag mit europäischer Rüstungsagentur OCCAR). Die geforderte „Priorisierung der Rüstungsprojekte“ (3) dürfte angesichts der durch die Krise verknappten Haushaltsmittel ebenfalls auf geringe Akzeptanz stoßen. Schon jetzt gibt es das Transparent auf Demos: „Bis an die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz.“

3. Eine „Armee im Einsatz“, und dann weltweit, kann keine Wehrpflichtigen gebrauchen. Spezialisten in einer Berufsarmee dürften für die BW angesichts des schon jetzt herrschenden Fachkräftemangels aber schwer zu bekommen sein. Also: Freiwillige, gut bezahlte Berufssoldaten als Ausweg anwerben! Allerdings entfällt dann die allgemeine Wehrpflicht als Instrument, große Teile der Jugend in die Wehrbereitschaft zu integrieren.
4. So stellt sich als Schlüsselfrage, wie diese umgebaute BW akzeptiert wird, ob ein Wehrmotiv aktiv unterstützt wird und ob bereitwillig die enormen Umbau- und Umrüstungskosten von der Bevölkerung mitgetragen werden. Diese Frage mag kurzfristig mit Aufritten des telegenen und hochgejubelten Bundesverteidigungsministers von Guttenberg überspielt werden, trägt aber auf Dauer natürlich nicht.

„Die Bundeswehr (ist) auch in Zukunft in der Mitte unserer Gesellschaft zu verankern“ (4), bringt es die Junge Union Schleswig-Holsteins auf den Punkt. Deshalb ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen angelaufen, massiv wie noch nie vorher seit Etablierung der BW. Zustatten kommt ihr dabei ihre große Erfahrung, die Integration des Militärs in die Gesellschaft zu bewerkstelligen, schlug ihr doch seit Anbeginn 1955 massenhafte Wehrunwilligkeit entgegen (Ohne mich, Kampf um die Remilitarisierung).

1. An erster Stelle dieses Maßnahmebündels ist hier das Bemühen um die institutionelle Verankerung des Militärischen im Bildungswesen zu nennen. Vorbei sind nämlich die Zeiten, als deutsche Schulmeister wie selbstverständlich für Kriegsfreiwillige in Königgrätz, Langemarck, vor Verdun oder Stalingrad sorgten. So hat es in der Vergangenheit epidemische Wellen gegeben, in denen sich Verteidigungsminister oder Kanzler heftig bemüht haben, den Einfluss der BW auf die Schulen dauerhaft zu institutionalisieren. Noch nie sind sie bisher so weit erfolgreich gewesen wie jetzt. Es gibt, außer den christlichen Kirchen, keine zweite gesellschaftliche Institution wie die BW, die sich so beharrlich und so massiv über 50 Jahre hinweg bemüht hat,

einen bevorzugten und von den Kultusministern abgesicherten Status zur Beeinflussung der SchülerInnen zu erreichen. Ziel war immer, dies in einem formellen Abkommen zu fixieren. Auch, um die LehrerInnen stärker unter Druck setzen zu können. Der damalige Verteidigungsminister Wörner (CDU) übersandte der Kultusministerkonferenz (KMK) sogar am 28. 1. 83 ein vergleichbares Abkommen aus Frankreich, das als Muster dienen sollte. (5) Es begann 1958 damit, dass der Nazi-General Heusinger (Generalstabsschef bei Hitler, Generalinspekteur der BW nach 1955) die Berufung von hauptamtlichen Jugendoffizieren einführte. Ausgewählt wurden gewandte junge Offiziere (Leutnant, Hauptmann, Major) – ab 1967 kamen auch nebenamtliche Jugendunteroffiziere hinzu –, die in speziellen Lehrgängen an der „Schule für psychologische Kampfführung“ in Koblenz (später: „Schule der BW für Innere Führung“, heute: „Akademie für Information und Kommunikation der BW“ in Strausberg) in Argumentation und Rhetorik mehrwöchig, heute mehrmonatig geschult werden. Zweimal jährlich gab und gibt es Fortbildung. Früher wurde ihr Antikommunismus in speziellen Lehrgängen am Ostkolleg in Köln aufpoliert. Heute gehört ein Lehrgang in den USA dazu. Heute ist ein abgeschlossenes Hochschul-Studium ebenso Voraussetzung wie zumeist achtjährige Truppenpraxis, ein Alter von 27-35 Jahren und möglichst ein Auslandseinsatz. Seit einiger Zeit sind die Jugendoffiziere als Netzwerk organisiert, das auch Ehemalige erfasst. Es handelt sich also um hochspezialisierte Experten (6). (Mehr zu Ausbildung und zu ihrer Arbeit unter (7 und 8)).

Immer dann, wenn unter der Jugend und in der Öffentlichkeit die Wehrbereitschaft besonders schwand, gab es neue Anläufe, eine Art Wehrkunde in den Schulen fest zu verankern. Das war 1969 so, als der damalige Verteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) durch den Anstieg der Kriegsdienstverweigerer – Zahlen um 250% „mehr Information über die BW an Schulen gefordert hatte“, was Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in einem Brief an die KMK am 19. 11. 70 aufgriff: „Es muss beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung“. (9) Am 26. 3. 71 kam es zu einer Debatte im Bundestag darüber, in der der damalige Verteidi-

gungsminister Helmut Schmidt (SPD) den legendären Satz sprach: „In manchen Gymnasien scheint es zum guten Ton zu gehören, auf die eine oder andere Weise den Wehrdienst zu vermeiden oder zu umgehen“. (9)

Daraufhin gab es eine Flut von Erlässen und ministeriellen Rundschreiben in den Bundesländern zur „Berücksichtigung der Landesverteidigung im Schulunterricht.“ Nach Vorstoß des seinerzeitigen Verteidigungsministers Georg Leber (SPD) bei der KMK konstituierte sich eine Kontaktkommission KMK-BW. (10) Als es 1980 zu Störungen bei öffentlichen Gelöbnisfeiern kam, unternahm der damalige Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) einen erneuten Anlauf, die KMK zu gewinnen, damit „im Vorfeld der BW Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Schulen so behandelt wird, dass die BW für viele junge Leute aufhört, ein Schreckgespenst oder ein Fremdkörper zu sein.“ (11) Daraufhin referierten zwei Generalstabs-Oberste vor der Kontaktkommission am 27. 8. 80: „Wir gehen davon aus, dass „Erziehung zum Dienen“ eine „originäre Aufgabe der Schule ist“. Sie ist „im Hinblick auf den Erziehungsauftrag der Streitkräfte subsidiär“. Die Streitkräfte erwarten von der Erziehung durch die Schule, „den zur Treue erzogenen jungen Menschen“, „einen zum Gehorsam erzogenen jungen Mann“, „Männer die Mut haben“, „den zur Kameradschaft fähigen Mann“. (12) Kurz darauf kam Minister Apel selber zum KMK-Plenum. Ergebnis: Vier Kultusminister, pari pari von SPD und CDU sollten einen Entwurf zu einem gemeinsamen KMK-Beschluss ausarbeiten. Schon vier Wochen später wurde ein unsägliches Entwurf der CDU-Länder veröffentlicht, zwei Monate später der der SPD-Länder (1. 12. 81). Wie es in der KMK so üblich ist, gingen auf Amtschefsebene Papiere hin und her. Aber unter dem Eindruck der damals erstarkten Friedensbewegung kam es zu keiner Einigung in der KMK (13): Eine breite öffentliche Debatte brach los, 1-3000 PädagogInnen besuchten spezielle Friedens-Kongresse, alle möglichen Verbände nahmen Stellung, so dass es am 23./24. 6. 83 auf der KMK-Sitzung in Kiel aufgegeben wurde, eine gemeinsame Position und Stellungnahme der KMK abzugeben. Etliche heftige Landtagssitzungen folgten. Verteidigungsminister Wörner (CDU) beschimpfte Kultursenator Grolle (SPD, Hamburg), der

zum Hauptkritiker der Bundeswehrbemühungen geworden war, er hätte „eine Einigung bewusst verhindert“, woraufhin Grolle konterte, Wörner „mische sich massiv in die Belange der Schulen ein. Noch ist der Verteidigungsminister nicht der oberste Befehlshaber unserer Schulen“. (14) Infolgedessen gab es in den verschiedenen Bundesländern ganz unterschiedliche Regelungen oder Richtlinien zur Friedenserziehung – die zumeist bis vor kurzem noch überall Bestand hatten.

Nun ist es zu neuen Regelungen gekommen, weil die Krise des Wehrmotivs erneut zu verstärkten Bemühungen um die Schulen geführt hat. Die z. Zt. 394 hauptamtlichen Jugendoffiziere, die 2009 auf 7245 Veranstaltungen 182 522 Teilnehmer erreichten (15), wurden von Schulen/LehrerInnen eingeladen oder luden selber Klassen in BW-Standorte ein. 6500 Schulen wurden angeschrieben – den Jugendoffizieren wurde angeboten, in den Unterricht zu kommen, zu unterrichten, „intensive Abiturvorbereitungen in Seminarform“ (16) durchzuführen, die Klassen in die Kasernen einzuladen „und aus erster Hand“ aus Afghanistan zu berichten. Seit 2008 hat die BW nun bereits mit sechs Landesregierungen regelrechte Kooperationsabkommen abgeschlossen (17): NRW, Baden –Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern. Damit werden die BW- Auftritte im Rahmen des Politikunterrichts in den Schulen, Beteiligung an der Aus- und Weiterbildung der PädagogInnen und Referendare, die Einbeziehung in die Lehrplanarbeit, die Nutzung der Online-Plattformen der Schulämter durch die BW und die Beteiligung der Schulen an Werbeveranstaltungen geregelt. So kamen 2009 allein 281 000 Jugendliche in Kontakt mit den Nachwuchswerbern, einer zweiten Kategorie von Offizieren („Wehrdienstberater“). (18) Grundsätzlich ist dabei festgehalten, dass der Unterricht – also auch die Auftritte der Jugendoffiziere und Wehrdienstberater – in der Verantwortung der Schule, des Lehrers verbleiben. Die Schulen laden ein. Nur ganz selten findet der Auftritt der BW- Offiziere zusammen mit einem Vertreter der Friedensbewegung statt, oder es wird parallel dazu deren Auftritt organisiert.

So bin ich im Jahre 2009 zu einer solchen Veranstaltung vor Berufsschülern (Maler, Lackierer, Polsterer, Raumausstatter) ein-

geladen worden, zusammen mit einem CDU MdB, einem erfahrenen Entwicklungshelfer aus Afghanistan und dem für Hamburg zuständigen Jugendoffizier, der eine 15 minütige Einführung als Power-Point- Präsentation lieferte. Er referierte locker, humorvoll, rhetorisch sehr geschickt. Die Präsentation bestand fast nur aus Fotos aus Afghanistan und folgte dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ (CIMIC) (19). So sah ich nur lachende Kinder, fröhlich dreinblickende Afghanen, Mädchen, die zur Schule gehen, sowie Jeeps, BW-Lastwagen mit Hilfsgütern oder Brückenbauteilen. BW-Soldaten fuhren immer Autos, bohrten Brunnen und reparieren Brücken. Außerdem plauderten sie mit malerischen Stammesfürsten oder örtlichen Autoritäten. Selbst die gezeigten BW-Camps sahen zivil aus. Ich sah keine gepanzerten Fahrzeuge, keine schweren Waffen, Gefangene, Verwundete oder gar Tote. Allerdings zerstörte Häuser und Straßen. Das fröhliche Szenario wurde erst gestört, als der Entwicklungshelfer berichtete und meine Aussage bestätigte, dass er im Land nur akzeptiert wurde, wenn er sich in die Dörfer ohne Bundeswehr hineinbegab und als MigrantInnen unter den Berufsschülern auf meine Argumente eingingen, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei, im Gegenteil: dass Militär alles nur noch schlimmer mache. Von einer sachlichen Information durch den Jugendoffizier konnte keine Rede sein, geschweige denn, dass er nach dem didaktischen Prinzip des „kontroversen Denkens“ auftrat. Er redete den BW-Einsatz schön, warb für den militärisch-zivil-integrierten Einsatz, betonte den Straßen- und Brunnenbau. Erst durch meine alternative Argumentation ergaben sich die Kontroversen.

Und das ist kein Wunder: Zwar sind die Jugendoffiziere auf den so genannten „Beutelsbacher- Konsens“ (20) verpflichtet – aber sie können das durch ihren Propagandaauftrag gar nicht erfüllen, dem sie sich im Übrigen unter soldatischem Befehl und Gehorsam stehend auch gar nicht entziehen können. So ist es denn auch kein Wunder, dass es an verschiedenen Orten zu heftigen Protesten und Kontroversen wegen der neuen BW-Offensive gekommen ist. In Bayern hat sich die Mutter eines 11-jährigen Schülers öffentlich empört, dass ein Jugendoffizier den Auslandseinsatz der BW damit begründet hat, dass wegen des in Handys

enthaltenen Lithiums die Handelswege durch die Armee freigehalten werden müssten. „Jahrelang führen wir Eltern einen Kampf, dass unsere Kinder keine Killerspiele, keine Gewaltvideos sehen und spielen... Und da nun greift die Bundeswehr in unser Erziehungsrecht ein.“ Sie hat sich einer kritischen Gruppe in München angeschlossen. (21) In Todendorf (Schleswig-Holstein) hat eine Klasse einen Schießplatz der BW besucht. Mehrere Lokal-Zeitungen berichten davon, dass die Schüler in einem Schießsimulator üben konnten. „Habt ihr eine Playstation zu Hause? Das macht bestimmt Spaß, oder? Das hier ist 1000 Mal besser“, fragt ein Oberstabsfeldwebel die Schüler am Schießsimulator. „Das schockt richtig, so einen besorg ich mir“, sagt ein Junge. „Das ist ja noch viel toller als jedes Ballerspiel am PC“, ein anderer. „Wir brauchen ständig gut ausgebildete Leute, vor allem im Bereich Technik, Elektronik, Elektrotechnik“, so der Oberstabsfeldwebel. (22) Daraufhin kam es im Landtag zu einer kontroversen Debatte, in der die CDU/FDP-Koalition sich mit ihrem unterstützenden Antrag durchsetzte, die von SPD und LINKEN fanden keine Mehrheit. (23)

In Mecklenburg-Vorpommern wandte sich Ministerpräsident Selling (SPD) gegen den Vertragsentwurf der BW, bis die Garantie kontroversen Denkens darin festgeschrieben wurde.

Auf Bundesebene haben IPPNW, Terres des Hommes (die in den Abkommen BW-Schule einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention sieht) und die GEW (Beschluss vom 31. 3. 10 „Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen“) ablehnende Stellungnahmen beschlossen. Sie fordern z. T. gleiche Abkommen Kultusverwaltungen- Friedensbewegung, um deren Auftritte in Schulen zu sichern. (24) Im Frühjahr 2010 wurde in Berlin am Paulsen-Gymnasium eine Bundeswehrveranstaltung von Protesten begleitet, am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium wurde der Besuch eines Jugendoffiziers nach Gründung einer „AG Militärfreie Schule“ abgesagt. In Dresden musste eine Bundeswehrveranstaltung durch massiven Polizeieinsatz vor Friedensdemonstranten geschützt werden. (25) Viele dieser Schülerproteste fordern, dass die BW gar nicht in den Schulen auftreten sollte. Die Thematik könnten die Lehrkräfte besser behandeln.

2. Zweites und bevorzugtes Mittel der BW ist das Simulationspiel POL&IS, das für SchülerInnen ab Kl. 10, aber auch StudentInnen und ReferendarInnen eingesetzt wird. Immer unter der Leitung eines Jugendoffiziers wird zwei bis fünf Tage lang von 37 bis 55 Spielern wahlweise mit den Modulen Politik, Wirtschaft und Umwelt interaktiv gespielt. Ursprünglich in den 80er Jahren von Hochschullehrern entwickelt, um im Bereich Ökonomie weltpolitische Zusammenhänge zu veranschaulichen, kaufte die BW 1989 die Rechte und entwickelte es für ihre Zwecke weiter. An dem großen Spielbrett der Weltkarte, die in 11 Regionen unterteilt ist, schlüpfen die Spieler in verschiedene Rollen (Regierungschef, Staatsminister (fürs Militär zuständig), Wirtschaftsminister, Oppositionsführer, UN-Generalsekretär, Weltbank, Weltpresse, NGOs). Jede Region hat spezifische Eigenschaften wie Energie, Rohstoffe, Militär, Industrie, Agrarsektor, Bevölkerung. Nun kann gehandelt, verhandelt, gestreikt, bekriegt werden. Der Jugendoffizier als Spielleiter kann durch Grundbausteine (Politik, Wirtschaft, Streiks, Hungersnöte, Guerilla, Infanterie, Panzer, Luftwaffe, Marine, Raketen, Bomber, Atom-U-Boote, atomare und chemische Waffen) das Spiel steuern. Auch gibt es Konferenzen, UN-Vollversammlungen, Naturkatastrophen. (26) 2008 gab es 360 Simulationen mit 17 500 SchülerInnen, 2000 Seminartage für StudentInnen und ReferendarInnen. (27) Im Wintersemester 2007/2008 kam es zu 24 Simulationen mit 900 Teilnehmern an Hochschulen, und in der FH Karlsruhe können StudentInnen damit sogar für Prüfungen ECTS-Punkte (Europäische Credit Points) bekommen. Auch auf der DIDACTA, der großen Bildungsmesse, und bis 2004 auf der Leipziger Buchwoche spielte es die BW öffentlich. (28) Da POL&IS kein reines Kriegsspiel ist, aber sehr wohl das Militär und sogar Atomwaffen wie selbstverständlich neben Diplomatie und Handel einsetzt, ist es für die Verbreitung der aktuellen BW-Konzeption bestens geeignet. Gleichwohl ist der Propagandaeffekt offensichtlich und der Beutelbacher Konsens nicht gegeben. Denn der Jugendoffizier ist Spielleiter, und die im Spiel angelegten Möglichkeiten geben den Handlungsrahmen vor. So ist es z. B. nicht vorgesehen, dass ein Land aus der NATO austritt.

3. Drittwichtigste Möglichkeit der BW ist die aktive Nachwuchswerbung, für den Umbau der BW besonders wichtig, will sie weg von der Wehrpflichtarmee. (29) Ihr geht der Nachwuchs nämlich aus, „weil den Jugendlichen immer mehr bewusst wird, dass es sich bei der BW um eine Armee im Einsatz handelt und der Beruf des Soldaten erhebliche Risiken mit sich bringt.“ (30) Die BW ist im Wettbewerb um Arbeitskräfte, vor allem bei den Spezialisten: (31) Bei den Transportgeschwadern ist schon jetzt ein Viertel der Stellen vakant, 9 % im Sanitätsdienst, die Hälfte im Kommando Spezialkräfte (KSK). Das wird noch verschärft durch die schwindende Zustimmung für die Auslandseinsätze, vor allem bei denen, die daraus zurückkehren und berichten, wie der Krieg heute wirklich aussieht. Ich bekam z. B. bei einer Podiumsdiskussion 2009 mit 180 StudentInnen der H. Schmidt-Universität (Universität der BW in Hamburg) den größten Beifall für den Satz: „Der Krieg in Afghanistan ist militärisch nicht zu gewinnen, und also ist es verbrecherisch, junge Soldaten und Zivilisten aus Afghanistan dem Krieg auszusetzen.“ Was Wunder, da die Mehrheit der vor mir sitzenden StudentInnen einen Auslandseinsatz bereits hinter sich hatte. So ist die persönliche wirtschaftliche Lage – Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel – für die meisten das Motiv, sich auf Zeit zu verpflichten. „Doch mit der Arbeitslosigkeit kamen immer mehr junge Menschen, die sich freiwillig melden. Die BW profitiert von der schlechten Wirtschaftslage....Und das nutzen wir auch aus“, so ein Sprecher des Zentrums für Nachwuchswerbung. (32) Und wie? So wirbt die BW inzwischen offen in Anzeigen mit „Studieren ohne Gebühren – studieren mit Gehalt“, oder: „Du suchst Zukunft, wir bieten sie“, oder „Berufsgarantie bei der BW“. Vermehrt finden sich BW-Ausstellungen und Stände bei allen Messen, vielen Volksfesten, wo die Technikfaszination als Kontakthanbahnung ausgenutzt wird. Die Einsätze von „Wehrdienstberatern“, die Berufe in Uniform vorstellen und die Girls-Days mehren sich. Bei letzteren sollen „SchülerInnen für den Arbeitgeber Bundeswehr interessiert werden“. (33) Inzwischen hat die BW die Deutsche Bahn und die Post als größter deutscher „Ausbildungsbetrieb“ abgelöst. Mit acht „Karrieretrucks“ zieht die BW durch die Republik, ausgestattet mit Kino, Kletterwand, Info-Material,

Wehrberater und Ausstellungen. Unterstützt wird das durch aufgefahrenes Großgerät wie Panzer und Flugzeuge. Gesteuert von 24 Hauptamtlichen in Düsseldorf, kostete der Einsatz der Trucks alleine 1 Mill. € (2007). (34) Genutzt werden auch Reservistentreffen, Auftritte des Musikkorps, öffentliche Gelöbnisse. So gab es 2008 bereits 204 259 Info-Gespräche. Sowohl für die Nachwuchswerbung wie den Einsatz der Jugendoffiziere geht die BW vermehrt den Weg, die Schulen direkt anzuschreiben bzw. anzusprechen (2009: 6500 Schulen direkt angeschrieben, (35)). Dazu nutzt sie auch die Lehrer-Mitglieder des 125 000 Mitglieder zählenden Reservisten-Verbandes der BW. Ganz ungehemmt wird auf dessen Ortsverbands-Treffen besprochen, wie man am besten an die einzelne Schule (bzw. Lehrlingsausbildungsbetrieb) heran kommen kann. Dabei nutzt sie die Liste der Bundeswehr, die über jede einzelne Schule mit Oberstufe über Jahrzehnte hinweg Buch führt, zu welcher Schule wann Zugang bestand, und ggf. warum nicht!

Außerdem veranstaltet die BW selber spezielle Preisausschreiben für Jugendliche, Musik-, Talent- und Sportwettbewerbe, wie z. B. BW-Olympix, BW-Beaches, BW-Adventure-Games. (36) Aus regelmäßig veranstalteten Jugendpressekongressen und Schülerzeitungsseminaren erwachsen bezahlte Anzeigen der BW für Schüler- und Jugendzeitungen (2008 in über 170 Schülerzeitungen und im SPIESSER (Auflage 1 Mill. Exemplare, erscheint bundesweit an über 1800 Schulen) sowie in BRAVO. Für die „School-Days“, also extra öffentliche Schauveranstaltungen der BW für einen Tag in einer Region, beauftragt die BW die Marketingfirma Allendorf Media GmbH, die dann auch Stars wie Jeanette Biedermann, Yvonne Catterfeld oder Astronaut Thomas Reiter auftreten lässt. Auch das Spiel-Quiz „Wer wird General?“ und „Auf Zack“ dienen dem Ziel, individuelle Werbekontakte zu knüpfen. Seit 2003 wird, ständig erweitert, vermehrt die „Yes4You-Toolbox“ von den BW-Standorten eingesetzt, die nicht nur im Dienst der Nachwuchswerbung steht, sondern allgemein der Sympathiewerbung der BW gewidmet ist. Sie hat jugendgerechte Veranstaltungselemente für regionale Events handlich modularisiert. So können sehr flexibel Module wie Tag der offenen Tür, richtige Biwaks, Beach-Volleyball-Turniere,

Crossbiking, Kartfahren, Bungee-Springen, Graffiti-Malen eingesetzt werden -insgesamt 15 Module. (37) Alles Aktivitäten, die nicht zur BW gehören, sondern in die außerschulische Jugendarbeit. Aber die wird mangels Kommunalfinzen überall heruntergefahren.

Der Gipfel aber ist die durch Kooperationsabkommen abgesicherte Zusammenarbeit BW-ARGEN für jugendliche HARTZ IV-Empfänger, die z. T. auch auf die Berufsinformationszentren (BIZ) ausgedehnt sind. Das ist zwar nicht ganz neu – bereits 2001 gab es in Bremen Protest gegen Anwerbung für Auslandseinsätze – seit 2006 aber wird das erheblich und systematisch ausgebaut – soweit, dass 2008 bereits in 11 ARGEN die BW in deren Räumen dauerhaft Büros zur Anwerbung unterhält und in 204 ARGEN regelmäßig Anwerbe-Beratungen abhält. (38) – hier auch Liste der ARGEN. Schwerpunkt sind die neuen Bundesländer, da hier die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch ist. Das Perfide daran ist, dass die Beratungsteilnahme für die Arbeitslosengeld II-Empfänger zumeist nicht freiwillig ist. Eine Weigerung ist mit Zuschuss-Entzug sanktionierbar. Kein Wunder, dass es vielfach öffentliche Proteste dagegen gab, wogegen sogar Feldjäger der BW (Militärpolizei) eingesetzt wurde (Köln, Berlin, Rostock, Bielefeld, Wuppertal, Brühl, Dresden) (39) Dann werden diese Drangsalierungsmaßnahmen für einige Zeit eingestellt, nach Beruhigung der Öffentlichkeit aber wieder aufgenommen. Auch auf parlamentarische Anfragen der LINKEN werden ausweichende oder unvollständige Antworten gegeben (wie z. B. in Hamburg), verschleiern, vorsichtig, defensiv. Keine Werbung für die BW ist ihr dann doch lieber als eine negative – ein Zeichen dafür, wie wirksam antimilitaristische Aktionen sind und seien sie auch noch so klein und auch ein Zeichen dafür, dass in der Öffentlichkeit geringe Akzeptanz herrscht und die BW das weiß. Deshalb die flexible Werbestrategie der BW als Mix aus Defensive und Offensive, partiellem Zurückweichen und flächendeckender Verankerung und dem massiv verstärkten Bemühen, weitere Partner mit ins Boot zu holen, und sei es, dass sie das Agieren der BW durch Rahmenabkommen absichern, als normal erscheinen lassen oder administrative aktive Unterstützung gewähren (Bürgermeister, Schulämter, Rektoren, ARGEN).

4. So setzt denn auch die Propaganda für die BW seit Neuestem weit im Vorfeld an – und wird rasch ausgebaut: in den Massenmedien, vor allem dem Fernsehen, und dem Internet, ohne dass auf „klassische“ Propagandainstrumente wie das Bundeswehr-Magazin „Y“, oder „aktuell-Zeitung der BW“ und die Bundeswehr-Fan-Post, das Schülerpreisausschreiben, Poster und Flyer verzichtet wird. Auch die Unterrichtsmaterialien „Frieden + Sicherheit“ (für Lehrkräfte), ein Schülermagazin, spezielle Lernhefte (für ältere SchülerInnen) und Arbeitsblätter erscheinen regelmäßig auflagenstark weiter. Neu ist jetzt eine dazugehörige Website. Die herausgebende „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung“ im Eigentum der FDP beliefert alle 32 000 deutschen Schulen, deren Adressen sie speichert, und die gesammelten Adressen von 100 000 Lehrkräften. (40) Wie tendenziös das Material ist, illustriert das Schülermagazin 2007: „In Afghanistan sind UN-(jetzt NATO-) geführte Truppen – auch viele deutsche Soldaten – stationiert, um den friedlichen Aufbauprozess des Landes abzusichern. Auf dem Balkan wird unter Beteiligung deutscher Soldaten ein Frieden gesichert, den die zerstrittenen Volks- und Glaubensgruppen des ehemaligen Jugoslawien zu brechen drohen. Der Irak hat die Chance, sich nach fast 30 Jahren dauernder Diktatur eine demokratische Regierung zu geben, und Deutschland hilft dabei, irakische Sicherheitskräfte auszubilden.“(41)

Neuerdings wird der Auftritt der BW im Internet und im Fernsehen erheblich ausgeweitet. Auf den Websites vieler Schulen sind schon Werbebanner der BW geschaltet. Jugendoffiziere treten auf den Bildungsservern div. Bundesländer auf, z. B. in Hessen, NRW, Sachsen-Anhalt. (42). Die TV-Serie „Sonja wird eingezogen“ (RTL) entstand unter Federführung der BW, ebenso wie die ARD-Reihe „Die Rettungsflyer“, unterstützt durch eine werbende gemeinsame Internetseite. Der Kino-Spielfilm „Mörderischer Friede“, der während des Jugoslawien-Krieges spielt, wurde von der BW unterstützt. Konzipiert und operativ durchgeführt wird diese umfassende neue Corporate-Identity-Kampagne von der „Akademie für Information und Kommunikation“ (AIK) der BW in Strausberg, die eine „Truppe für Operative Informationen“ (OpInfo) gebildet hat (NATO-Bezeichnung „Psy-

chological Operations“). (43) Um in Zukunft soziale Netzwerke noch stärker nutzen zu können, lud die AIK zum 29. 6. 10 Journalisten, Wissenschaftler und IT-Experten nach Strausberg ein. Wissenschaftler der TU Ilmenau, die Chefs von SPIEGEL-Online, FOCUS sowie vom ZDF waren vertreten, weil „Antimilitaristen die Deutungshoheit über ein zentrales Feld der Politikvermittlung im Diskursraum Internet...übernehmen.“ (44) Auch werden sendefähige und sendefertige Sequenzen von den Agenturen „EuroRS ABC“ in Hamburg und „Atkon TV Services GmbH“, gemeinsam mit der BW entwickelt, geliefert. 44a)

Damit bewegen sich die verstärkten Bemühungen der BW an der Nahtstelle von politischer Bildung, Nachwuchswerbung und Public-Relation. Sofern sie als politische Bildung daherkommt, ruft die BW-Offensive erneut eine grundsätzliche Frage auf, und zwar verschärft: Seit 1974 (Generalkonferenz der UNESCO) hat die UNESCO als eine Definition aller Erziehung und Bildung (verstanden als ein von all denen in Gang gesetzter Prozess, die Gedanken produzieren, interpretieren oder verbreiten) formuliert – und Ähnliches immer wieder bekräftigt, näher ausgearbeitet und zum Konzept einer Erziehung zu einer Kultur des Friedens verdichtet. „Die Erziehung soll auf die Unzulässigkeit der Kriegsführung zum Zwecke der Eroberung, des Angriffs oder der Beherrschung sowie der Gewaltanwendung zum Zwecke der Unterdrückung hinweisen und jedermann dazu bringen, seine Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu erkennen und auf sich zu nehmen. Sie soll beitragen zu internationaler Verständigung, zur Festigung des Weltfriedens und zum Kampf gegen jeden wie auch immer gearteten oder geäußerten Kolonialismus und Neokolonialismus und gegen jede Art und Form von Rassenhass, Faschismus und Rassentrennung sowie sonstige Ideologien, die völkischen oder Rassenhass erzeugen und den Zielen dieser Empfehlung zuwiderlaufen“. (45) Wenn das das Ziel aller Erziehung und Bildung sein soll, kann sie nicht „neutral“ sein. Ist in diesem Sinne nicht jegliche Erziehung und Bildung „parteilich“ (nicht im Sinne von „parteilpolitisch ausgerichtet“)? Auch die, die neutral sein will oder sich für neutral hält? Macht sich nicht jeder Pädagoge zum „pädagogischen Kollaborateur“?)46) Zumindest in den Fragen Militäreinsatz, Krieg und

Frieden ist doch angesichts der seit 1945 vorhandenen gattungsgefährdenden Möglichkeit der atomaren Vernichtung der ganzen Menschheit eine Parteilichkeit für die Sache des Friedens notwendig. Und zwar als konstitutiv für jegliches pädagogische Bemühen, gleichsam als „kategorischer Imperativ“ oder Hippokratischer Eid für PädagogInnen. Parteilichkeit, definiert als Wesenszug aller Formen des gesellschaftlichen Bewusstseins, das Kennenlernen und Analysieren von Handlungsstrukturen sowohl im militärischen Denken wie in dem der Friedensbewegung gehören wohl ebenso dazu wie die Aneignung und Entwicklung von Ideen, Anschauungen, Gewissen, Normensystemen und sozialen Verhaltensweisen (und methodisch durch Erkennen, Bewerten und Erleben). Wo SchülerInnen am realen Schießsimulator einmal üben, Ballerspiele auf Playstations spielen und im Simulationsspiel POL&IS Atomwaffen einsetzen können und zudem in der täglichen Tagesschau von dem Einsatz militärischer Gewalt erfahren, ist die Frage der Kontroversität und Ausgewogenheit eklatant aufgeworfen. Sie ist nur dadurch herstellbar, dass durch systematisches pädagogisches Bemühen in der Schule (oder anderer institutionalisierter Erziehung, z. B. durch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) parteilich für eine Kultur des Friedens hingearbeitet wird (Friedensbildung). Nur so wird den Grundsätzen des „Beutelsbacher Konsenses“ entsprochen und in kontroverses Denken eingeführt. Das aber kann niemand von der BW leisten, da deren Öffentlichkeitsarbeit ja gerade einen anderen Auftrag hat. Eine solche „Parteinahme ist radikale Behauptung eines richtenden Standortes, von dem aus es nicht länger möglich ist, Verhältnisse zu tolerieren, nur weil sie bestehen.“ (47)

Was tun?

Bedenkt man Anlass und Ursache der neuerlichen BW-Offensive, dann ergibt sich:

1. Am wichtigsten ist es zur Zeit, Öffentlichkeit herzustellen. Informationen zu verbreiten. Auch in der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, der Linken, der liberalen Öffentlichkeit. Denn das Hineinwirken der BW in die Schulen

und vor allem in die weiteren Institutionen und in die Öffentlichkeit ist zu wenig bekannt, vor allem als zusammenhängende Kampagne der BW. Jeder nimmt nur einzelne Aspekte oder einzelne Vorkommnisse wahr. Und wenn in der Öffentlichkeit von der BW die Rede ist, denkt man gleich an Wehrpflicht oder Afghanistan-Einsatz. Das gilt auch für die einzelnen Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen, der BW bei Volksfesten. Der Protest selbst von kleinen Gruppen oder Einzelnen, ein Flugblatt, eine Pressemitteilung wirken schon Wunder.

2. Bei den Schulen bzw. den einzelnen LehrerInnen liegt die Verantwortung für die Auftritte der Jugendoffiziere, was auch (bisher) nicht durch die Abkommen mit den Kultusministerien ausgehebelt wurde. Sie und die Nachwuchswerber können nur auf Einladung der Schulen dort auftreten. Auch Schulleiter können LehrerInnen nicht dazu verpflichten. Auch zu Tagen der offenen Tür oder anderen Kasernenbesuchen muss niemand gehen. In all diesen Fällen sollten sich die LehrerInnen verweigern und GEW, Elternräte, Personalräte und die örtliche Öffentlichkeit diejenigen bestärken, die das tun.
3. Auch Eltern können, empfehlenswerterweise schon im Vorfeld, so bald ihnen bekannt wird, dass ein Auftritt der BW geplant ist oder ein Kasernenbesuch vorbereitet wird, Protest anmelden. Denn wenn das Bestandteil des Unterrichts ist, ist Anwesenheitspflicht der Schüler gegeben. Aber selbst dann wirken elternrätliche und öffentliche Proteste und führen ggf. zu Absagen.
4. Dass jeder öffentliche Auftritt der BW Anlass für die Friedensbewegung, die Gewerkschaften, die LINKE ist, öffentlich tätig zu werden, versteht sich nach dem oben Gesagten von selbst. Anfragen im Stadtrat, im Landesparlament und ggf. im Bundestag helfen, eine breitere Öffentlichkeit herzustellen.
5. Auch Interventionen bei der örtlichen und ggf. überörtlichen Presse und den Sendeanstalten sollten nicht unterschätzt werden. Noch ist die Mehrheit der Bundesbürger wehrkritisch eingestellt, was sich auch bei Journalisten herumgesprochen hat.

6. Viel zu wenig bekannt, aber erprobt vorhanden, sind verschiedene, vor allem für den Unterricht und die Jugendarbeit geeignete Alternativen. Hier sind vor allem zu nennen:
- Das Periodikum „etcetera pppf“, der friedenspädagogische Rundbrief der Initiative PädagogInnen für den Frieden. Vor allem Heft 1/2010 – Materialien zur Friedenserziehung – mit zahlreichen Beispielen, die vorgestellt und beschrieben werden. Adressen und Bezugsquellen aller Art sind enthalten (Bezug: www.friedenskultur.de;info@zfk-siegen.net) 48)
 - SPUN- Schülerplanspiel United Nations, außerschulisch gespielt, von der UN und dem Außenministerium anerkannt und mit vielen Kooperationspartnern entwickelt. Alternative zu POL&IS. Ab 2 Personen können mitspielen (www.spun.de;projektleitung@spun.de)
 - 3. Theater: Berliner Compagnie „Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“, dokumentarisches Theater der erfolgreichen Berliner Theatergruppe. (49) (www.berliner-compagnie.de;karin-fries@berlinercompagnie.de)
 - Schultour der Nonviolent Peaceforce: Im Ausland tätig gewesene Friedensfachkräfte berichten davon im Unterricht (2. Std.) oder in einer Abendveranstaltung, u. a. auch mit Filmen und Ausstellungen, 50) ([www.nonviolent-peaceforce.de; buchbar über: info@soziale-verteidigung.de](http://www.nonviolent-peaceforce.de;buchbar über: info@soziale-verteidigung.de))
 - Neue Wege zum Frieden: 45 Konfliktfelder zur Weltpolitik sind nach der Methode J. Galtungs schülergerecht aufgearbeitet. Dazu liegen ausgearbeitete Materialsätze vor (info@zfk-siegen.net) 51)
 - Friedensbox „Frieden erlebbar machen“: ausleihbar oder käuflich zu erwerben (95,- €). Box mit 30 Materialien wie Ausstellungen, DVDs, CDs, Organisationsanregungen wie z. B. Friedenläufen, Weltkarten, Fotos, Lernhefte, Filmen, Material zum Gestalten, Folien, Literaturlisten, methodische Hinweise. Am Orientierungsrahmen der KMK „Globale Entwicklung“ ausgerichtet (www.bildung-trifft-entwicklung.de;info@act4transformation.net) 52)

Kurz: Da der militärisch-publizistisch-industrielle Komplex der BRD, um Großmachtsansprüche des deutschen Großkapitals

realisieren zu können, aktuell wegen der geschwundenen und weiter schwindenden Wehrbereitschaft in der Bevölkerung mit einer Mischung aus genereller Offensive und defensivem Herangehen operiert, lohnt es sich allemal, gegenan zu gehen, Widerstand zu leisten, Öffentlichkeit zu suchen. Und da ist jeder gefordert.

Anmerkungen, Quellen

- (1) Policy Brief 2/10 „Die Bundeswehr der Zukunft“ (Stiftung Neue Verantwortung), S. 2
- (2) a.a.O., S. 5
- (3) ebenda
- (4) Junge Union Schleswig-Holstein (Mai 2010) in der dortigen Debatte um Schule und Bundeswehr (Strategischer Social-Media-Fail der Bundeswehr, bendler-blog.de)
- (5) D. S. Lutz (Hrsg.) Weder Wehrkunde noch Friedenserziehung? Baden-Baden, 1984, S. 41
- (6) www.network.jugendoffizier.eu
- (7) IMI-Studie 2/2010, S. 4 und R. Kerbst/G. Witt Bundeswehr und Schule, Köln. 1984, S. 27-29
- (8) Dieter Rogge Die Aufgaben des hauptamtlichen Jugendoffiziers als Beispiel für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, Dissertation, München, 1979
- (9) D. S. Lutz, (siehe 5), S. 21 und H. Bethge Politische Bildung zur Förderung der Wehrbereitschaft? Fakten, Hintergründe und Fragen zur verstärkten Militarisierungskampagne an unseren Schulen und Hochschulen, in Blätter f. dt. u. internat. Politik, 11/1972
- (10) H. Apel: Erklärung zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr, in D. S. Lutz, a. a. O., S. 27
- (11) R. Kerbst/G. Witt, a. a. O., S. 54
- (12) damals gab es noch keine Frauen in der BW, zitiert nach D. S. Lutz, a. a. O., S. 29
- (13) D. S. Lutz, a. a. O., S. 42 ff
- (14) D. S. Lutz, a. a. O., S. 47; hier auch eine gute textliche Dokumentation der damaligen Auseinandersetzung
- (15) Referat M. Lotze (IPPNW HH) auf der attac-Sommerschule, 27. 7. 10
- (16) aus einem Brief eines Freiburger Jugendoffiziers, zitiert nach IMI-Studie 2/2010, S. 2
- (17) M. Lotze, a. a. O., S. 2
- (18) M. Lotze, a. a. O., S. 3, vgl. auch IMI-Standpunkt vom 15. 7. 2010
- (19) Vernetzte Sicherheit (CIMIC) heißt das Konzept, nach dem in der Theorie der Afghanistan-Einsatz ablaufen soll: Zivile Kräfte und

- BW wirken zusammen, den Aufbau Afghanistans abzusichern: „Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Internationale Einsätze...und Heimatverteidigung sowie Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind deshalb zwei Seiten ein und derselben Medaille“ (Angela Merkel, 2005)
- (20) Der Beutelsbacher Konsens ist seit 1976 das formulierte und allseits akzeptierte Grundprinzip der politischen Bildung in der BRD: 1. Überwältigungsverbot (Indoktrinationsverbot) durch die Lehrenden, dass die Unterrichteten sich eine eigene Meinung bilden können, 2. das Gebot der Kontroversität (auch Ausgewogenheit) als didaktisches Prinzip, in kontroverses Denken einzuführen (vor allem bei Fragen, die in der Öffentlichkeit auch kontrovers sind), 3. die Schülerorientierung, nämlich Schüler in die Lage zu versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position analysieren und sich aktiv am politischen Prozess beteiligen können, indem sie nach Mitteln und Wegen suchen, die gegebene Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.
 - (21) <http://sueddeutsche.de/karriere/2.220/bundeswehr-draengt-in-die-schulen>, vom 21. 6. 2010
 - (22) zitiert aus Lübecker Nachrichten, Ostholsteiner Anzeiger, Kieler Nachrichten 9. 3. 2010
 - (23) <http://landtag.ltsh-de/infotehke/wahl17/drucks/0500/drucksache-17-0551.pdf> (CDU/FDP), von der SPD:...../0400/drucksache-17-0455.pdf, von der LINKEN:...../0500/drucksache-17-0508.pdf; weitere Informationen: Gerhard Reth: greth@onlinehome.de
 - (24) ND 22. 10. 10
 - (25) M. Lotze, a. a. O., S. 11
 - (26) IMI-Studie 2/2010, S. 9; DIE ZEIT 30. 4. 2003; S. Lichte POL&IS- Politik interaktiv lernen, in www.bmvg.de
 - (27) IMI-Studie 2 /2010, S. 8
 - (28) IMI-Studie, a. a. O., S. 10
 - (29) J. Schürkes, H. Humburg, J. Wagner Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr- Dossier 58 in „Wissenschaft + Frieden“, 3. 2008
 - (30) T. Bulmahn Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr, Sozialwiss. Institut der Bundeswehr (SOWI), Forschungsbericht 81 (2007)
 - (31) Bundeswehr im Wettbewerb, FAZ, 29. 4. 2008
 - (32) Wir sind lieber Soldaten als arbeitslos, Hamb. Abendblatt, 6. 2. 07
 - (33) Girls' Day bei der Luftwaffe, 24. 4. 08:<http://tinyurl.com/62w3gp>, zitiert nach H. Humburg in Schürkes, a. a. O., S. 9
 - (34) H. Humburg, a. a. O., S 12
 - (35) Bundestagsdrucksache 16/12038
 - (36) T. Bulmahn, a. a. O., S. 69
 - (37) IMI-Studie 2/2010, a. a. O., S. 3

- (38) Anfragen und Antworten der Linksfraktion im Bundestag (Bundestagsdrucksachen 16/8285 und 8842), vgl. auch Wissenschaft + Frieden (W+F), Dossier 58, a. a. O., S. 7
- (39) vgl. Kein Frieden mit der Bundeswehr in W+F Dossier 58. a. a. O., S. 15 f und unter www.bundeswehr-wegtreten.org
- (40) IMI-Studie 2/2010, S. 6 (dort auch eine Analyse der Unterrichtsmaterialien) und: www.jugend-und-bildung.de
- (41) IMI-Studie, a. a. O., S. 7
- (42) Bundestagsdrucksache 16/14094
- (43) H. Humburg, W+F-Dossier 58, a. a. O., S. 13
- (44) so der PR-Berater Sascha Stoltenow, Reservist aus der OpInfoTr, zitiert nach Lotze, a. a. ., S. 4; govermedia.de
- (44a) H. Humburg, a. a. O. S. 12 und 13
- (45) L. v. Dick (Hrsg.) Lernen in der Friedensbewegung, Weinheim, 1984, S. 76, vgl. auch: B. Nolz, W. Popp Miteinander leben, voneinander lernen, Münster, 1999
- (46) H. J. Gamm Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik, München, 1972, S. 61 und: H. Bethge Parteilich für den Frieden, in L. v. Dick, a. a. O., S. 74 ff
- (47) H. J. Gamm, a. a. O., Abschnitt: Parteilichkeit als Bildungsprinzip, S. 60
- (48) etcetera ppf 1/2010, Siegen, S. 19, hier ausführliche Beschreibung
- (49) etcetera ppf, a. a. O., Beschreibung, S. 20/21
- (50) Beschreibung in etcetera ppf, a. a. O., 22/23
- (51) Beschreibung in etcetera ppf, a. a. O., S. 24
- (52) ausführlich beschrieben in etcetera ppf, a. a. O., S. 27-29

Splitter rund um die Bundesheerschau am Nationalfeiertag 2010

Ein einschlägiges Magazin für Sicherheit, Wirtschaft und Sport veröffentlicht im Oktoberheft ein Foto eines Pandur-Radpanzers mit überdimensionalem Räumschild. Es heißt, dies diene dem Einsatz gegen den demonstrierenden Mob bei einem Auslandseinsatz, offensichtlich erprobt im September 2010 in Allentsteig beim EU-Militärmanöver EURAD 10. Mitgeliefert wird gleich ein Bild über die Anwendung eines Einmann-Wasserwerfers gegen Demonstranten.

Dazu passt auch ein Dialog beim Stand der österreichischen Militärpolizei (sorry, die nennen sich jetzt ‚Ordnungseinheit‘) am Heldenplatz in Wien bei der Leistungsschau des Bundesheers am 26.10.2010 . Angesichts der aufgestellten Handfeuerwaffen, Schlagstöcke, Schilder und Helme meinte ein älterer Herr besorgt, ob dies auch gegen Demonstranten eingesetzt werde. Die Antwort verblüfft: Dies sei ja nur für den Auslandseinsatz gedacht. (Kundgebungsfreiheit z.B. gegen Besatzer scheint bei militärischen Ordnungshüter ein Fremdwort zu sein).

In einem kleinen Zelt am Heldenplatz zeigt das Jagdkommando, die Eliteeinheit des Bundesheers, ihre speziellen Handfeuerwaffen, wie Scharfschützengewehre, Sonderanfertigungen des Steyr-Sturmgewehrs und der Glock-Pistolen, Pump-Gun etc. Ein Vater mit kleinem Sohn betritt das Zelt, der Bub fragt: „Papa was ist das?“ Dieser sieht sich um, deutet auf einen seitlich von ihm stehenden, rot gefärbten Gegenstand und antwortet: „Das ist die Kaffeemaschine, mit der die Soldaten“ Eine pädagogisch sinnvolle Antwort.

Das bereits oben erwähnte Magazin brachte in einer Sondernummer zum Heldenplatzspektakel Zitate von Jagdkommandosoldaten, die wohl für sich sprechen. Ein Soldat meinte, das Jagdkommando biete ihm Einsatzgarantie und ein bisschen Abenteuer (also garantiertes ‚Kriegsspielen‘), ein anderer wieder lobt die vielen Freiheiten beim Jagdkommandoeinsatz (Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzung mit eingeschlossen ?). Besonders hervorgehoben wird die NATO-Kompatibilität der Ausrüstung (Vielen Menschen scheint nicht klar zu sein, wie stark die Verflechtung des neutralen Österreichs mit der NATO bereits fortgeschritten ist).

Rezension:

„Groß denken und groß handeln“ – herrschaftswissenschaftliche Beiträge zur Propagierung der EU-Militarisierung.

Eine Kritik zur Publikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport

Johann Pucher, Johann Frank (Hg.): *Strategie und Sicherheit 2010. Das strategische Profil der Europäischen Union.* Wien, 2010

Nach der Lektüre der 30 Beiträge der umfangreichen Publikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport stellte sich klar heraus, dass die Grundhaltungen und Ziele bereits in der Vorstellung dieses Bandes im März 2010 im Presseclub Concordia vorgetragen wurden. Deshalb werden sie im Folgenden zusammengefasst.

Eugen Freund vom ORF moderierte das Podium und verkündete gleich zu Beginn, wie stolz wir Europäer auf unsere „Soft Power“ sein könnten. Zur großkoalitionären Ausgewogenheit waren als Podiumsteilnehmer Verteidigungsminister Darabos und Exminister Fasslabend eingeladen.

Minister Darabos bedauerte den Mangel an öffentlicher Diskussion über sicherheitspolitische Maßnahmen und bewunderte das Bundesheer als größten außeruniversitären Förderer von entsprechenden Bildungsangeboten. In Ermangelung eines konkreten Feindes für Österreich liegt seiner Meinung nach die neue Akzentuierung auf der zukunftsweisenden Europäisierung der österreichischen Verteidigungspolitik. Als positives Paradebeispiel wird das Engagement in Bosnien gelobt. Der Vertrag von Lissabon, so Darabos, ist eine gute Voraussetzung für die Sicherheitspolitik und gefährdet die Neutralität nicht. Auf der Ebene der Verteidigungsminister der EU (zum Beispiel in Bezug auf Afrika) lobte der österreichische Minister eine gute Zusammenarbeit, Österreich als kleines Land hat förmlich die Verpflichtung mitzumischen, damit die großen Staaten Europas die Sicherheit nicht allein gewährleisten. Europas Eigenstaatlichkeit muss klar

gegen die NATO abgegrenzt werden. Dem folgte der Wunsch nach Zusammenarbeit mit der UNO. Groß war der Stolz auf Auslandseinsätze, was aber in Österreich noch fehlt, ist eine neu verhandelte und überarbeitete Sicherheitsdoktrin.

Exminister Fasslaband unterschied sich in seinen Ausführungen durch die besonders positive Bewertung der NATO von der sozialdemokratischen Linie Darabos. Er forderte für Österreich eine profiliertere Strategie vor allem in der Unterstützung der zentralen Herausforderungen der EU bei der Stabilisierung des Balkan.

Dann aber sprach einer, der offensichtlich den Ton angab – der Vertreter der Bertelsmann-Stiftung, Josef Janning – er verfasste auch den Hauptbeitrag des vorliegenden Bandes. Er geht von der Bedeutung der geostrategischen Schwerpunkte und Achsen aus, derzufolge ein erfolgreiches Management Aufgabe der EU sei, da könne man aber nicht mit moralischen Appellen kommen, Entschlossenheit sei gefragt. Europa müsse im Oligopol stärker werden und seine Kräfte bündeln. Mehr Krisenmanagement sei erforderlich, da Krisen und Kriege vermehrt auch Zentren betreffen. Und dann folgt noch ein Appell, wenn auch nicht unbedingt ein moralischer: Wir müssen miteinander groß denken und groß handeln!

Da konnte schlussendlich der Herausgeber des Bandes nur mehr folgsam feststellen, dass die EU zunehmend operativer werde und die „solidarische“ Beitragsleistung Österreichs unbedingt notwendig sei. Profilschärfung und Schulung internationaler Fähigkeiten für ein erweitertes Einsatzspektrum (wieder mit Verweis auf Afrika) sei angesagt.

Es folgte viel Beifall aus dem zu einem großen Teil uniformierten Publikum bei der Buchpräsentation.

Damit der großkoalitionären Meinung noch zusätzlich Genüge getan wurde, waren der Informationsmappe zur Veranstaltung noch zwei Rezensionen Hannes Swoboda und Werner Fasslaband beigelegt, die sich nur durch die Bewertung der NATO unterschieden. Vertreter eines zivilen Sicherheitsengagements finden sich zwar unter den Autoren des Bandes, sie fehlten aber auf dem Podium – vielleicht weil man sie zukünftig ohnedies einsparen wird.

Grundsätzlich propagieren auch sie kritiklos eine starke EU, wenn auch nicht deren militärische Mittel. Einem modernen emanzipatorischen Wissenschaftsauftrag fühlen sich offensichtlich die 30 Beiträge nicht verpflichtet. Kritische Auseinandersetzung wird durch eine EU-propagierende Beschreibung ersetzt und scheut konkrete Informationen über sozioökonomische Entwicklungen in und außerhalb der EU. Die Betrachtungen folgen der Sicht der EU-Machtinteressen. Beamte, Militärs, Diplomaten, Lehrende an mehr oder weniger abhängige Institutionen befehlen sich einer pompösen Sprache, die zwar oberflächlich beeindruckend wirkt, aber nichts wirklich erklärt. Anmaßende EU-Europa-Dünkel prägen die Einschätzungen. Es wäre schlimm, wenn solche Herrschaftspublikationen die politische Bildung in den Bildungseinrichtungen vereinnahmen, wenn Kritikern der EU ein dumpfer nationalistischen Kleingeist zugeordnet und wissenschaftliche Kritik immer mehr unterbunden wird.

Elke Renner

Buchempfehlungen

Jens Wernicke, Torsten Bultmann (Hg.): Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh.
2. Erw. Auflage, 488 Seiten, Euro 17.– (Zu bestellen bei office@solidarwerkstatt.at)

Die Bertelsmann-Stiftung, zu knapp 80% im Eigentum des Medienkonzerns Bertelsmann, gehört zu den einflussreichsten politischen Think-Tanks in Deutschland. In nahezu allen politischen Bereichen wird maßgeblich Einfluss auf die deutsche und EU-Politik genommen, um neoliberale „Reformen“ im Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik ebenso anzuschieben wie die weitere Militarisierung der Europäischen Union.

Carolin Butterwegge: Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen.
Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. 580 Seiten, Euro 49,95

Kinder mit Migrationshintergrund leben mehr als doppelt so häufig wie jene ohne in Armut, bei ausländischen ist das Risiko sogar dreimal so hoch. Wie sich Kinderarmut im Bereich des Einkommens und Wohnens, in der Gesundheit, der Bildung und in sozialen Kontakten bei verschiedenen Gruppen von Zuwandererfamilien äußert, dokumentiert ein im Verlag für Sozialwissenschaften erschienenes Buch. Darin belegt die Autorin Caroline Butterwegge mittels umfassender Analysen, dass die Kinderarmut bei Migranten in eine klassen- und migrationsspezifischen Neustrukturierung von sozialer Ungleichheit im Zuge neoliberaler Gesellschaftsveränderungen eingebettet ist. Auslöser von Armut sind z.B. die Exklusion auf dem Arbeitsmarkt, (Aus-) Bildungsdefizite und Kinderreichtum. Über die Schichtzugehörigkeit eines Migranten bestimmt auch das Ausländerrecht. Ob ein Kind trotz Armutbedingungen im Wohlbefinden aufwächst, entscheidet sich indes durch ein für Migrantenkinder weitgehend unerforschtes Zusammenspiel v.a. personaler und familiärer Risiko- und Schutzfaktoren.

Initiative Minderheiten (Hg. Vida Bakondy, Simonetta Ferfaglia, Jasmina Jankovic, Cornelia Kogoj, Gamze Ongan, Heinrich Pichler, Ruby Sircar, Renè Winter): **Viel Glück! Migration Heute**. Wien, Belgrad, Istanbul.

Wien 2010. Mandelbaum Verlag, 512 Seiten Euro 29,90.

Zu bestellen auch bei office@initiative.minderheiten.at

In diesem Sammelband der Initiative Minderheiten, der in Kooperation mit der ERSTE Stiftung, der Akademie der bildenden Künste Wien, der Wienbibliothek im Rathaus, dem Mandelbaum Verlag und der Zeitschrift *juridikum* erschienen ist, werden Themen wie Arbeitsmigration, neue staatliche Kontrollmechanismen von Migration und Asyl, transnationale Migration und Queer Migration anhand von aktuellen Fallstudien, theoretischen Texten und einer juristischen Timeline beleuchtet. Migration funktioniert in Zeiten strenger Grenzsicherungen und verschärfter Migrations- und Asylgesetze in der Tat nur mit viel Glück. Die Rolle der EU-„Harmonisierungsbestrebungen“ im Bereich Migration und Asyl und deren Auswirkungen auf nationale Migrationspolitiken sowie auf die Betroffenen, ist einer der Themenkreise, die behandelt werden. Diskutiert wird auch, inwiefern EU-Direktiven, die auf marktwirtschaftlichen statt nationalstaatlichen Logiken beruhen, rassistische nationale Gesetzgebungen entschärfen können, gerade am Beispiel Österreich.

Der geographische Fokus liegt auf dem zentral- und südosteuropäischen Raum, insbesondere auf Österreich, Kroatien, Serbien und der Türkei. Historisch verbunden durch die Anwerbe- und Entsendungspolitiken in den 1960er Jahren haben diese vier Länder im Globalisierungsprozess der vergangenen zwei Jahrzehnte neue Migrationsbewegungen erfahren. Abgerundet wird der Bild- und Textband mit einer Dokumentation über zwei Ausstellungen, die sich dem Thema Migration künstlerisch und dokumentarisch nähern.

Volker Lösch, Gangolf Stocker, Sabine Leidig, Winfried Wolf (Hg.):

Stuttgart 21. Oder: Wem gehört die Stadt.

PapyRossa Verlag 2011.

Gegen das bombastisch als „Stuttgart 21“ angepriesene Milliardengrab hat sich frühzeitig ein engagierter und phantasievoller Widerstand entwickelt. Inzwischen wird von einer Volksbewegung, ja von einem Volksaufstand gesprochen. Dabei geht es aber längst nicht mehr nur um ein äußerst dubioses Bahnhofprojekt: Es geht auch darum, dass die Gelder, die hier verschwendet werden sollen, anderwertig dringend gebraucht werden: für soziale Aufgaben, Bildung, Kultur oder sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen. Und es geht um die Arroganz der Macht, die von den Betreibern des Projekts hemmungslos zur Schau getragen wird. Dem steht das Aufbegehren einer breiten Mehrheit entgegen, die sich nicht für dumm verkaufen und entmündigen lässt. Kurzum: Es geht wesentlich auch um Demokratie.

HerausgeberInnen und AutorInnen des Buches gehören der Bewegung gegen Stuttgart 21 an. Sie repräsentieren die Breite der Protestbewegung und beweisen, dass die Projektgegner die besseren Argumente auf ihrer Seite haben.

Autoren

Horst Bethge, AG Bildungspolitik der Partei *die Linke*, PädagogInnen für den Frieden, Hamburg

Christoph Butterwegge, Univ. Prof., Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft, Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln

Hannes Hofbauer, Historiker, Journalist, Verleger, Wien

Adalbert Krims, Journalist, Herausgeber der Zeitschrift „Kritisches Christentum“, Wien

Gerald Oberansmayr, Solidarwerkstatt Österreich

Manfred Sauer, Vorstandsmitglied der österreichischen MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren OMEGA, Österr. Sektion der Internationalen Ärzte/Ärztinnen zur Verhütung des Atomkrieges IPPNW, Wien

Peter Strutynski, Politikwissenschaftler, AG Friedensforschung, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Kassel

Winfried Wolf, Aktivist im Bündnis Bahn für Alle; Sprecher der Bahnfachleutegruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB), Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac, Mitglied im Beirat von SALZ